

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



46/47

INHALTSANGABE

AUSGABE NR. 46

03

VORWORT

Die Krise des Kapitalismus und Imperialismus vertieft sich

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI - ARBEIT ZUKUNFT

04

BURKINA FASO

Die Vertiefung der Krise des Kapitalistisch Imperialistischen systems - Quelle der Zunehmenden Aggressivität des Imperialismus

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS (PCRV)

07

DÄNEMARK

Die trotzkistische Weltbewegung

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)

16

DEUTSCHLAND

Multipolare Welt und Freiheitskämpfer?

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

20

FRANKREICH

Eine starke soziale Bewegung gegen die Rentenreform

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS (PCOF)

24

TÜRKEI

„Wo ist der Staat?“ – die Erdbeben in der Türkei als fundamentaler

PARTEI DER ARBEIT TÜRKEI (EMEP)

AUSGABE NR. 47

36

DEUTSCHLAND

Sozialabbau, Inflation, steigende Arbeitslosigkeit... Kapitalismus im Rückwärtsgang!

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

38

DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

Das sowjetische Modell, Nationalitäten und die Ukraine Der jungen Generation von Kommunisten gewidmet.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DER ARBEIT (PCT) DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

42

ECUADOR

Pablo Miranda

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS - PCMLE

45

MEXIKO

Politische Ökonomie und die Situation bei den Wahlen: Neoliberale Kontinuität in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen

KOMMUNISTISCHE PARTEI MEXIKOS (MARXISTEN-LENINISTEN)

49

NORWEGEN, REVOLUSJON

Über Beschönigung des russischen Imperialismus und „Multipolarismus“

53

TUNESIEN

Die arabische Region im Zentrum der imperialistischen Konflikte Auf dem Weg zu einer Revision der traditionellen Allianzen

PARTEI DER ARBEIT TÜRKEI (EMEP)

60

TÜRKEI

Die andauernde Verwirrung in den Imperialismus-Debatten

PARTEI DER ARBEIT TÜRKEI (EMEP)

69

USA

Der Strommarkt und die Lüge vom „grünen“ Kapital

72

VENEZUELA

Marxisten-Leninisten und der Krieg

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI VENEZUELAS (PCMLV)

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Verlag „Arbeit Zukunft“, **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** www.arbeit-zukunft.de

Mail info@arbeit-zukunft.de **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart

Preis Deutschland 4,00 € - Österreich 4,50 € - Schweiz 5,00 CHF

Erste Auflage, Dezember 2023

VORWORT

IMPERIALISTISCHE KRIEGE, KRISE, SOZIALABBAU – DIESES SYSTEM BEDEUTET RÜCKSCHRITT!

Wir sind froh, dass wir mit dieser Doppelnummer von „Einheit & Kampf“ endlich wieder auf dem neuesten Stand sind. Das war wichtig, weil wir damit auch die Positionen unserer Bruderparteien und -organisationen weltweit zu den aktuell stattfindenden imperialistischen Kriegen, dem sich bedrohlich entwickelnden Konkurrenzkampf der imperialistischen Blöcke um USA, NATO, EU mit Deutschland einerseits und China und Russland andererseits und den damit verbundenen Angriffen auf die Arbeiterklasse und Völker bei ihren sozialen Rechten bekannt machen. Ohne auf die einzelnen Beiträge im Detail einzugehen, wird damit deutlich, wie katastrophal sich dieser imperialistische Kampf um die Neuaufteilung der Welt nicht nur in Deutschland und Europa sondern auch in Lateinamerika, Afrika, Asien auswirkt. Damit verbunden steigt aber auch der Kampf der Arbeiter und Völker gegen die zunehmenden Lasten,

und das Bewusstsein steigt auch, dass wir eine andere, sozialistische Gesellschaft brauchen.

„Einheit & Kampf“ leistet damit einen Beitrag, den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu erweitern und die Entwicklungen der zurückliegenden Jahre in einem Zusammenhang zu sehen.

Wir werden nach Kräften daran arbeiten, „Einheit & Kampf“ in 6 Monaten wieder herauszugeben und das regelmäßig zu wiederholen.

Kämpfen wir gemeinsam gegen die imperialistischen Kriege, gegen Krise, Sozialabbau und die Verschlechterung unserer Lebenslage!

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Dezember 2023

BURKINA FASO

DIE VERTIEFUNG DER KRISE DES KAPITALISTISCH IMPERIALISTISCHEN SYSTEMS - QUELLE DER ZUNEHMENDEN AGGRESSIVITÄT DES IMPERIALISMUS

Die Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems hat sich in letzter Zeit verschärft und wirkt sich auf die beherrschten Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika aus. Die Neokolonien in Westafrika, die an dieses System gebunden sind, sind dessen Gesetzen, Regeln und Schwankungen unterworfen.

Diese Krise, die die grundlegenden Widersprüche unserer Zeit verschärft, lässt den Imperialismus zunehmend aggressiver und heftiger werden. Am deutlichsten manifestiert sie sich derzeit in folgenden Erscheinungen:

- Offene Gegnerschaft, die bis zur Konfrontation zwischen den USA und China um die globale Hegemonie heranreicht;
- Die Krise im Zusammenhang mit der COVID19-Pandemie mit ihren negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und das soziale Leben, deren Folgen kurzfristig nicht abklingen werden;
- Das Debakel des US-Imperialismus und der NATO-Länder in Afghanistan, das die Brüchigkeit dieser militaristischen und aggressiven Gruppierung offenbart;
- Der Krieg um die Neuaufteilung der Ukraine zwischen dem russischen Imperialismus auf der einen Seite und dem US-Imperialismus und seinen NATO-Verbündeten und den EU-Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite. Dieser reaktionäre Krieg mit dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Völker trägt zur Verstärkung der Militarisierung der imperialistischen Mächte bei;
- Das Wiederaufleben von Militärputschen in Afrika südlich der Sahara (Mali, Tschad, Guinea-Conakry, Sudan) und von institutionellen Staatsstreichen (Tunesien mit der Konzentrierung aller Macht in den Händen von Präsident Kais Saed). All diese politischen Ereignisse spiegeln die Krise des Neokolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent wider.

Im Lichte der Prinzipien des Marxismus-Leninismus müssen wir der Arbeiterklasse und dem Volk unseres Landes die tiefere Bedeutung dieser Ereignisse und ihrer Folgen aufzeigen, um sie besser für den Kampf um ihre demokratischen und sozialen Rechte und für die nationale und soziale Befreiung zu wappnen. Sie ermöglicht es uns auch, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus richtig anzuwenden.

AKTUELLE UND JÜNGSTE EREIGNISSE UND IHRE BEDEUTUNG AUF INTERNATIONALER EBENE

Seit der vorläufigen Niederlage des Sozialismus in der Welt und dem Zerfall des Ostblocks hat es sich der US-Imperialismus zur Aufgabe gemacht, die Welt nach seinen Vorstellungen zu formen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die US-Regierung begonnen, ihre Hegemonie zu etablieren, sei es freiwillig oder gezwungenermaßen, indem sie Länder über ihre verschiedenen Netzwerke wie George Soros, die CIA und die Aggression gegen die Völker wie im Irak, in Afghanistan und in Syrien destabilisiert hat. Dieser Kreuzzug, der mit der Unterstützung seiner NATO-Verbündeten durchgeführt wird, verfolgt allgemeinere Ziele. Zunächst geht es darum, die geopolitische Landkarte in Osteuropa, im Nahen Osten und auf dem Balkan zu verändern. Einige Beispiele für diese kriegerische Ausrichtung sind: die Aggression gegen Libyen und die physische Liquidierung von Muammar Gaddafi, gegen die Kämpfe der Völker in der arabischen Welt und die verschiedenen Versuche, neoliberale und antikommunistische Werte durchzusetzen. Die üblichen Vorwände sind der Kampf gegen den Terrorismus, die „Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten“ usw. Sie haben sogar das „Recht auf Einmischung“ erfunden, um ihren aktuellen Interessen entsprechend, militärisch in Ländern zu intervenieren. Aber Ereignisse wie die Anschläge vom 11. September

2001 haben die These der Unverwundbarkeit des amerikanischen Systems zunichte gemacht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und ihre schwerwiegenden internationalen Auswirkungen haben die Glaubwürdigkeit des globalen kapitalistischen Systems in Bezug auf seine Fähigkeit, die Angelegenheiten der Menschheit effektiv zu verwalten, untergraben. In jüngster Zeit hat die COVID-19-Krise und ihr katastrophales Management vor dem Hintergrund der Schwächung der öffentlichen Gesundheitssysteme auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern der Welt vor Augen geführt, dass das kapitalistisch-imperialistische System wirklich am Ende seiner Kräfte ist.

EINIGE WESENTLICHE MERKMALE DER SITUATION IN AFRIKA

Das Scheitern des Neokolonialismus in Afrika hat das Wiederauftreten von Staatsstreich zu Folge. Der französische Imperialismus, der angesichts neuer Konkurrenten an Schwung verloren hat und durch die Volkskämpfe in Bedrängnis gebracht wurde, hat sich bemüht, die Kontrolle wiederzuerlangen, indem er seine Vorherrschaft durch die Erneuerung der verpönten politischen Klasse und deren Ersetzung durch Leute, die sich für seine Sache einsetzen, neu konfiguriert. Die Destabilisierung Libyens und die Besetzung Nord-Malis durch dschihadistische Gruppen, die von Frankreich unterstützt werden, sind Teil dieser Strategie der Wiedererlangung der Kontrolle. Daher die Einrichtung von Militärbasen in der Sahelzone durch die Operationen Serval, Barkhane, die Gründung der G5 Sahel unter der Kontrolle der französischen Armee und die Tabuka-Truppe, um diese Präsenz auf europäischer Ebene zu bündeln. Die geostrategischen Herausforderungen und die Plünderung der bedeutenden Bodenschätze in den Sahel-Sahara-Ländern sind das Ziel dieser Kanonenboot-Politik. Alle Länder der Sahelzone (Burkina Faso, Mali, Niger, Tschad), die gegen den Terrorismus kämpfen, haben die Kontrolle über einen großen Teil ihres Territoriums verloren, trotz der Präsenz ausländischer Streitkräfte, die auf über 20.000 Mann geschätzt werden, und etwa 80 Ländern, die im Rahmen der UN-Friedensmissionen beitragen. Alle drängen darauf, sich in diesem Krieg um die Neuaufteilung von Territorien zu positionieren. Die Front der bewaffneten Terrorgruppen weitet sich unaufhaltsam auf die Küstenländer (Elfenbeinküste, Togo, Benin) aus.

Die Sicherheitslage und die humanitäre Krise verstärken die wirtschaftliche und politische Krise, die zu politischer Instabilität und zu Rivalitäten zwischen den verschiedenen Fraktionen der reaktionären Bourgeoisie um die neokoloniale Staatsmacht führen. Das Wiederaufleben von Militärputschen ist eine Folge der katastrophalen Situation in diesen Ländern (Mali, Burkina Faso, Guinea-Conakry, Tschad).

Russland nutzt den Niedergang des französischen Imperialismus und drängt sich vor und punktet mit militärischer Kooperation, insbesondere mit Mali, nachdem die französischen Truppen und Militärbasen das malische Territorium verlassen haben und in das angren-

zende Niger verlegt wurden. Auch wenn man anerkennen muss, dass man ein souveränes Land nicht daran hindern kann, mit wem auch immer zu kooperieren, ist es dennoch notwendig, darauf hinzuweisen, dass es riskant ist, sich auf einen Imperialismus zu stützen, um einen anderen zu bekämpfen. Das malische Volk wie auch die Menschen in der Sahelzone müssen sich die Mittel geben, um ihre Verteidigung und die Führung im Kampf gegen den Terrorismus selbst zu übernehmen. Afrika ist derzeit das Objekt der Begierde der westlichen Mächte, die mit den Neuankömmlingen China, Russland, der Türkei und Indien konkurrieren. Die Neokolonien werden also unter Kontrolle gehalten. Seit dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie ist das BIP des Kontinents um 2,1% geschrumpft und hat den Kontinent in eine Rezession gestürzt, in deren Folge laut Weltbank 32 Millionen Menschen in extremer Armut leben. Die Sicherheitskrise verschärfte die Situation mit Millionen von Vertriebenen und Hungersnöten in einigen Gebieten des Kontinents. Seit Jahrzehnten ist der Kontinent nicht mehr in der Lage, seine Bevölkerung zu ernähren. Es ist festzustellen, dass multinationale Unternehmen zunehmend die Rolle der öffentlichen Entwicklungshilfe (EZ) durch ausländische Direktinvestitionen übernehmen. Aber diese Investitionen sind nicht dazu da, den Kontinent zu entwickeln. Laut den Vereinten Nationen (vgl. United Nations Conference on Trade and Development: Capital Flows and Growth in Africa . 2000), sind in den 1990er Jahren fast 40% der Nettokapitalzuflüsse in Subsahara-Afrika wieder in Form von Zins- und Gewinnrückflüssen in die Gläubigerländer zurückgeflossen.

Afrika ist von Rohstoffen abhängig. Seine Exporte bestehen zu 80% aus Primärprodukten (landwirtschaftliche Produkte, Wälder, Öl, Uran, Gold usw.). Der Anteil Afrikas am Welthandel ist von 4% im Jahr 1980 auf 2% im Jahr 2000 gesunken. Die illegale Kapitalflucht beläuft sich auf über 75 Milliarden Euro (49,2 Billionen F CFA) pro Jahr. Diese Kapitalabflüsse erfolgen über verschiedene Kanäle wie Korruption, Schmuggel, Steuerhinterziehung und Manipulationen multinationaler Unternehmen, um unrechtmäßig erworbene Einkünfte abzuschöpfen. Ein Beispiel hierfür ist der Fall des Goldes in Burkina Faso, das unter dem Deckmantel von Feinkohle versteckt wurde.

Es ist also der Reichtum an Rohstoffen und die Leichtigkeit ihrer Ausbeutung, die die Grundlage für den harten Wettbewerb zwischen den ausländischen Mächten in Afrika bilden. Der Fall Frankreichs ist sprichwörtlich für die Situation. Es wendet archaische, brutale und rückständige Methoden an, die auf Raubbau hinauslaufen. Die Kooperationsabkommen, die zum Teil geheim sind, dienen dieser Ausplünderung. Die Währungsherrschaft durch den CFA-Franc ist der sichtbare Teil dieses massiven Betrugs.

Die afrikanischen Völker haben endlich die Mechanismen der französischen Politik verstanden und lehnen

überall auf den Straßen den Neokolonialismus ab und rufen die Parolen „France dégage! Französische Armee raus aus Afrika“.

Nach den Wirtschaftsdaten ist die Sahelzone eine sehr reiche Region. Sie beherbergt große Ölreserven, Uran, Gas, Coltan, Kupfer, Mangan, Lithium, magnetische Erze, seltene Erden und vieles mehr. In einem Bericht des französischen Senats aus dem Jahr 2013 erwähnten Parlamentarier bereits die Absicht Frankreichs, durch die Operation Serval, die 2014 in Barkhane umbenannt wurde, „einen sicheren Zugang zu den Energie- und Bodenschätzen Afrikas“ zu gewährleisten. Nach einer Untersuchung der französischen Presse in Afrika geht hervor, dass trotz des Rückgangs der französischen Exporte um die Hälfte des Prozentsatzes die Bestände an ausländischen Direktinvestitionen Frankreichs von ca. 5,9 Mrd. EUR im Jahr 2000 auf 52,6 Mrd. EUR im Jahr 2014 gestiegen sind, mit einem Spitzenwert von 56 Mrd. EUR im Jahr 2016 (was einem Anstieg von 800% entspricht). Der Kontinent ist daher für Frankreich sehr verlockend, obwohl es sich angesichts des Vorstoßes seiner Rivalen, insbesondere Chinas, zurückzieht. Frankreich importiert vor allem Uran, Kakao und tropische Früchte.

Frankreich ist besonders besorgt über das Eindringen von Konkurrenten wie China, Russland und der Türkei, die durch die Gipfeltreffen China/Afrika, Russland/Afrika und Türkei/Afrika erhebliche Marktanteile von Frankreich erobern wollen, mit der Gefahr, dass Frankreich letztendlich vom Kontinent verdrängt wird. Man versteht daher die Hysterie von Emmanuel Macron bei dem Gedanken, die kolossalen Gewinne zu verlieren, die Frankreich aus Afrika zieht und auf denen sein Wohlstand beruht. Es wird also alles getan, um die beherrschten Länder daran zu hindern, sich aus dem Griff des kapitalistisch-imperialistischen Systems zu befreien.

Aber das Proletariat, die Völker und die Jugend in vielen Ländern Afrikas sind auf den Barrikaden des Kampfes, um bessere Lebens-, Arbeits- und Bildungsbedingungen angesichts des Bankrotts der neokolonialen Staaten zu fordern. Sie stellen zunehmend eine Verbindung zwischen ihrem Elend und der imperialistischen Herrschaft der ausländischen Mächte und ihrer lokalen Verbündeten her.

Trotz der komplexen Situation in der Sahelzone mit den Angriffen bewaffneter dschihadistischer Terrorgruppen organisiert sich die Bevölkerung, leistet Widerstand und verteidigt sich zunehmend gegen die Nachlässigkeit der neokolonialen Mächte. Diese Situation kann sich zu einem Zyklus politischer Instabilität mit Militärputschen oder zu einem revolutionären Ausgang entwickeln.

AFRIKA STEHT VOR EINER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION

Die afrikanischen Völker, insbesondere die Jugend des Volkes, lehnen die Fraktionen der reaktionären Bourgeoisie und ihre reaktionären und opportunistischen politischen Parteien, die Komplizen des Wahlbetrugs sind, ab.

Die afrikanischen Völker müssen sich auch von den Putschisten distanzieren, denn Militärputsche stellen das System der neokolonialen Herrschaft nicht grundsätzlich in Frage und können keine soziale Transformation zugunsten der Völker bewirken.

Die afrikanischen Völker, insbesondere die Jugend, streben nach revolutionären Veränderungen. Sie wollen den Bruch mit dem französischen Imperialismus in den Ländern, in denen dieser dominiert.

Die Völker der Sahelzone wollen sich gegen die Widrigkeiten verteidigen, gegen die dschihadistischen Gruppen, die ganze Teile der betroffenen Länder besetzt halten. Es handelt sich um obskurantistische Kräfte und die Menschen wollen sie nicht.

Die Menschen sehnen sich nach revolutionären Veränderungen. Deshalb steht Afrika vor einer demokratischen Revolution. Unsere Partei, die Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas (PCRv), fordert das Volk auf, sich mit ihm in einer starken Bewegung der Volkseinheit für den revolutionären Wandel zu organisieren, um die Bourgeoisie und vor allem den französischen Imperialismus von der Macht zu vertreiben und eine moderne demokratische Republik zu errichten.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS (PCRv) - BURKINA FASO

DÄNEMARK

Die trotzkistische Weltbewegung

Klaus Riis

In der gegenwärtigen Situation, in der sich der nationale und internationale Klassenkampf verschärft, verschärft sich auch der politische und ideologische Klassenkampf. In unserem Land versuchen nicht nur die revisionistischen Strömungen, sich neu zu erfinden, sondern wir sehen auch, dass der Trotzismus wieder gefördert wird, nachdem er eine Zeit lang geschlummert hat. Auch wenn sie in verschiedenen Gruppen, Parteien und Fraktionen innerhalb der linksreformistischen Parteien organisiert sind, haben sie alle das gleiche politische Programm. Wir haben dieses Dokument „Die trotzkistische Weltbewegung“ in unserer Partei erneut studiert und bringen Auszüge daraus:

Aus vielen Gründen mag es angebracht sein, sich damit zu beschäftigen, wofür der Trotzismus und die trotzkistische Weltbewegung als politische und ideologische Strömung stehen. Oft wird sie als etwas Unbedeutendes oder einfach als eine linke Tendenz unter vielen anderen angesehen, mit einer Reihe von Fraktionen, die miteinander in Konflikt geraten und dazu beigetragen haben, der „trotzkistischen Bewegung“ einen leicht lächerlichen Anstrich zu geben.

Dies ist eine Fehleinschätzung.

Der Trotzismus ist eine internationale politische und ideologische Strömung, die auf eine fast hundertjährige Geschichte zurückblicken kann. Er präsentiert seine eigene Politik und sein Programm des Sozialismus und der „Weltrevolution“ und erhebt den Anspruch, der wahre Verfechter des Marxismus und der Revolution zu sein, insbesondere gegen „stalinistische“ (damit meinen sie marxistisch-leninistische) Verzerrungen und Manipulationen.

Der internationale Trotzismus ist keine Massenbewegung und hat es nie geschafft, eine solide Grundlage in

der Arbeiterklasse zu schaffen. Dennoch gibt es trotzkistische Gruppen, die ihre Ideen und Theorien in den meisten Ländern und in allen Teilen der Welt verbreiten. Der Trotzismus hat in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute viele Veränderungen und Abwandlungen erfahren, aber er hat seine Grundzüge und seine besondere Identität über alle Phasen hinweg bewahrt. Nach dem endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus in Europa 1989/91 hat der Trotzismus als internationale Strömung einige Fortschritte gemacht. Die trotzkistischen Organisationen - die bei weitem nicht alle mit Mandels Vierter Internationale* verbunden sind - machen einen bedeutenden Teil der so genannten linken Organisationen in den westeuropäischen Ländern aus. Darüber hinaus haben sie Einfluss in den sozialistischen, nicht zuletzt in den linkssozialistischen Parteien in einer Reihe von Ländern. Es gibt neue trotzkistische Organisationen in den osteuropäischen Ländern und der ehemaligen Sowjetunion, und es gibt auch ähnliche trotzkistische Organisationen in einer großen Anzahl von Ländern in Asien, Afrika, Nord- und Südamerika. Aus verschiedenen Gründen hat der Trotzismus jedoch seinen größten Einfluss in den imperialistischen Ländern Europas sowie in den Vereinigten Staaten und Kanada erlangt.

DIE URSPRÜNGE DES TROTZISMUS

Trotzki formulierte seine grundlegenden Ideen in den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts (1900er Jahre, Anm. d. Red.). Alle heutigen trotzkistischen Organisationen verteidigen diese Ideen, zum Beispiel die so genannte „Theorie der permanenten Revolution“, die Unmöglichkeit des „Sozialismus in einem Land“ usw.

Der Trotzismus entwickelte sich in Russland innerhalb der Russischen Sozialdemokratischen Partei mit einer speziellen ideologischen und politischen Plattform, zur gleichen Zeit und parallel zur Entwicklung des sozialdemokratischen Rechtsopportunismus, Revisionismus

und Reformismus in den europäischen sozialdemokratischen Parteien vor und während des Ersten Weltkriegs, die mit Namen wie Bernstein und nicht zuletzt Kautsky verbunden sind. Lenin bezeichnete Trotzki 1915 als „einen der gefährlichsten Anhänger Kautskys“.

Trotzki übernahm eine Reihe der opportunistischen sozialdemokratischen Ideen, nicht zuletzt von den Deutschen Kautsky und Parvus, und schmückte sie mit Beteuerungen der Treue zum Marxismus und eingängigen Schlagworten wie „permanente Revolution“ aus.

In den Kämpfen zwischen Opportunismus und Leninismus in der Russischen Sozialdemokratischen Partei, als sich die Partei in die sozialdemokratischen Menschewiki und Lenins Bolschewiki aufspaltete, war Trotzki von 1903 bis 17 einer der politischen und theoretischen Gegner Lenins. Er wurde als „Zentrist“ bezeichnet, als Versöhner zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Eine Position, die Lenin als äußerst schädlich für die Entwicklung der Kommunistischen Partei und für die Möglichkeiten der Revolution ansah.

Kurz vor der Oktoberrevolution verließ Trotzki die Menschewiki. Er lief „nach links“ über und wurde Mitglied von Lenins Partei. Er war sich der Richtung der Entwicklung bewusst und wollte Teil der historischen Reise sein.

Die Tatsache, dass sich der Trotzkiismus in Russland entwickelte und für eine kurze Zeit mit dem Marxismus-Leninismus in der bolschewistischen Partei „koexistierte“, hatte einen enormen Einfluss auf die Entwicklung des Trotzkiismus, sein Schicksal und seine Rolle. Dadurch wurde der Trotzkiismus besonders geeignet, sowohl in Bezug auf die Sozialdemokratie als auch auf den Kommunismus zu operieren und zu manövrieren.

ABTRÜNNIGER REVOLUTIONÄRER HELD

Es ist bekannt, dass Trotzki aufgrund seiner beträchtlichen persönlichen Fähigkeiten zu einer der führenden Persönlichkeiten der russischen Revolution und des Bürgerkriegs wurde. In dieser Zeit wagte Trotzki nicht, Lenin und den Leninismus offen anzugreifen, der innerhalb der bolschewistischen Partei und der internationalen kommunistischen Bewegung, die die Dritte Internationale, die Komintern, organisierte, enorme Autorität besaß.

Trotzkis ideologische und politische Plattform - der vollständig entwickelte Trotzkiismus - wurde von der bolschewistischen Partei 1927 vollständig abgelehnt. Von ihren fast 750.000 Mitgliedern erhielt die trotzkistische Plattform (die bestritt, dass es möglich sei, den Sozialismus allein in der Sowjetunion aufzubauen) die Unterstützung von weniger als einem Prozent. Doch Trotzki (und der Rest der Opposition in der bolschewistischen Partei) hatte auch Anhänger in einer Reihe von kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. In den späten 1920er und frühen 30er Jahren kam es in einer Reihe von Parteien zu einem Kampf zwischen der Linie der Anhänger Lenins und Stalins einerseits und der Linie Trotzkis und der Opposition andererseits. Der Kampf endete mit einer Niederlage für die Trotzkiisten

und die Opposition. Viele von ihnen gingen zu den sozialdemokratischen Parteien über.

Ab 1923 begann Trotzki, von der „Entartung“ der Partei und der Sowjetmacht zu sprechen. Später begann er, die Sowjetunion als eine Gesellschaft zu beschreiben, die weder kapitalistisch noch sozialistisch war, sondern ein degenerierter Arbeiterstaat, der von einer Bürokratie regiert wurde, die die Macht innehatte und sie für alles Böse nutzte. Als Trotzki ins Exil ging, wurde er in der imperialistischen Welt mit offenen Armen empfangen, auch von den Sozialdemokraten, die in Trotzkis Überlaufen eine Bestätigung ihrer eigenen Kritik an der Revolution sahen. Es folgte die Zeit des Kampfes Trotzkis gegen Stalin und die sozialistische Sowjetunion aus dem Ausland und die geheime Subversion durch die Trotzkiisten im Inneren des Landes, in der Partei und im Staat. Der Trotzkiismus kam in Mode. Er wurde international. Er war wie lebensspendendes Wasser auf die Mühlen der Propaganda der westlichen Medien, die die offenen Lügen der weißen Konterrevolutionäre über die Kommunisten übernommen hatten. Trotzkis Waffen gegen die Sowjetunion, Stalin und die Kommunisten hatten den Vorteil, dass sie nicht von einer offenkundig bürgerlichen Gruppe kamen - die ein offensichtliches Interesse am Kapitalismus und möglicherweise an der Restauration des Zarismus hatte - sondern aus dem Mund eines revolutionären Helden. Und sein Angriff kam von der „Linken“.

Zu dieser Zeit wurde es in der US-amerikanischen und westlichen Presse, die sich im Besitz von Multimillionären befand, üblich, Stalin und die KPdSU anzugreifen, weil sie die Revolution „verraten“ hätten, weil sie nicht revolutionär, sozialistisch und kommunistisch genug seien.

In Trotzkis Artikeln und Büchern fanden antikommunistische Intellektuelle und bürgerliche Propagandisten neue Formulierungen und Ansatzpunkte für ihre Angriffe auf den Aufbau des Sozialismus, und sie waren wirksamer als die traditionelle antikommunistische Propaganda.

TROTZKISMUS ALS INTERNATIONALE STRÖMUNG

Trotzki begnügte sich nicht damit, ein abtrünniger revolutionärer Held zu sein, der viel Geld verdiente, indem er sich von den imperialistischen Medien benutzen ließ. Er wurde zur zentralen Figur bei den Versuchen, eine internationale politische Bewegung mit dem Trotzkiismus als ideologischer Grundlage aufzubauen, die trotzkistische Weltbewegung.

Zunächst organisierte er seine Kollegen in der „Internationalen Linken Opposition“ und gründete 1938 die Vierte Internationale, für die er die theoretische Grundlage des sogenannten „Übergangsprogramms“ formulierte. Dieses ist bis heute das grundlegende Material der Organisation und ihrer nationalen Sektionen, z.B. der SAP [Sozialistische Arbeiterpartei] in Dänemark.

Der Trotzkiismus hatte jedoch große Schwierigkeiten, als unabhängige Strömung einen „politischen Raum“ zu finden. In den 1920er und 30er Jahren bis in die 60er

Jahre hinein gab es zwei große organisierte Strömungen in der Arbeiterbewegung: die sozialdemokratischen Massenparteien auf reformistischer Grundlage und die kommunistischen Parteien. Obwohl sich die Trotzkiisten stark darauf verließen, in den kommunistischen Parteien Fuß zu fassen, wurden sie nicht nur aus der KPdSU, sondern aus der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ausgeschlossen. Die sozialdemokratischen Parteien, die Trotzki als „Überläufer“ und Antibolschewik unterstützten, brauchten seine Rede von der Weltrevolution und seine anderen linken Phrasen nicht.

In dieser Situation entwickelten die Trotzkiisten die so genannte Taktik des „Entrismus“ - eine Taktik, die darin besteht, die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und andere Organisationen zu infiltrieren und nach und nach trotzkistische Anhänger zu finden.

Diese Taktik war jedoch nicht besonders erfolgreich. Nirgendwo führte sie zu einer Massenunterstützung durch sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, wie sie es sich erhofft hatten. Die trotzkistische Weltbewegung geriet in eine langwierige Krise, die sich während und nach dem Krieg durch den Sturz Hitlers und das Aufkommen des sozialistischen Lagers noch verschärfte.

Die Bewegung zerfiel in kleine Gruppen, die sich untereinander bekämpfen. Die Taktik des Entrismus trug jedoch dazu bei, ihr Überleben zu sichern. Aber erst in den 1960er Jahren - nach dem 20. Kongress der KPdSU, der „Entstalinisierung“ und der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung - begann die internationale trotzkistische Bewegung Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Im Zusammenhang mit der wachsenden Krise der Sozialdemokratie und dem Vormarsch des modernen Revisionismus in der internationalen kommunistischen Bewegung ergab sich für die Trotzkiisten nun ein breiteres politisches Feld.

Die Trotzkiisten hatten einen gewissen Einfluss auf die Studentenrevolte von 1968 und spielten ihre eigene Rolle bei der Entwicklung der antikommunistischen „Neuen Linken“ in jenen Jahren, nicht zuletzt auf ideologischer Ebene. Viele der Ideen und Analysen des Trotzkiismus wurden Teil des Erbes dieser „Neuen Linken“.

In dieser Zeit gaben die meisten trotzkistischen Organisationen die Taktik des Entrismus auf, aber nicht alle. Auf dem 10. Weltkongress der Vierten Internationale 1974 verabschiedete sie eine Resolution zum Aufbau „revolutionär-marxistischer“ Parteien in Europa, Parteien, die angeblich in der Lage sein sollten, „das Proletariat zum Sieg der sozialistischen Revolution zu führen“, wie es hieß. Dies setzte auch voraus, dass die Vierte Internationale als führendes Zentrum der „Weltrevolution“ gestärkt wurde.

Heute fühlt sich die trotzkistische Weltbewegung stark genug, um einen globalen Vorstoß gegen die revolutionäre Bewegung zu unternehmen, um den Marxismus und Leninismus durch den Trotzkiismus als ideologische Grundlage, als grundlegende Theorie und Programm

der zeitgenössischen revolutionären Bewegungen zu ersetzen.

Es gibt also allen Grund, den Trotzkiismus als internationale Strömung ernst zu nehmen. Nachdem er mehr als ein halbes Jahrhundert lang seine Hauptangriffe auf die Sowjetunion, die sozialistischen Länder und die kommunistischen Parteien gerichtet hat, arbeitet der Trotzkiismus nun aktiv daran, dem Kommunismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen und die Theorie und Praxis der sozialistischen Revolution, den Marxismus-Leninismus, auszurotten, den die herrschende imperialistische Bourgeoisie immer noch fürchtet.

Wenn wir von der trotzkistischen Weltbewegung sprechen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass sie keine organisatorische oder politisch kohärente Einheit darstellt. Das liegt vor allem an der trotzkistischen Ideologie und Plattform selbst, die die Grundlage für zahllose Spaltungen ist.

Ernest Mandels Vierte Internationale mit Sitz in Brüssel ist zum Beispiel nicht die einzige, die sich so nennt. Zu einem bestimmten Zeitpunkt in den 1970er Jahren gab es bis zu sechs Zentren, die sich Vierte Internationale nannten.

Immer wieder entstehen in verschiedenen Ländern neue trotzkistische Organisationen und Gruppen, und immer wieder kommt es zu internen Kämpfen und Konkurrenzen über Strategie, Taktik und Politik.

Dennoch entspringen sie einer gemeinsamen Ideologie und teilen dieselben Grundprinzipien und Haltungen. Sie weisen die gleichen Grundzüge auf, die alle trotzkistischen Organisationen kennzeichnen, und ihre Bemühungen gehen in dieselbe Richtung. All dies macht es durchaus gerechtfertigt, die kämpfenden Organisationen und Gruppierungen als eine politische Strömung, den Trotzkiismus, oder die trotzkistische Weltbewegung zusammenzufassen.

PERMANENTE AUSWEGLOSIGKEIT

Ein Hauptbestandteil des Trotzkiismus ist die Theorie der permanenten Revolution, die als der Schlüssel zur Lösung der Probleme der Weltrevolution erscheint. In Wirklichkeit sollte sie als Theorie der permanenten Hoffnungslosigkeit bezeichnet werden, da sie konkret die Möglichkeit des Sieges der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in einem bestimmten Land verneint.

Kurz gesagt, der Ausgangspunkt der Theorie der permanenten Revolution ist die besondere trotzkistische Analyse des Imperialismus. Diese Analyse besagt, dass mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Totenglocke für alle nationalen Programme geläutet wurde: Die Zeit für die Weltrevolution ist gekommen, und sie muss als weltweiter Prozess verstanden werden, als eine globale Explosion oder vielmehr als eine Kette von Explosionen, in der der Kapitalismus durch den Sozialismus im Weltmaßstab ersetzt wird.

Dieser Theorie zufolge hat der Imperialismus alle nationalen Grenzen überwunden und ist zu einem Ganzen geworden, das sich nicht Schritt für Schritt auflösen

lässt. Begründet wird dies mit der objektiven Tendenz des Kapitalismus zur Globalisierung der Weltwirtschaft und der Vorherrschaft der Monopole über alle kapitalistischen Schlüsselpositionen.

Eine gleichzeitige globale Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ist daher die notwendige Form, die der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus annehmen muss. Die Aufgabe der Revolutionäre besteht darin, diese Situation abzuwarten und sich darauf vorzubereiten, indem sie im Voraus eine revolutionäre Organisation auf weltweiter Basis schaffen, die die Revolution anführt, einen „Generalstab der Weltrevolution“. Diese Rolle hat sich die Vierte Internationale selbst zuerkannt. Folglich kann sich keine konkrete Revolution durchsetzen, und der Sozialismus kann nicht in einem einzigen Land oder einer Gruppe von Ländern aufgebaut werden. Eine Revolution in einem einzigen Land, wie die Oktoberrevolution in Russland, kann allenfalls der Funke sein, der die Weltrevolution entfacht.

Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft über einen langen Zeitraum in einem Land oder einer Gruppe von Ländern ist daher per Definition unmöglich.

Trotzki beschrieb die Weltrevolution als diese allumfassende globale Explosion, und die Trotzlisten haben wiederholt verkündet, dass die Weltrevolution „gleich um die Ecke“, „nur noch ein paar Jahre“ entfernt sei. Natürlich ist sie nicht eingetreten, aber der Trotzismus verhält sich genauso wie die religiösen Untergangspropheten, die ein Datum für das Ende der Welt festlegen. Jedes Mal, wenn sich herausstellt, dass es nicht gelingt, wird es irgendwann in der Zukunft eine neue Gelegenheit geben.

Auf der Grundlage dieser zutiefst unwissenschaftlichen und antimarxistischen Revolutionstheorie muss der Trotzismus zwangsläufig konkrete Revolutionen und Versuche zum Aufbau des Sozialismus ablehnen und kritisieren, die tatsächlich aktuell sind und die die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in einer Reihe von Ländern in diesem Jahrhundert machten. Keine von ihnen war der Funke, der die Kette der Explosion der Weltrevolution auslösen konnte.

Es ist daher der Theorie der permanenten Revolution selbst innewohnend, dass alle konkreten Revolutionen in einzelnen Ländern zum Scheitern verurteilt sind.

/-/

Mandels Vierte Internationale bezeichnete die Sowjetunion als einen „bürokratisch deformierten Arbeiterstaat“, als eine besondere, degenerierte Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus, erkannte aber an, dass die Oktoberrevolution das kapitalistische System in Russland stürzte. Andere (wie die Internationale Sozialistische Bewegung) gehen von der Theorie der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem oder mehreren Ländern aus und leugnen, dass die Sowjetunion jemals den Kapitalismus abgeschafft hat. Was Lenin und Stalin aufgebaut haben, war kein Sozialismus, sondern von Anfang bis Ende „Staatskapitalismus“.

REVOLUTION UND KLASSENKAMPF

Für die Trotzlisten blieb die Geschichte in gewissem Sinne 1923 stehen. Die Weltrevolution ist nach trotzkistischer Auffassung gescheitert, da die russische Revolution keine siegreichen Revolutionen in Westeuropa auslöste, die als Sprungbrett für den „finalen Show-down“ dienten.

Daher sieht der Trotzismus die große und reiche revolutionäre Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine einzige lange „stalinistische“ Perversion an.

Nach Ansicht der Trotzlisten wurde weder in der UdSSR noch in den anderen sozialistischen Ländern jemals ein wirklicher Sozialismus aufgebaut. Der Trotzismus bezeichnete sie gewöhnlich als „degenerierte Arbeiterstaaten“, eine Art Übergangsgesellschaft, die weder kapitalistisch noch sozialistisch war.

Die Trotzlisten behaupten, dass sich die Revolution nach der Vertreibung Trotzki aus der Sowjetunion zu einer Karikatur entwickelt habe, die von einer pervertierten „stalinistischen Bürokratie“ regiert werde. Diese „Analyse“ wurde dann für alle neuen sozialistischen Gesellschaften und Länder wiederholt.

Es ist eine Tatsache, dass die Trotzlisten, sobald die Revolution in einem Land gesiegt hat, damit beschäftigt waren, sie zu verleumden, weil sie nach ihrer Logik in jeder Hinsicht unmöglich ist. Auf der Grundlage der permanenten Revolution hat der Trotzismus alle Versuche, den Sozialismus aufzubauen, und vor allem die Sowjetunion zu Stalins Zeiten, scharf angegriffen, angeblich weil sie „die Weltrevolution hinausschieben“ und den weltrevolutionären Prozess in die Irre führen. Damit haben sie auch gleich eine Erklärung parat, warum die von ihnen selbst vorhergesagte „Weltrevolution“ gescheitert ist. Es ist die Schuld Stalins und der Kommunisten!

Die Zerschlagung der „stalinistischen Bürokratien“, so die Trotzlisten, hätte eine notwendige und stimulierende Wirkung auf den Fortschritt der Weltrevolution. Deshalb begrüßten die Trotzlisten die Konterrevolution in der Sowjetunion und den anderen ehemals sozialistischen Ländern mit Begeisterung!

Das entscheidende Problem für die Trotzlisten ist, dass die Realität, die Revolution und die tatsächlichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse nicht mit ihren Theorien und Formeln übereinstimmen.

Die Arbeiterklasse hat die proletarische Revolution in einer großen Anzahl von Ländern durchgeführt, und darüber hinaus wurden in diesem 20. Jahrhundert zahlreiche antikoloniale und antiimperialistische Revolutionen durchgeführt.

Der Sozialismus wurde tatsächlich in einem Land und später in einer Reihe von Ländern erfolgreich aufgebaut. Zunächst in der UdSSR, die nach Trotzki Vorhersagen keine Überlebenschance hatte, nicht einmal für ein paar Jahre. Vor Hitlers Angriff auf die Sowjetunion verkündete er, dass das Land von der Kriegsmaschinerie der Nazis zerschlagen werden würde.

Doch der Sozialismus erwies sich als fähig, dem faschi-

stischen Angriffskrieg zu widerstehen, dem brutalsten Krieg, den die Welt je gesehen hat.

Lenins theoretische Begründung für die Möglichkeit des Sieges der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in einem Land oder einer Gruppe von Ländern war die ungleichmäßige Entwicklung des Imperialismus. Der Sieg der Revolution in Russland und später in anderen Ländern der Welt und der Aufbau dieser Länder als sozialistische Gesellschaften haben natürlich in der Praxis die Theorie der Trotzlisten von der Unmöglichkeit des Sozialismus widerlegt. Dies gilt selbst dann, wenn es sich um ehemals sozialistische Gesellschaften handelt, in denen der Kapitalismus wiederauferstanden ist. Das liegt nicht an der „Unmöglichkeit des Sozialismus“, sondern daran, dass der Klassenkampf in den sozialistischen Ländern in Verbindung mit dem Druck und der Subversion des Imperialismus und der Reaktion zur Zerstörung des Sozialismus weitergeht.

Die Tatsache, dass der Sozialismus an einem bestimmten Punkt konkret vereitelt und besiegt wurde, sagt nichts über die Möglichkeit oder Realität der Revolution und des Sozialismus in diesem Land oder diesen Ländern aus. Andererseits sagt sie etwas über den scharfen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab aus. Es sagt uns, dass der Klassenkampf auch nach dem Sieg der Revolution weitergeht und dass es immer noch die Möglichkeit der Konterrevolution in der einen oder anderen Form gibt, und zwar nicht nur durch einen imperialistischen Krieg oder eine Invasion. Das haben zum Beispiel Lenin und Stalin immer wieder mit großer Schärfe betont und die notwendigen Gegenmaßnahmen gegen die konterrevolutionären Kräfte ergriffen.

SOZIALISMUS IN EINEM LAND

Akzeptieren wir für einen Moment die Annahmen der Trotzlisten, dass alle Versuche, den Sozialismus aufzubauen, gescheitert sind. Dass es auf der Welt nur Kapitalismus gibt. Dass eine Handvoll imperialistischer Mächte die ganze Welt kontrolliert; selbst in diesem Fall gilt die Theorie der permanenten Revolution nicht.

Die Revolution ist und bleibt ein konkreter Prozess in konkreten Ländern oder Ländergruppen, keine gleichzeitige Revolution auf dem ganzen Globus.

Das ist heute genauso wahr wie vor der Oktoberrevolution.

Trotzki selbst verband während des Ersten Weltkriegs seine Hoffnungen nicht mit einer proletarischen Revolution in Russland, sondern mit der Losung der Vereinigten Staaten von Europa.

Er schrieb: „Unter diesen historischen Umständen kann die Arbeiterklasse, das Proletariat, kein Interesse daran haben, das überlebte und antiquierte nationale ‚Vaterland‘ zu verteidigen, das zum Haupthindernis der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist. Die Aufgabe des Proletariats ist es, ein weitaus mächtigeres Vaterland zu schaffen, mit einer weitaus größeren Widerstandskraft

- die republikanischen Vereinigten Staaten von Europa, als Grundlage der Vereinigten Staaten der Welt. Gegen die Stagnation des Imperialismus kann das Proletariat nur eine sozialistische Organisation der Weltwirtschaft als heutiges politisches Programm machen.“

Später wiederholten seine Nachfolger diesen Unsinn in vielen Variationen, darunter auch die Idee der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa. Und es ist sogar zu praktischer bürgerlicher Politik geworden. Lenin entgegnete, die Losung von den Vereinigten Staaten von Europa im Kapitalismus sei „entweder unmöglich oder reaktionär“:

Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht nur Europas) sind die Staatsform der Vereinigung und Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verbinden - bis zu dem Zeitpunkt, an dem der vollständige Sieg des Kommunismus das völlige Verschwinden des Staates, auch des demokratischen, mit sich bringt. Als eigenständige Losung wäre die Losung der Vereinigten Staaten der Welt jedoch kaum richtig, erstens, weil sie mit dem Sozialismus verschmilzt; zweitens, weil sie falsch interpretiert werden könnte, dass der Sieg des Sozialismus in einem einzigen Land unmöglich ist, und sie könnte auch falsche Vorstellungen über die Beziehungen eines solchen Landes zu den anderen hervorrufen... „Der Sieg des Sozialismus ist also zunächst in mehreren oder sogar nur in einem einzigen kapitalistischen Land möglich.“ (Lenin: Über die Losung für die Vereinigten Staaten von Europa, Aug. 1915)

EINE REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE?

Die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution umfasst eine breite Palette von Aspekten, die über die falsche Vorstellung vom weltrevolutionären Prozess und die Ablehnung der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzigen Land oder einer Gruppe von Ländern hinausgehen. Diese anderen Aspekte der trotzkistischen Ideologie stehen ebenfalls im grundlegenden Gegensatz zum Marxismus und der leninistischen Revolutionstheorie.

Die Ideologie beruht auf dem mangelnden Glauben an den Sieg der Revolution in einem einzelnen Land oder einer Gruppe von Ländern und auf dem Misstrauen gegenüber der Fähigkeit der Arbeiterklasse, in der Revolution Verbündete um sich zu scharen, sowohl in einzelnen Ländern als auch im Weltmaßstab.

Sie leugnet die schrittweise Entwicklung der konkreten Revolutionen und der verschiedenen Elemente des revolutionären Weltprozesses. Sie leugnet die Notwendigkeit einer revolutionären Strategie und Taktik, die auf dem jeweiligen Entwicklungsstand eines jeden Landes und auf den objektiven revolutionären Aufgaben beruht, vor denen es steht.

Sie unterschätzt daher die Bedeutung der allgemeinen demokratischen Aufgaben, die Bedeutung des nationalen, antiimperialistischen und demokratischen Aspekts der revolutionären Entwicklung im Weltmaßstab. Sie ersetzt eine komplizierte Formulierung von Strategie

und Taktik auf der Grundlage des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses, einschließlich der Schaffung möglichst breiter Klassen- und Volksbündnisse und eines breiten, konkreten politischen Programms für die revolutionäre Bewegung in einem bestimmten Land, durch schematische revolutionäre Formeln, die nach Meinung der Trotzlisten überall anwendbar sind. /--/

Das grundlegende programmatische Dokument, das die Auffassung des Trotzismus von Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung zum Ausdruck bringt, ist nach wie vor Trotzis „Übergangsprogramm“ von 1938. Das Wesen des rechten Opportunismus besteht darin, den alltäglichen Kampf von der Strategie für den Sozialismus, von der Revolution und dem sozialistischen Ziel zu trennen. Die sozialdemokratischen Parteien jeglicher Couleur machen den täglichen Kampf zu allem und den Sozialismus zu nichts. Der „linke Opportunismus“ hingegen legt das Hauptgewicht auf die Perspektive, das Ziel, und leugnet die Bedeutung des täglichen Kampfes und der Forderungen des Tages (im weitesten und umfassendsten Sinne) als das Einzige, was das Volk vorbereiten und den Massenkampf auf das Niveau entwickeln kann, das notwendig ist, um den Kapitalismus in einer revolutionären Situation zu stürzen und den Staat der Bourgeoisie durch den neuen Staat der Arbeiterklasse zu ersetzen.

Der Trotzismus glaubt, einen einfachen Weg gefunden zu haben, um diese Fragen zu umgehen: Anstatt eine Reihe von alltäglichen Forderungen aufzustellen, von denen jede im Kapitalismus erfüllt werden kann und die daher breite Kampforganisationen mobilisieren und organisieren können, stellt das trotzkistische „Übergangsprogramm“ eine Reihe von Forderungen auf. Von diesen Forderungen heißt es, dass „keine der Übergangsforderungen vollständig verwirklicht werden kann, solange das bürgerliche Regime fortbesteht“. So kann der „Bruch mit dem Kapitalismus“ als konkrete politische Möglichkeit in jedem Streik im Kapitalismus existieren, jeder Streik kann sich zu einem „Generalstreik“ entwickeln, der zu einem „Kampf um die Macht“ führt, zur Schaffung einer so genannten „Doppelmacht“ - im trotzkistischen, nicht im leninistischen Sinne - mit Arbeiterräten und Streikkomitees. Die trotzkistischen Organisationen bringen diese ganze Gruppe von Formeln in praktisch jedem Arbeitskampf von auch nur mäßiger Bedeutung vor.

Diese „radikalen“ Forderungen und Methoden, zu denen neben vielen anderen Fehlern auch die Tatsache gehört, dass sie die Radikalisierung der Arbeiterklasse ständig überschätzen, wirken in der Praxis entgegen ihrer Absicht: Die pseudorevolutionären Ideen sind eine Niederlagenserie, die letztlich den sozialdemokratischen Reformisten freie Bahn lässt. Gleichzeitig wird die Bedeutung der unverzichtbaren Führungsrolle der revolutionären (kommunistischen) Partei vernachlässigt, sowohl in den alltäglichen Kämpfen im Kapitalismus als auch in einer revolutionären Situation.

Diese grundsätzlich subjektive Einschätzung der Klas-

senbewegungen und Klassenkräfte hat zur Folge, dass die geduldige Organisation der Massenkämpfe und der Massenbewegung abgelehnt wird und bedeutet, dass die Trotzlisten dem spontanen Kampf ständig hinterherlaufen. Die Trotzlisten befinden sich immer entweder in der Flaute oder in einem Hochzustand „revolutionärer“ Begeisterung, hilflos mitgerissen von der wechselnden Ebbe und Flut des Klassenkampfes.

Der gravierendste Fehler des trotzkistischen „Übergangsprogramms“ ist die bürgerliche und reformistische Auffassung von der Staatsmacht. In Wirklichkeit stellt es die Frage des Klassencharakters des bürgerlichen Staates und der Notwendigkeit, den bürgerlichen Staat durch eine Revolution zu stürzen, überhaupt nicht. Die trotzkistische Konzeption des Staates verläuft parallel zur sozialdemokratischen: Der bürgerliche Staat kann zur Förderung des Sozialismus genutzt werden, so dass ihm allmählich und reibungslos immer mehr sozialistische Elemente einverleibt werden können, zum Beispiel durch Verstaatlichung. Wenn der Trotzismus bestimmte Ideen hinzufügt, dass eine „Doppelherrschaft“, Betriebsräte und Sowjets auch unter normalen kapitalistischen Bedingungen und nicht in einer konkreten Ausnahmesituation mit einer starken revolutionären Welle geschaffen werden können, ist das nur ein „linksradikaler“ Zuckerguss auf dem alten sozialdemokratischen Kuchen.

ZWISCHEN SOZIALDEMOKRATIE UND KOMMUNISMUS

Der Trotzismus entstand als eine zentristische, versöhnliche Strömung zwischen der Sozialdemokratie und dem Bolschewismus Lenins, als ein spezieller „linker Flügel“, der im sozialdemokratischen Opportunismus wurzelt. Dieser historische Ursprung macht den Trotzismus besonders geeignet, um zwischen den beiden Grundlinien der Arbeiterbewegung zu manövrieren: dem sozialdemokratischen Reformismus und der Linie des revolutionären Klassenkampfes, der kommunistischen Linie, die klassenbewusste Arbeiter an der Spitze der gesamten Arbeiterklasse und breite Volkskräfte in allen Kämpfen dieses großen revolutionären Jahrhunderts zusammenführt.

In diesem Bereich hat sich der Trotzismus als internationale Strömung in den verschiedenen historischen Perioden verändert - vor der Oktoberrevolution, in der Zeit als Opposition in der KPdSU, in den 1930er Jahren und während des Zweiten Weltkriegs in Form einer Exilströmung, die international Fuß fassen wollte, und in den verschiedenen Nachkriegsperioden.

In den verschiedenen Perioden haben die Trotzlisten unterschiedliche Taktiken angewandt, um eine Art „dritten Weg“ zwischen der reformistischen, sozialdemokratischen Linie, die für die ewige Erhaltung des Kapitalismus eintritt, und der kommunistischen Linie der Revolution, die den kapitalistischen Staat zerstört und eine neue sozialistische Gesellschaft aufbaut, zu etablieren.

In ihrem Nachruf auf Ernest Mandel lobten die Internationalen Sozialisten ihn gerade dafür, dass er in der

Nachkriegszeit die Notwendigkeit betonte, eine revolutionäre Alternative sowohl zu den sozialdemokratischen als auch zu den „stalinistischen (sprich: kommunistischen) Parteien“ aufzubauen.

Die Tatsache, dass dem Trotzismus in der Nachkriegszeit und insbesondere seit den 1960er Jahren ein größerer politischer Spielraum eingeräumt wurde, ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen:

Der Verrat der Arbeiterklasse und des Sozialismus durch den sozialdemokratischen Reformismus ist immer deutlicher geworden und hat die Sozialdemokratie in eine strategische Krise geführt. Ihre offensichtliche Rolle als Hauptstütze der kapitalistischen Gesellschaft, die oft von der herrschenden bürgerlichen Partei bevorzugt wird, führt natürlich zu einer Desillusionierung in der sozialen Basis der Partei, bei den Mitgliedern und Wählern aus der Arbeiterklasse. Dies ist der Hauptgrund für die strategische Krise u.a. der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien, eine Krise, die seit vielen Jahrzehnten ihre Positionen untergräbt und zu weitreichenden Abwanderungen ihrer Mitglieder und Anhänger führt.

Nicht zuletzt an die immer wieder aufkeimende Strömung nach links, den Bruch mit der Sozialdemokratie und dem Reformismus, richtet sich der Trotzismus. Die so genannte „revolutionäre Alternative“ soll verhindern, dass sich die Strömung auf eindeutig revolutionäre, kommunistische Positionen verlagert.

In Wirklichkeit gibt es nur zwei Grundrichtungen, die für die Arbeiterbewegung möglich sind: die bürgerliche Richtung, Reformismus und Opportunismus, oder proletarischer Marxismus-Leninismus. Entweder der Weg der Klassenkollaboration, um den Kapitalismus zu erhalten, oder der Weg des wissenschaftlichen Sozialismus, um die neue sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

DER PARASITÄRE CHARAKTER DES TROTZISMUS

Die Ideologie und der politische Wirkungsbereich des Trotzismus, seine historische Rolle und Entwicklung, sind die Grundlage für eines der auffälligsten Merkmale der Bewegung und all ihrer Organisationen: die Rolle von Parasiten auf den wichtigsten politischen Strömungen der Arbeiterbewegung und des Massenkampfes.

Der Trotzismus ist rechts und links zugleich. Trotzistische Organisationen bezeichnen sich selbst selten als trotzkistisch, sondern bevorzugen andere Begriffe: „revolutionäre Marxisten“, „revolutionäre Sozialisten“ oder sogar „demokratische Sozialisten“, wenn sie sich an den Sozialdemokraten orientieren, während sie sich als „Leninisten“ und „Bolschewiken“ präsentieren, wenn sie sich an den Kommunisten orientieren.

In der oben erwähnten Resolution des 10. Weltkongresses der Vierten Internationale, die den Aufbau „revolutionärer Parteien“ auf die Tagesordnung setzt, werden diese Parteien als „revolutionär“ und „revolutionär-marxistisch“ bezeichnet. Sie sollen auf der Grundlage des Entstehens einer „neuen Vorhut mit Massencharakter“, wie es heißt, aufgebaut werden.

/-/

Die Verwechslung von Begriffen für ein und dieselbe Sache - die Organisation und Ideologie des Trotzismus - trägt offensichtlich dazu bei, die Identifizierung dieser Strömung zu erschweren, die sich ohne Hemmungen der Definitionen anderer politischer Strömungen bedient.

Die Trotzisten sehen in den konkreten Kämpfen und Bewegungen der Arbeiterklasse sowohl eine Möglichkeit, die trotzkistischen Schemata und Formeln zu verbreiten, als auch ein Betätigungsfeld für die Rekrutierung von Mitgliedern für die trotzkistischen Organisationen. Es ist die trotzkistische Ideologie und das Organisationsdenken, das es ihnen erlaubt, solche Kämpfe nicht nur zu unterstützen, um sie maximal zu entwickeln, sondern immer auch fremde Ziele und Absichten in den Kampf einzubringen, und es endet immer mit einem Aufruf, sich mit den Trotzisten zu organisieren.

EIN WÜTENDER HASS AUF DEN KOMMUNISMUS

Das hervorstechendste Merkmal des Trotzismus als internationale Strömung, ein Merkmal, das alle trotzkistischen Gruppierungen kennzeichnet, ist ein unbändiger Hass auf die kommunistischen Parteien, die auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus beruhen, und auf alle erfolgreichen Revolutionen und Versuche, den Sozialismus aufzubauen, die in diesem Jahrhundert stattgefunden haben.

Die Geschichte des Trotzismus ist in erster Linie ein ständiger Kampf gegen den Kommunismus und den Marxismus-Leninismus unter der Losung des „Kampfes gegen den Stalinismus“. Heute trägt der Trotzismus aktiv und in hohem Maße zur Revision der Geschichte der Arbeiterklasse und des Sozialismus bei, ein Prozess, an dem auch die bürgerlichen Historiker beteiligt sind. Ihr Ziel ist es, die revolutionären Kämpfe in eine anti-revolutionäre Richtung umzuschreiben und umzuinterpretieren.

Der Kampf des Trotzismus gegen die Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung während der Stalin-Ära ist allgemein bekannt.

Während der Gorbatschow-Periode, als in der Sowjetunion der endgültige Übergang zu einem kapitalistischen System westlicher Prägung vorbereitet wurde, wurden die Prozesse der 1930er Jahre gegen Trotzisten und andere als Konterrevolutionäre Verurteilte als „Schauprozesse“ bezeichnet und die Urteile „annulliert“. Westliche Trotzisten wie Isaac Deutscher wurden als sowjetische Experten und Berater der Regierungen in Fragen der Rehabilitierung der „unschuldigen Opfer des Stalinschen Terrors“ berufen, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als die Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums an Fahrt aufnahm.

Sie wurden beschuldigt, den Sozialismus zu untergraben und den Kapitalismus wiederherstellen zu wollen. Es ist natürlich kein Zufall, sondern historisch völlig logisch, dass Kräfte wie Gorbatschow und Jelzin, die die endgültige Restauration des Kapitalismus und die Auflösung der Sowjetunion tatsächlich durchführten, ihre

Vorgänger, die in ihren konterrevolutionären Aktivitäten gebremst worden waren, freisprachen.

Die Ausstellung von Unschuldsbescheinigungen durch das kapitalistische Russland und die Verleihung von Auszeichnungen an die Wegbereiter der Konterrevolution können jedoch nichts an der historischen Wahrheit über diese Kräfte ändern, die im Sozialismus bekämpft und im Kapitalismus gefeiert wurden.

Wir müssen feststellen, dass der vorläufig letzte Akt des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa auch mit sachkundiger trotzkistischer Hilfe stattfand.

IM DIENSTE DER KONTERREVOLUTION

Heute versucht der internationale Trotzkismus eifrig, die revolutionäre Geschichte des 20. Jahrhunderts in trotzkistischem Sinne umzuschreiben. Dies geschieht zum einen als Fortsetzung eines dreiviertel Jahrhunderts des Kampfes gegen die internationale kommunistische Bewegung, zum anderen in dem Versuch, den Leninismus durch die Theorie und die politische Praxis des Trotzkismus zu ersetzen.

Die trotzkistische Geschichtsschreibung ist gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Feindseligkeit und überkritische Haltung gegenüber den tatsächlich stattgefundenen Revolutionen, durch ihre Versuche, die tatsächlichen Positionen und die Rolle der trotzkistischen Bewegung als aktiver Teilnehmer an diesen Prozessen zu verbergen oder zu beschönigen, und durch ihre Versuche, die Tatsache zu verbergen, dass sie mit einer bürgerlichen Geschichtsrevision übereinstimmt

Es würde zu weit führen, die gesamte revolutionäre Geschichte des [letzten] Jahrhunderts und die Rolle der Trotzkisten in ihr aufzuarbeiten. In allen entscheidenden Punkten hat der internationale Trotzkismus eine Linie gewählt, die zur Niederlage geführt hätte, wenn sie in Massenpolitik umgesetzt worden wäre. Er wäre nicht nur, wie es der Fall war, ein mehr oder weniger begrenztes Hindernis für die Revolution, eine Quelle der Verwirrung und der Spaltung der revolutionären Kräfte gewesen.

Nehmen wir als Beispiel die Haltung des Trotzkismus zum Kampf gegen den Faschismus:

Der Trotzkismus war gegen die Unterstützung der demokratischen Länder, die vom Faschismus angegriffen wurden. Als die Sowjetunion später von Hitler-Deutschland angegriffen wurde und sich damit der Charakter des Zweiten Weltkriegs änderte, erklärten die Trotzkisten, dass der Krieg immer noch ein Krieg zwischen den imperialistischen Mächten sei, und sprachen sich gegen das Bündnis zwischen der Sowjetunion, den USA und Großbritannien aus, das einen wesentlichen Einfluss auf die Niederlage Hitlers und des Faschismus hatte.

In der Nachkriegszeit hat die Leugnung der Möglichkeit einer Revolution und des Sozialismus in einem oder mehreren Ländern durch den Trotzkismus, die Ablehnung der antifaschistischen Volksfronten und der nationalen und demokratischen Elemente des antiimperialistischen Kampfes die Trotzkisten in eine direkte Konfrontation mit den von kommunistischen Parteien geführten nationalen Befreiungsbewegungen geführt.

In der chinesischen Revolution, in Vietnam, Korea und an vielen anderen Orten stellten sich die trotzkistischen Gruppen und die Vierte Internationale selbst gegen die Strategien und Linien, die zum Sieg dieser Revolutionen führten.

Die trotzkistische Literatur quillt über von einem unstillbaren Hass auf die kommunistischen Parteien und nicht zuletzt auf ihre Führungen. Sie ist ein Sammelsurium von Beschimpfungen und aggressiven Angriffen auf alle „Stalinisten“, die an der Spitze der größten und wichtigsten Volkskämpfe und Revolutionen des letzten (20.) Jahrhunderts standen: Stalin und die Führung der KPdSU, Georgi Dimitrov, Mao Zedong, Ho Chi-Minh, Kim Il Sung, Enver Hoxha, Fidel Castro und viele andere waren und sind Zielscheibe der wütenden trotzkistischen Hetzpropaganda. Manchmal wird versucht, die Hetze als „Kritik am Personenkult“ zu tarnen, aber inhaltlich richtet sie sich gegen die konkreten Revolutionen, den Aufbau des Sozialismus und die führende Kraft darin, die kommunistischen Parteien.

Im Gegenzug verteidigten der Trotzkist Tito und die Titoisten Jugoslawien in seinem Bruch mit dem ehemaligen sozialistischen Lager und der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie haben schon immer nach Rissen und Spaltungen unter den Kommunisten gesucht, um sie für ihre Zwecke auszunutzen. Mit Begeisterung nahmen sie Chruschtschows so genannten „Geheimerbericht“ über Stalin und den „Showdown mit dem Stalinismus“ auf, der den konterrevolutionären Prozess des modernen Revisionismus einleitete, der schließlich zum Fall des Sozialismus und zur Auflösung der Sowjetunion führte. Sie sahen darin eine historische Bestätigung ihres eigenen Kampfes gegen die ehemals sozialistische Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung.

Selbst die endgültige kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und die Auflösung der Sowjetunion wurden als Beweis für die Richtigkeit der trotzkistischen Theorie der permanenten Revolution und der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Land angesehen. Auf diese Weise trägt der Trotzkismus dazu bei, den tatsächlichen historischen Verlauf des internationalen Klassenkampfes und des Klassenkampfes im Sozialismus zu verschleiern, und tritt damit parallel zur bürgerlichen Geschichtsschreibung auf. Er sieht die gesamte Sowjetzeit als eine einzige, statische Periode ohne Eigendynamik und Entwicklungsverlauf, als eine unglückliche Klammer der Weltgeschichte, die im Grunde „dem Lauf der Geschichte widerspricht“.

Die echten kommunistischen Parteien werden systematisch als undemokratische, „stalinistische“ Kommandozentralen verleumdet, als Diktatur der Führung über die Mitglieder, aufgebaut auf Kaderdisziplin. Es ist das leninistische Organisationsprinzip, der demokratische Zentralismus, der besonders angegriffen wird. Es ist dieses Prinzip, das es den Parteien ermöglicht, einheitlich und als einheitliche Kraft im Klassenkampf und in der Revolution zu handeln, was die Voraussetzung für ihre Stärke ist und sie zu Parteien der revolutionären Aktion macht.

DIE ROLLE DES TROTZKISMUS IN OSTEUROPA

Trotzkistische Organisationen spielten eine besonders aktive Rolle im Endspiel um den Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa. Konterrevolutionäre Bewegungen wie die Solidarność in Polen und die Charta 77 in der Tschechoslowakei wurden von den Trotzlisten als „echte revolutionäre Bewegungen“ gefeiert. Die Trotzlisten bündelten ihre Energien mit denen des Imperialismus und der gesamten westlichen Reaktion, um den Sieg dieser „Volksbewegungen“ zu unterstützen, d. h. den Imperialismus und die Schlüsselpositionen der internationalen Monopole in den Volkswirtschaften dieser Länder als kapitalistische Systeme westlicher Prägung zu sichern.

In der Vergangenheit wurden Titos Bruch mit dem internationalen Kommunismus 1948, die konterrevolutionären Ereignisse in Polen und Ungarn 1956 und Dubceks sogenannter Prager Frühling 1968, sein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, von den Trotzlisten als echte revolutionäre Bewegungen gegen die stalinistische Bürokratie gefeiert.

Die Marxisten-Leninisten haben wiederholt betont, dass die Gefahr einer kapitalistischen Restauration auch in den Ländern besteht, in denen die Revolution gesiegt und der Sozialismus aufgebaut wurde, und dass der Klassenkampf im Sozialismus mit Unterstützung des Weltimperialismus und der Reaktion weitergeht. Eine friedliche Konterrevolution ist nicht nur eine theoretische und politische Möglichkeit.

Nach der Niederlage Hitlerdeutschlands, das vergeblich versucht hatte, den Sozialismus mit Waffengewalt zu zerschlagen, und der Entwicklung von Atomwaffen, die einen Krieg gegen den Sozialismus auch für den Imperialismus zu einem Abenteuer mit enormen Risiken machen würden, wurde die Strategie der friedlichen Konterrevolution, die Strategie der Degeneration des Sozialismus von innen heraus, zum eigentlichen Kern des Kampfes des Imperialismus gegen den Sozialismus. Das Wettrüsten und das nukleare Wettrüsten waren auch Methoden, die durch anhaltenden Druck zur Degeneration der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten beitrugen und gleichzeitig alle Widersprüche verstärkten und verschärften, alle Mängel, Unzulänglichkeiten und Probleme dieser Länder ausnutzten, um Unzufriedenheit und Unruhe zu schüren.

Es ist offensichtlich, dass Mandel und seine Vierte Internationale, diese selbsternannten Experten der sozialistischen Revolution, sich völlig und grundlegend geirrt haben, als sie verkündeten, dass die von ihnen gefeierte

„politische Revolution“ keine Bedrohung für die Errungenschaften des Sozialismus darstellt und jede Möglichkeit einer Rückkehr zum Kapitalismus ausschließt. Die Aktivitäten und falschen Beteuerungen der Trotzlisten waren ein aktiver Teil der Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa.

Mandel begrüßte enthusiastisch den Fall der Mauer und die „Volksmassenbewegungen“, die als Werkzeuge der offenen Konterrevolution eingesetzt wurden.

Der Trotzismus ist eine internationale politische Strömung, die als vorderste Speerspitze des Opportunismus und der Sozialdemokratie in der Arbeiter- und Revolutionsbewegung agiert, mit der besonderen historischen Aufgabe, die kommunistischen Parteien und den Marxismus-Leninismus anzugreifen

Sie ist natürlich nicht identisch mit der traditionellen Sozialdemokratie, geht aber Hand in Hand mit ihr. Sie ergänzt den Angriff der Sozialdemokratie auf den Kommunismus von rechts durch Angriffe von „links“. Sie spricht von der permanenten Revolution, von der „Diktatur des Proletariats“, von der Notwendigkeit einer bolschewistischen Partei usw., arbeitet aber in der Praxis daran, die bolschewistischen Parteien, den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats zu untergraben und maximale Verwirrung in den Reihen der Revolutionäre zu verbreiten.

Als internationale politische Strömung bietet sie der Arbeiterklasse, der Jugend und den Intellektuellen ihr „Programm der Weltrevolution“ an. Es hat sich gezeigt, dass der Trotzismus bis zu einem gewissen Grad und für eine gewisse Zeit junge Menschen ohne solide revolutionäre Erfahrung und kleinbürgerliche Intellektuelle täuschen kann, die von Phrasendrescherei, der Ablehnung der Kampfdisziplin der Arbeiterklasse und einer kleinbürgerlichen Mischung aus radikalen „Visionen“ und reformistischen Praktiken - wie sie in der Theorie und im Programm des Trotzismus zum Ausdruck kommen - angezogen werden.

Alle Fakten zeigen, dass der Trotzismus kein „revolutionärer Marxismus“, kein „Bolschewismus“, sondern kleinbürgerlicher Antikommunismus ist.

* Anmerkung der Redaktion:

[Ernest Mandel (1923-1995) war ein belgischer Wirtschaftswissenschaftler und

Theoretiker und jahrzehntelang das führende Mitglied der trotzkistischen Vierten Internationale.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARK (APK)

DEUTSCHLAND

Multipolare Welt und Freiheitskämpfer?

Der Krieg in der Ukraine hat innerhalb der linken Bewegung in Deutschland zu heftigen Diskussionen und weit auseinander liegenden Positionen geführt. Die Extreme: Da wird auf der einen Seite aufgerufen, den ukrainischen „Freiheitskampf“ zu unterstützen, während auf der anderen Seite die Verteidigung einer multipolaren Welt und damit eine Verteidigung Russlands gefordert wird. Wir lehnen beide Positionen ab und nehmen dazu Stellung.

„FREIHEITSKÄMPFER“

Anfang Mai fand in Lwiw, Ukraine ein Treffen des „Europäischen Solidaritätsnetzwerks mit der Ukraine“ statt. Aus Westeuropa nahmen rund zwei Dutzend Anarchisten, Troztkisten und andere Linke teil. Akweb, eine anti-deutsche Plattform, die schon lange links verkleidet für Israels Besatzungspolitik und für die USA Stellung bezieht, berichtet ausführlich und mit linken Phrasen bemäntelt über diese Konferenz (<https://www.akweb.de/2022/05/was-wollen-linke-in-der-ukraine-solidarietaets-delegation-in-lwiw/>)

Es beginnt verlockend: „Ebenso selbstverständlich sollte es sein, an der Seite der Arbeiter*innenklasse und Unterdrückten zu stehen, die in einem Land kämpfen, in dem es nicht leicht ist, Linke*r zu sein und das von einem imperialistischen Staat überfallen wird.“

Solidarität ist ein großes Wort! Doch was ist damit gemeint? Solidarität gegen die eigene Bourgeoisie? Solidarität im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung? Nein!

Auch einige „linke“ Abgeordnete sind laut akweb dabei gewesen: „Søren Søndergaard, der für die rot-grüne Enhedlisten im dänischen Parlament sitzt, die finnische Abgeordnete Veronika Honkasalo vom dort an der Regierung beteiligten Linksbündnis...“

Verschämt verschwiegen wird dabei, dass dies Parteien sind, die sich nun unter linken Sprüchlein für die NATO positionieren.

Offen wird zugegeben, dass Hilfsgüter nicht immer bei den Menschen ankommen, sondern in Supermarktgaleen landen oder dass Hilfsgelder in die Taschen von korrupten Oligarchen und ihren Helfern fließen sowie Arbeiterrechte mit dem Kriegsrecht ausgehebelt werden. Sympathie wird für das Verbot verschiedener Organisationen und Parteien geäußert. Denn: „Trotz all der Kritik an der Regierung: In der Verteidigung gegen die russische Invasion unterstütze man sie.“

Und in dieser Logik wird dann offen erklärt: „Ihm persönlich falle niemand aus der demokratischen und sozialistischen Linken ein, der sich gegen die bewaffnete Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg ausspreche, sagt Pilash. Auch alle Anarchist*innen, die er kenne, seien klar für den militärischen Widerstand gegen die russische Aggression.“ „Von ihrer Unterstützung profitieren rund 100 Anarchist*innen und andere Linke, die sich den ukrainischen Territorialkräften angeschlossen haben.“

Man kämpft also gemeinsam mit „ukrainischen Territorialkräften“ wie dem faschistischen Asow-Regiment! Das ist echte „Vaterlandsverteidigung“! Gegen Lenins Aufforderung, den Krieg zu nutzen, um gegen die eigene Bourgeoisie zu kämpfen, meinen diese „tapferen Revolutionäre“: „Ja, wie wäre es, wenn ihr schon mal anfangt? Und wenn dann auch in Russland die Waffen gegen den Kreml gerichtet werden, können wir gern nochmal sprechen, dann ziehen wir bestimmt auch nach.“

„Nicht wieder wehrlos und ohnmächtig dazustehen, ist eines von vielen linken Motiven, sich dieses Mal ebenfalls zu bewaffnen.“

Also: Wir fangen nicht mit dem Sturz des Kapitals an. Bitte tretet ihr erstmal vor. Solange morden wir unsere russischen Brüder für die „Freiheit“.

Etwas heuchlerisch heißt es, man dürfe Russen nicht zu Feinden erklären – auch die seien Kanonenfutter. Es gebe unter ihnen „Anständige“. Toll! Erst mal erschießen und dann „Völkerfreundschaft“ rufen! Erst mal mit der eigenen Bourgeoisie in den Kampf ziehen, dann wieder „internationale Solidarität“ rufen. Da werden sich die russischen Arbeiterfamilien, die zuvor ein Opfer durch ukrainische „Freiheitskugeln“ hatten, genauso freuen wie ukrainische Familien, die durch eine angeblich „antifaschistische“ russische Kugel einen Angehörigen verloren haben.

In seinem bedeutenden Werk „Sozialismus und Krieg“ erklärt Lenin:

„Aber stellen wir uns einmal vor, ein Sklavenhalter, Besitzer von 100 Sklaven, läge im Krieg mit einem anderen Sklavenhalter, Besitzer von 200 Sklaven, um die „gerechtere“ Neuaufteilung der Sklaven. Es ist klar, daß die Anwendung der Begriffe „Verteidigungskrieg“ oder „Vaterlandsverteidigung“ auf einen solchen Fall historisch verlogen und praktisch ein glatter Betrug wäre, begangen von gerissenen Sklavenhaltern am einfachen Volk, an den Kleinbürgern, an der unaufgeklärten Masse. Ganz genauso werden im gegenwärtigen Krieg, den die Sklavenhalter führen, um die Sklaverei aufrechtzuerhalten und zu verstärken, die Völker von der heutigen imperialistischen Bourgeoisie mittels der „nationalen“ Ideologie und des Begriffs der Vaterlandsverteidigung betrogen.“ Lenin Werke, Bd.21, S.301

Lenin führt als Beispiel die Besetzung Belgiens durch den deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg an.

„Die englische und die französische Bourgeoisie betrügen das Volk, wenn sie behaupten, sie führten den Krieg für die Freiheit der Völker und Belgiens: in Wirklichkeit führen sie ihn, um die von ihnen massenhaft zusammengeraubten Kolonien behalten zu können. Die deutschen Imperialisten würden Belgien usw. sofort freigeben, wenn die Engländer und Franzosen ihre Kolonien „brüderlich“ mit ihnen teilen wollten... Aber Deutschland selbst kämpft nicht für die Befreiung, sondern für die Unterdrückung der Nationen. Es ist nicht Sache der Sozialisten, dem jüngeren und kräftigeren Räuber (Deutschland) zu helfen, die älteren, sattgefressenen Räuber auszuplündern. Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie alleamt zu beseitigen. Zu diesem Zweck müssen die Sozialisten vor allem dem Volk die Wahrheit sagen, nämlich, daß dieser Krieg in dreifachem Sinne ein Krieg der Sklavenhalter für die Verstärkung der Sklaverei ist.“ Lenin Werke, Bd.21, S.303-4

In „Sozialismus und Krieg“ sagt Lenin weiter: „Sozialchauvinismus ist das Eintreten für die Idee der „Vaterlandsverteidigung“ in diesem Kriege. Aus dieser Idee ergibt sich weiter der Verzicht auf den Klassenkampf während des Krieges,...“ Lenin Werke, Bd.21, S.307

Und weiter: „Diese Aufgabe findet ihren richtigen Ausdruck nur in der Losung: Umwandlung des imperialisti-

schen Kriegs in den Bürgerkrieg, und jeder consequente Klassenkampf während des Krieges, jede ernsthaft durchgeführte Taktik von „Massenaktionen“ muß unvermeidlich dazu führen. Man kann nicht wissen, ob eine starke revolutionäre Bewegung im Zusammenhang mit dem ersten oder mit dem zweiten imperialistischen Krieg der Großmächte, ob sie während des Krieges oder nach dem Kriege aufflammen wird, jedenfalls aber ist es unsere unbedingte Pflicht, systematisch und unentwegt in eben dieser Richtung zu wirken.“ Lenin Werke, Bd.21, S.314

„Das verbreitetste Mittel der Bourgeoisie, das Volk im gegenwärtigen Krieg zu betrügen, ist die Verschleierung der räuberischen Kriegsziele durch die Ideologie der „Völkerbefreiung“. Die Engländer versprechen Belgien, die Deutschen Polen die Befreiung usw. In Wirklichkeit wird dieser Krieg, wie wir gesehen haben, von den Unterdrückern der Mehrzahl der Nationen der Welt geführt, um diese Unterdrückung zu festigen und zu erweitern.

Die Sozialisten können ihr großes Ziel nicht erreichen, ohne gegen jede Art von nationaler Unterdrückung zu kämpfen. Sie müssen daher unbedingt fordern, daß die sozialdemokratischen Parteien der unterdrückenden Länder (insbesondere der sog. „Groß“mächte) das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen anerkennen und verfechten, und zwar ausdrücklich im politischen Sinne des Wortes, d. h. als Recht auf politische Lostrennung. Ein Sozialist, der einer großstaatlichen oder kolonienbeherrschenden Nation angehört und dieses Recht nicht verteidigt, ist ein Chauvinist.“ Lenin Werke, Bd.21, S.317-8

Lenins Standpunkt ist eindeutig und eine Richtschnur für revolutionäres Handeln in der gegenwärtigen Situation. Denn der Ukraine-Krieg findet nicht isoliert statt. Er ist Teil des Ringens der Großmächte um die Beherrschung der Welt. Auf der einen Seite steht die emporstrebende kapitalistisch-imperialistische Macht China mit Russland; auf der anderen Seite stehen die schwächer gewordenen USA mit der NATO, EU usw. Der Kampf zwischen diesen Blöcken durchzieht nicht erst jetzt sondern bereits seit rund 30 Jahren die Welt mit einer riesigen Blutspur. Ob Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien, Jemen, Mali und die Sahelzone, Kuba, Venezuela – in all diesen mehr oder weniger gewaltsamen Konflikten und Kriegen stehen im Hintergrund diese Mächte. Sie lassen gern andere für sich sterben, liefern Waffen, machen damit ungeheure Profite für ihre Rüstungsmonopole. Menschenrechte, Freiheit sind ihre Parolen, um die Massen zu betrügen und auf ihre Seite zu ziehen. Die Menschen sollen willig in den Krieg ziehen und ihr Leben lassen – für ihre eigenen Ausbeuter!

MULTIPOLARE WELT VERTEIDIGEN?

Auf der anderen Seite stehen linke Organisationen und Medien wie unter anderem der Rotfuchs, die KPD und die DKP, die mehr oder weniger Verständnis für Russlands Krieg zeigen oder sich um eine klare Stellungnahme gegen den russischen Angriff auf die Ukraine

drücken.

Dabei wird die sozialistische UdSSR, die uns vom Hitler-Faschismus befreite, mit dem heutigen Russland Putins vermischelt. So schreibt der Rotfuchs „Wir stehen für alle Zeiten in der Schuld des Landes, das im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Menschen verlor. Das scheint hierzulande weitgehend vergessen.“ Arnold Schölzel im Leitartikel, Ausgabe Mai 2022.

Doch klar ist, das heutige kapitalistisch-imperialistische Russland hat mit der sozialistischen UdSSR nichts mehr zu tun. Alte, revisionistische Parteikader sind heute Monopolkapitalisten und beherrschen den Staat gegen die Arbeiterklasse.

Auf S.2 der gleichen Ausgabe wird von Hans Schoenefeldt behauptet, Russland habe sich in der Ära Jelzin unter „neokoloniale Kontrolle“ begeben, die Putin nun abschüttele. Putin als antikolonialer Kämpfer, der Russland vom Joch des westlichen Imperialismus befreit? Eine kuriose Darstellung.

Ebenda wird aus der „jungen Welt“ vom 5. April Rudi Hechler zitiert: „Der Einmarsch in ein anderes Land ist durch nichts zu rechtfertigen. Weder durch den Hinweis auf eigene Sicherheitsinteressen noch durch die Kette völkerrechtswidriger Kriege der NATO. Der Imperialismus aber, das erleben wir in unserem langen Leben zum wiederholten Mal, ist in der Lage, Umstände zu schaffen, die die betroffenen Staaten bei Strafe ihres Untergangs zwingen, Maßnahmen zu ergreifen, die durch nichts zu rechtfertigen sind außer durch den Selbsterhaltungstrieb.“ Und genau um den geht es.“

Also ist der Einmarsch in ein anderes Land dann doch zu rechtfertigen?!

Und eifrig wird weiter entschuldigt: „Weder die Sowjetunion noch Rußland wollten oder wollen seit ihrer Existenz jemals einen Krieg. Es ist die NATO, die den gegenwärtigen Krieg geradezu herbeigeschrieben und -geschrieen hat.“

Auch hier wird wieder die sozialistische Sowjetunion mit dem heutigen kapitalistisch-imperialistischen Russland in einen Topf geworfen. Dabei hat Russland in den letzten Jahrzehnten im Kampf um die Vorherrschaft auf der Welt keine Samthandschuhe getragen. Russland hat militärisch im Nahen Osten, Asien und Afrika interveniert, Waffen geliefert, Söldner geschickt – genauso wie der US-Imperialismus und die NATO das auch tun. Dabei hat oft der US-Imperialismus seine Ziele nicht erreicht bzw. wie in Afghanistan eine Niederlage erlitten. Das ist gut. Das heutige kapitalistisch-imperialistische Russland ist nicht das bedauernswerte „Opfer“, als das es sich darstellt, sondern agiert militärisch massiv.

Karin Leukefeld darf dann auf S.6 des Rotfuchs, Mai 2022, behaupten: „Es geht darum, ob der westliche US-geführte Block aus NATO, EU und Partnern andere geopolitische Zentren auf der Erde respektiert oder ob dieser „westliche Block“ sich dem US-Plan unterwirft, als „einzige Weltmacht“ über die Erde zu herrschen.... Nun ist dieser Krieg in Europa angekommen und richtet sich gegen die Russische Föderation. Die marschierte am 24. Februar in die Ukraine ein, um das Land zu entmilitari-

sieren und die nazistischen Kräfte in Militär und Politik zu vertreiben.“

1993 bezeichnete Putin, damals noch zweiter Bürgermeister von St. Petersburg, in einem Vortrag vor deutschen Wirtschaftsvertretern den chilenischen Mörder und Faschisten Pinochet als sein Vorbild. Er unterschied zwischen „krimineller“ Gewalt, die auf die Beseitigung der „Marktwirtschaft“ ziele und einer „notwendigen“ Gewalt, wenn diese private Kapitalinvestitionen fördere und schütze. Das wurde übrigens damals von anwesenden deutschen Firmenvertretern und dem stellvertretenden deutschen Generalkonsul mit freundlichem Beifall aufgenommen. (Quelle: Neues Deutschland, 31.12.1993) Unter Kapitalisten war man sich einig, dass Gewalt und Diktatur zum Schutz des Kapitals notwendig ist.

Putin verurteilte mehrfach die gerechte Nationalitäten-Politik Lenins und Stalins. Er griff sie an, weil sie der Ukraine nationale Unabhängigkeit zugestanden haben. In seiner Rede an die Nation vom 21.02.2022 meinte Putin:

„Also, dies zuerst: Die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann im Grunde gleich nach der Revolution von 1917. Lenin und seine Mitstreiter gingen dabei äußerst rücksichtslos gegen Russland selbst vor, von dem Teile seiner eigenen historischen Gebiete abgetrennt und abgestoßen wurden. ... Vom Standpunkt des historischen Schicksals Russlands und seiner Völker waren die Leninschen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht nur einfach ein Fehler, sie waren, sozusagen viel schlimmer als ein Fehler. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ist das vollkommen offensichtlich. ...

Lenin (...) schlug vor, Zugeständnisse an die Nationalisten zu machen, an die „Unabhängigkeitler“, wie er sie damals nannte. Auf Basis genau dieser Leninschen Ideen eines konföderativen Staatsaufbaus und der Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Abspaltung wurde dann die sowjetische Staatlichkeit errichtet; 1922 wurden sie in der Erklärung zur Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verankert, und dann, nach dem Tod Lenins, 1924 in der Verfassung der UdSSR.“

Und so ein Antikommunist und Pinochet-Anhänger soll die Ukraine „entmilitarisieren und die nazistischen Kräfte in Militär und Politik zu vertreiben“?

Das Argument, dass Russland sich verteidige und sich gegen die Dominanz der USA und der NATO wehre, dass es wichtig sei, eine multipolare Welt zu erhalten, ist bei vielen Linken sehr beliebt. Um eine solche multipolare Welt zu erhalten und eine unumschränkte Herrschaft des US-Imperialismus zu verhindern, müsse man Russland und China unterstützen. Diese These wird vom Rotfuchs lautstark vertreten. Sie ist allerdings gegen Lenins Analyse vom Imperialismus gerichtet. Denn nach dieser These ist es Aufgabe der Arbeiterklasse und der Revolutionäre, sich um das Wohlergehen des

einen Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft zu kümmern und diesen zu unterstützen, damit der andere nicht siegt. Das machen die Imperialisten schon selbst. Denn da will keiner untergehen. Wer davon ausgeht, dass eine Alleinherrschaft durch einen Imperialismus real möglich sei, hängt offensichtlich der Theorie vom Ultraimperialismus an, die Karl Kautsky aufsticht, um den Imperialismus zu verherrlichen. Kautsky schloss daraus, dass Frieden möglich sei, wenn es nur noch einen Imperialismus gibt. Lenin wies nach, dass dies aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung der verschiedenen imperialistischen Mächte unmöglich sei. Stattdessen gebe es immer wieder imperialistische Mächte, die absteigen und andere die aufsteigen. Gerade dies sah Lenin als Quelle der imperialistischen Kriege an. Daher wird es immer wieder Kriege um die Neuaufteilung der Welt geben, solange es Kapitalismus und Imperialismus gibt.

Sicher können im Einzelfall kleine Staaten und deren Bourgeoisie die Widersprüche zwischen den aktuell großen imperialistischen Blöcken ausnutzen, um etwas mehr Spielraum für ihre eigenen Interessen zu haben. Doch das ist begrenzt und zudem nur vorübergehend. Mit der Veränderung der Machtverhältnisse kann man auch den „Schutz“ einer imperialistischen Macht verlieren. Zudem verlangen die imperialistischen „Schutzherrn“ ihren Preis in Form von Rohstoffen, Zugang zu Märkten. Das Ausnutzen der imperialistischen Widersprüche ist also kein dauerhaftes Konzept für den nationalen und sozialen Befreiungskampf der unterdrückten Völker. Der einzige dauerhafte Weg ist ein konsequenter antiimperialistischer Kampf und eine antiimperialistische Revolution.

Wir haben dazu oben Lenin zitiert. Seine Aussage ist klar und eindeutig: „Es ist nicht Sache der Sozialisten, dem jüngeren und kräftigeren Räuber (Deutschland) zu helfen, die älteren, sattgefressenen Räuber auszuplün-

dern. Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Räufern auszunutzen, um sie allesamt zu beseitigen.“

Das ist unsere Position! Wir werden weder den „Freiheitskampf“ der Ukraine unterstützen, noch den „antifaschistischen“ Kampf Russlands. Wir werden in Deutschland gegen Aufrüstung und Kriegsbeteiligung mobilisieren. Wir werden gleichzeitig alle Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Völker in allen Ländern solidarisch unterstützen, die sich gegen diesen Krieg und die eigenen Herren wenden. Wir haben schon mehrfach die Beispiele von italienischen und griechischen Arbeiter/innen angeführt, die Waffentransporte der NATO verhindert bzw. behindert haben. Ebenso haben wir das Beispiel belorussischer Arbeiter/innen propagiert, die russische Waffentransporte ver- und behindert haben. Wir sollten uns in Deutschland daran ein Beispiel nehmen und dies in den Gewerkschaften und unter den Kolleg/innen verbreiten.

Die nächsten Jahre werden schwierig werden. Denn der Kampf zwischen USA, NATO, EU einerseits und China mit Russland andererseits um die Weltherrschaft wird mit dem Krieg in der Ukraine nicht beendet sein, sondern weltweit weiter gehen. Dabei wächst auch die Gefahr eines Weltkrieges! Ab gesehen davon besteht auch die Möglichkeit, dass sich der Krieg in der Ukraine jahrelang ausdehnt. Egal wie, der Druck auf die revolutionären Kräfte wird zunehmen. Wir werden als „vaterlandslose Gesellen“, als „Putin-Versteher“, als „NATO-Freunde“ verleumdet und angegriffen werden. Man wird uns zwingen wollen, für den einen oder anderen Räuber Partei zu ergreifen und seinen Krieg als „gerechtfertigt“ anzuerkennen. Doch unsere Wahl ist bereits getroffen: Wir werden mit der allmählich erwachenden Arbeiterklasse gegen den Krieg und gegen das imperialistische System, für die Beseitigung des Kapitalismus und eine andere, sozialistische Gesellschaft kämpfen!

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

FRANKREICH

Eine starke soziale Bewegung gegen die Rentenreform

Seit Januar erschüttert eine starke Arbeiter- und Volksbewegung mit Streiks und Demonstrationen unser Land.

Mobilisierungstag fand am Dienstag, den 28. März statt; ein neuer wurde von der Intersyndikale für den 6. April angesetzt.

Wie lässt sich die tiefe und sehr breite Ablehnung dieser Reform erklären?

EINE BEWEGUNG, DIE SICH SEIT LANGEM ANGEBAHNT HAT

Seit dem Ausbruch der Covid-Epidemie, genauer gesagt seit Herbst 2021 und der Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit, haben sich im ganzen Land Streikbewegungen für die Löhne entwickelt; in großen Konzernen wie Stellantis (Automobilindustrie, ehemals PSA), ExxonMobil, TotalEnergies, RATP (Pariser Verkehrsbetriebe), Sanofi (Arzneimittel), im Einzelhandel ... aber auch in kleineren Unternehmen und insbesondere bei Zulieferern. Die Inflation, die sich seit der Aggression Russlands in der Ukraine und dem anschließenden Krieg entwickelt hat, hat diese Streikbewegungen nur noch weiter angeheizt. Die lang andauernde Abfolge von Wahlen (Präsidenten- und Parlamentswahlen), die von Januar bis Juni 2022 dauerte, hatte keinen Einfluss auf diese Streiks, die keine Pause kannten. Aber diese Streiks liefen parallel zueinander und ermutigten sich gegenseitig, ohne dass es jedoch zu einer Verallgemeinerung, einer allgemeinen Streikbewegung kam.

Die von den Gewerkschaften ausgerufenen Streik- und Demonstrationstage haben jedoch bereits viele Menschen auf die Straße gebracht, um Lohnerhöhungen zu fordern, wie es insbesondere am 29. September 2022 der Fall war.

Im gleichen Zeitraum führte die Regierung eine neue Reform der Arbeitslosenversicherung ein, die die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld erheblich verschlechterte. Ihr Ziel: den Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, der den Arbeitssuchenden zusteht, zu verringern und gleichzeitig die Arbeitslosen unter Androhung der Streichung ihrer Leistungen zu zwingen, jede Arbeit anzunehmen, um so den Sektoren der „schwierigen“ Berufe Arbeitskräfte zu sichern. Gleichzeitig wurde eine Reform der beruflichen Gymnasien angekündigt, die Jugendliche aus der Arbeiterklasse, wie es bereits kritisiert worden ist, zum „Billigfleisch für die Bosse“ machen würde. Außerdem wurde eine Reform des Wohnungswesens zur Stärkung der Rechte von Eigentümern verabschiedet, die insbesondere auf arme Familien in prekären Verhältnissen abzielt. Kurzum, es gab eine Reihe von Angriffen auf die arbeitenden Massen vor dem Hintergrund einer Inflation, die den Reallohn und damit ihre Kaufkraft immer weiter senkt, während die Profite der Unternehmen des CAC 40 1) spektakulär steigen (+52 % im Jahr 2021).

JANUAR 2023: ANKÜNDIGUNG DER RENTENKONTERREFORM DURCH DIE REGIERUNG.

Am 10. Januar stellt die Regierung ihre Reform vor, die sie im Rahmen ihrer Präsidentschaftskampagne für 2022 angekündigt hatte. Es ist die achte Reform seit 1993! Diese Reform will das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 64 Jahre (statt wie bisher auf 62 Jahre) anheben. Dieser Ankündigung wurde von den Gewerkschaften aufgegriffen, die für den 19. Januar zu einem Streik- und Demonstrationstag aufrufen.

EINE BEISPIELLOSE EINHEIT DER GEWERKSCHAFTEN

Alle Gewerkschaften für Arbeiter und leitende Angestellte (CFDT, CGT, FO, CFE-CGC, CFTC, Unsa, Solidaires, FSU) und Jugendorganisationen (Fage, Unef, Voix Lycéenne, FIDL und MNL) stehen geschlossen hinter der Losung der Ablehnung der 64 Jahre und fordern die Rücknahme der Reform. Wie ist es zu erklären, dass eine Gewerkschaft wie die CFDT, die sich immer oder fast immer bereit erklärt hat, mit der Regierung zu verhandeln und Kompromisse zu finden, wie sie sich selbst auf ihrer Website darstellt - „Die CFDT ist eine Gewerkschaft, die es vorzieht, Lösungen durch Dialog und Verhandlungen zu finden.“ (1) - sich in dieser Bewegung engagiert hat?

Wenn sie sich bis heute alle in der Opposition gegen die Reform unter der Losung „Nein zu 64 Jahren“ und der Forderung nach Rücknahme der Reform wiederfinden, dann liegt das, wie die offiziellen Statistiken zeigen, daran, dass 90 % der Erwerbstätigen gegen die Verschiebung des Rentenalters auf 64 Jahre und die Verlängerung der Beitragsdauer sind.

Wenn die sehr breite gewerkschaftliche Einheit, die sich gebildet hat, Ausdruck einer massiven Ablehnung der Reform ist, hat die Einheit der Gewerkschaftszentralen im Gegenzug eine Sogwirkung entfaltet.

WIE LÄSST SICH EINE SO TIEFE UND MASSIVE ABLEHNUNG ERKLÄREN?

Wir haben bereits auf eine Häufung von Angriffen auf die Arbeitnehmer hingewiesen, die von den aufeinanderfolgenden Regierungen seit mehreren Jahren und insbesondere in der letzten Zeit von Macron, der als Präsident der Reichen und Bosse angeprangert wurde, durchgeführt wurden. Wenn diese Reform als die Reform, die eine zu viel ist, wahrgenommen wurde, dann deshalb, weil und vor allem weil sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Massen in den letzten Jahren erheblich verschlechtert haben. Wie sonst ließe sich der Ausruf „Noch zwei Jahre arbeiten, dann sterben wir!“ erklären. Oder der Slogan auf den Schildern vieler Demonstranten: „Boulot, métro, caveau, (ou tombeau), 2 ans de plus c'est Non!“ (Arbeit, U-Bahn, Grab – Nein zu zwei weiteren Jahren).

Die kapitalistische Ausbeutung hat sich mit allen möglichen Mitteln verstärkt, insbesondere durch die Intensivierung der Arbeit. Der physische und psychische Verschleiß des Organismus führt dazu, dass irgendwann zu viel zu viel ist. Die Produktivitätsrate in Frankreich (auch wenn sie seit Covid aufgrund verschiedener Faktoren gesunken ist), gehört zu den höchsten in

den OECD-Ländern. Die Zahl der Arbeitsunfälle, einschließlich der tödlichen Unfälle, ist hoch; die Lebenserwartung bei guter Gesundheit ist gesunken. Der Unterschied zwischen der Lebenserwartung eines Managers und eines Arbeiters ist von 7 auf 10 Jahre gestiegen. Die Covid-Epidemie könnte ebenfalls eine Rolle gespielt haben, indem sie das Gefühl verstärkt hat, dass das Leben plötzlich vorbei sein kann.

Die Verschlechterung der öffentlichen Dienste (Gesundheit, Bildung, Verkehr usw.), in denen die Arbeitnehmer immer weniger Mittel haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen, in Verruf geraten und schlecht behandelt werden, lässt sie den Sinn ihrer Arbeit anzweifeln, da sich die Dienstleistung für die Nutzer ständig verschlechtert. Wie kann man dann akzeptieren, zwei weitere Jahre zu arbeiten?

Hinzu kommt, dass Macron 2017 vier der zehn Kriterien für die Berechnung des Härtegrades gestrichen hat, wie etwa das Tragen schwerer Lasten, anstrengende Körperhaltungen, die Exposition gegenüber mechanischen Vibrationen sowie die Exposition gegenüber chemischen und gefährlichen Stoffen (Staub und Rauch).

Auf der Grundlage dieser Analyse, gestützt auf das, was die Bewegung zum Ausdruck brachte, und in dem Bestreben, das Niveau der Proteste gegen das kapitalistische System zu erhöhen, stellte unsere Partei den Aufkleber her mit der Losung „Kapitalismus zermalmt Leben, Nein zu 2 weiteren Jahren“ und verteilte ihn in Tausenden von Exemplaren, ein Aufkleber, der einen gewissen Erfolg verzeichnen konnte.

FALSCH, WECHSELNDE UND VERLOGENE ARGUMENTE

Bei der Vorstellung dieser geplanten Gegenreform verwendeten die verschiedenen Minister der Regierung, die nacheinander in Fernseh- und Radiosendungen auftraten, abwechselnd verschiedene Argumente und vor allem verschiedene Lügen.

So behauptete der Arbeitsminister, dass mit dieser Reform Hunderttausende von Rentnern 1 200 Euro Bruttorente erhalten würden. Als er die Einzelheiten der Bedingungen für den Anspruch darauf nachprüfte, stellte sich heraus, dass es nicht 1 800 000 waren, wie anfangs angekündigt, nicht einmal 200 000, eine Zahl, die später bekannt gegeben wurde, sondern nur 20 000 Personen! Das reichte aus, um allen anderen angeblichen Vorteilen dieser Reform zu misstrauen und sie in Misskredit zu bringen.

Zahlreiche Ökonomen, Soziologen und Spezialisten der Arbeitswelt haben hingegen die Ungerechtigkeit dieser Reform aufgezeigt, die in erster Linie die sozial am niedrigsten stehenden Berufsgruppen (25 % der Ärmsten sterben vor der Rente) und insbesondere Frauen bestrafen wird. Unterbrochene Berufs-Karrieren, erzwungene Teilzeitarbeit, unsichere Jobs, geringe Löhne... Sie schaffen es nie, ihre Rentenjahre zu erreichen und gehen, wenn überhaupt, abgearbeitet und mit lächerlichen Renten in den Ruhestand (2) (3).

Wenn einige beweisen wollten, dass es andere Lösungen zur Sicherung des umlagefinanzierten Rentensystems

gibt, insbesondere die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge, hat die Regierung ihnen sofort geantwortet, „dass man die Arbeitskosten nicht erhöhen kann“!

Für die große Mehrheit der Arbeitnehmer kam es jedoch nicht in Frage, der Regierung zu beweisen, dass es andere Alternativen zu dieser Reform gäbe. Die Gegner positionierten sich sofort mit der Forderung nach einem Nein zu 64 Jahren und der Rücknahme der Reform.

BLOCKIERUNG DER WIRTSCHAFT

Angesichts der Weigerung der Regierung, auf den Zorn im Lande zu hören, gab die Intersyndikale die Parole „Blockade der Wirtschaft“ aus.

Von da an gab es immer mehr Streiks, nicht nur an den landesweiten Mobilisierungstagen, sondern über mehrere Tage und in einigen Sektoren wochenlang. Der Energiesektor, einschließlich des Atomsektors, aber vor allem Raffinerien und Treibstoffdepots wurden durch Streikposten blockiert. RTE (Réseau de transport d'électricité), das den Strom an Unternehmen, Verwaltungen und Haushalte verteilt, schaltete vermehrt bestimmte Unternehmen oder Verwaltungen ab und stellte im Gegensatz dazu den Strom für die Nutzer wieder her, denen er vorenthalten worden war. Die Eisenbahner der SNCF traten ebenfalls in mehrtägige Streiks. Die Hafentarbeiter blockierten die Häfen. Die Müllabfuhr in Paris und anderen Provinzstädten sowie die Arbeiter in den Müllverbrennungsanlagen streikten ebenfalls mehrere Wochen lang. Diese Sektoren sind von der Abschaffung der Sonderregelungen, von denen sie profitieren, besonders betroffen. Zwar wurde das Land nicht blockiert, aber die Aktivitäten wurden zeitweise stark beeinträchtigt und die Regierung begann, von Requisitionen Gebrauch zu machen (4). Es lässt sich nicht leugnen, dass die Höhe der Inflation die Ausweitung des Streiks behinderte, auch wenn die finanzielle Solidarität mit den Streikenden sehr groß war.

DER DURCHMARSCH DER REGIERUNG: DIE ANWENDUNG DES 49.3

Während die Reform im Parlament diskutiert wurde, wollte die Regierung schnell voranschreiten und nutzte alle Rechtsmittel, die ihr die Verfassung erlaubte, um die Debatten zu beschleunigen. Da sie jedoch nicht sicher sein konnte, dass ihr Gesetz bei der Abstimmung in der Nationalversammlung am 16. März eine Mehrheit erhalten würde, übernahm Premierministerin E. Borne die Regierungsverantwortung, indem sie Artikel 49.3 der Verfassung (5) anwandte, der es ihr ermöglicht, ein Gesetz ohne Abstimmung zu verabschieden. Auf dessen Anwendung folgte die Einreichung eines Misstrauensantrags durch eine der Fraktionen der Abgeordneten des Parlaments. Alle Oppositionsparteien der Linken und der extremen Rechten sowie ein Drittel der rechten Abgeordneten (LR – Les Républicains) stimmten für den Misstrauensantrag; nur neun Stimmen fehlten, um die Regierung zu stürzen, was ihre Isolation zeigte. Die Verwendung dieses Artikels für eine Verabschiedung des Gesetzes gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Massen löste enorme Wut aus und stärkte die Entschlossenheit der Reform-

gegner. Spontan fanden am Abend der Abstimmung im ganzen Land zahlreiche Kundgebungen statt. Und die Jugend, die bis dahin nur in geringem Maße präsent war, schloss sich der Bewegung massiv an.

DIE MERKMALE DER BEWEGUNG

Die Bewegung gegen die Rentenreform hat also in Frankreich eine massive Opposition hervorgerufen, angefangen bei der Arbeiterklasse.

Sehr große Teile der Arbeiterschaft traten in den Streik, einige davon mit der Möglichkeit auf Verlängerung (der Streik wird jeden Tag auf den Streikposten abgestimmt) oder punktuell an den von der Intersyndikale aufgerufenen Tagen. Die gewerkschaftlichen Ortsverbände (6) spielten eine wichtige Rolle, um bei den Streikposten zu helfen und die Solidarität zu organisieren. Blockaden von Kreisverkehren mit brennenden Paletten und landwirtschaftlichen oder anderen Maschinen in Industrie- und Gewerbegebieten. Um denjenigen, die aus finanziellen oder anderen Gründen nicht streiken können, die Möglichkeit zu geben, zu streiken, wurden einige Demonstrationen am Samstag organisiert. Ganze Familien fanden sich an diesen Tagen auf den Straßen der Städte ein.

Ein besonderes Merkmal dieser Bewegung war, dass sie nicht nur in den großen Städten sehr stark war, sondern auch in mittleren und sogar in kleinen Städten, wo sich manchmal mehr als ein Viertel der Einwohner auf den Demonstrationen wiederfand.

Die Arbeiterklasse ist zwar das Rückgrat dieser Bewegung, aber auch andere Teile der Volksmassen bis hin zu Teilen der Führungskräfte und Ingenieure fanden sich in der Opposition gegen die Reform wieder. Die Rentner, die sich des Wertes dieser Errungenschaft der Rente mit 60 Jahren bewusst sind, die bereits 2010 unter Sarkozy und 2014 von der sozialdemokratischen Ministerin der Regierung Hollande angegriffen wurde. Die Lehrkräfte, die während der ersten fünfjährigen Amtszeit von Macron und seinem reaktionären Bildungsminister J.-M. Blanquer besonders schlecht behandelt wurden. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die durch die Situation der maroden öffentlichen Krankenhäuser erschöpft sind. Das kulturelle Szenario, das immer sehr reaktionsschnell auf soziale Rückschritte reagiert. Die Frauen, die von dieser Reform besonders benachteiligt werden, sind bei den Demonstrationen sehr präsent. Die Jugend, von der ein militanter und organisierter Teil von Anfang an an den Demonstrationen teilnahm, ist nach der Anwendung des 49.3 durch die Regierung viel massiver in die Bewegung eingetreten. Durch die Besetzung oder Blockade von Universitäten und Hochschulen verlieh sie den Demonstrationen Energie und Dynamik. Das harte Durchgreifen der Polizei nach der Verabschiedung der Reform im Parlament war ein weiteres Element, das die Jugend dazu brachte, sich der Bewegung anzuschließen.

Eine soziale Bewegung der Arbeiter und des Volkes, die gegen eine Reform, aber auch und zunehmend gegen ein System protestiert, wie die Parolen auf den von den Demonstranten hochgehaltenen Schildern zeigen.

DIE ARBEIT DER PARTEI

Gleich zu Beginn dieser Bewegung hat das ZK unserer Partei ein Rundschreiben an die Basisorganisationen mit folgender Ausrichtung verschickt:

- Arbeitet daran, die gewerkschaftliche Mobilisierung auszuweiten, beginnend dort, wo wir eine Basis in den Betrieben, Stadtvierteln und Studienorten haben.
- Die Verbindungen zu unseren gewerkschaftlichen Kontakten, Frauen und Jugendlichen verstärken und sie in unsere politische und gewerkschaftliche Arbeit einbeziehen, um die Bewegung zu stärken.
- Sich auf die Losung konzentrieren, die die Einheit herstellt: Nein zur Rente mit 64. Gleichzeitig Losungen popularisieren, die die Zustimmung breiterer Massen gewinnen können, denn Losungen sind ein Mittel, um die Bewegung politisch zu orientieren.
- Bei Demonstrationen mit Massencharakter über die Sichtbarkeit des Eingreifens der Partei nachdenken; den Namen der Partei und ihre Losungen, ihre Zeitung usw. sehr breit bekannt machen...

Die Partei hat für jeden der großen Demonstrationstage ein Flugblatt herausgegeben, das jedes Mal in mehreren tausend Exemplaren verteilt wurde.

Die Website der Partei berichtete regelmäßig über den Stand der Bewegung, indem sie am Tag nach jedem großen Aktionstag die Errungenschaften der Bewegung zusammenfasste und die Korrespondenz ihrer Organisationen veröffentlichte.

Oben haben wir bereits den Aufkleber zur breiten Popularisierung unserer Losung (Kapitalismus zermalmt

Leben...) erwähnt, der im März entwickelt wurde, um die politischen Fortschritte der Bewegung zu nutzen. Er wurde in Tausenden von Exemplaren verteilt.

Die Zeitung für Januar, Februar und März wurde ebenfalls sehr weit verbreitet.

Unsere Parteikomitees und -zellen griffen diese Leitlinien und das bereitgestellte Material auf, um die Arbeit in ihren Bereichen zu entwickeln, ergriffen Initiativen und waren stets darauf bedacht, die Verbindungen der Partei mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu stärken, um sie für die Partei und ihre Massenorganisationen zu gewinnen. Kleine Allmählich wurden Treffen rund um die Partei mit den Elementen, die wir im Laufe dieser Bewegung zusammenbringen konnten, organisiert.

Die Stellungnahme der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in Europa, die die Bewegung und unsere Partei unterstützte, wurde ebenfalls weit verbreitet. Sie erlaubte sowohl aufzuzeigen, dass in verschiedenen Ländern Solidaritätsaktionen ergriffen wurden, als auch, die IKMLPO bekannt zu machen.

Auch wenn es noch zu früh ist, eine Bilanz zu ziehen - die Bewegung ist noch im Gange -, steht fest, dass die Partei als Ganzes an Erfahrung gewonnen und ihre Verbindungen zu den bewussten Teilen der Arbeiterklasse und der Volksmassen gestärkt hat.

Durch ihre Präsenz in der Bewegung und die massenhafte Verbreitung ihres Propagandamaterials konnte sie sich auch bei den Arbeitern auf viel breiterer Basis bekannt machen.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS - PCOF

Anmerkungen (im Original):

1. Im Jahr 2021: Mit 26,77 % wird die CFDT die größte Gewerkschaft im Privatsektor, vor der CGT mit 22,96 %.
2. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität: Nur 19 Prozent der weiblichen Arbeitnehmer arbeiten bis 67 Jahre weiter, um eine volle Rente ohne Abschläge zu erhalten.
3. Laut nationalem Statistischem Amt lag 2011 in allen Ländern der Europäischen Union der durchschnittliche Rentenbetrag, den alle Frauen im Alter von 65 Jahren oder älter, ob Rentnerinnen oder nicht, erhielten, um 47 % unter dem ihrer männlichen Kollegen.
4. Requirierung: Im französischen Recht ist die Requirierung streikender Arbeitnehmer möglich, wenn die aus dem Streik resultierenden Störungen eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen und die Requirierung eine notwendige Lösung zur Abwendung der Gefahr ist.
5. Um einen Text ohne Abstimmung durch die Nationalversammlung zu bringen, kann der Premierminister die Verantwortung der Regierung übernehmen, indem er Artikel 49.3 der Verfassung aktiviert. Der Gesetzentwurf gilt dann als angenommen, wenn die Nationalversammlung nicht über einen Misstrauensantrag gegen die Regierung abstimmt. Umgekehrt wird die Regie-

rung gestürzt und der Text abgelehnt, wenn ein Misstrauensantrag angenommen wird.

6. gewerkschaftliche Ortsverbände sind gewerkschaftliche Basisorganisationen, in denen Gewerkschaften oder Gewerkschaftssektionen von Unternehmen in einem bestimmten geografischen Gebiet zusammengeschlossen sind.

Eigene Anmerkungen

- 1) CAC 40: die 40 Unternehmen mit den bestgelisteten Aktienkursen an der Pariser Börse

Anhang:

Von der Partei popularisierte Parolen, die in einigen Demonstrationen aufgegriffen wurden:

- „Die Jugendlichen in der Galeere, die Frauen im Prekariat, die Alten im Elend, diese Gesellschaft wollen wir nicht, wir bekämpfen sie!“ und ebenfalls:
- Geld für die Löhne, für die Renten, nicht für die Aktionäre und nicht für den Krieg!
- Kapitalismus: Lebenszerstörer, nein zu zwei Jahren mehr!

TÜRKEI

„Wo ist der Staat?“ – die Erdbeben in der Türkei als fundamentaler

Am 6. Februar verwandelten zwei aufeinanderfolgende Erdbeben in zehn Provinzen der Türkei viele Städte und Dörfer in Schutt und Asche. Zwei Erdplatten im Südosten des Landes hatten sich nach langer Verhakung ruckartig gelöst. Das erste Erdbeben mit einer Stärke von 7,7 und das zweite mit einer Stärke von 7,6, die sich auf Pazarcık und Elbistan konzentrierten, zerstörten den größten Teil der Region. In Provinzen wie Hatay und Adıyaman und Landkreisen wie Elbistan, Nurdağı, İslahiye, Samandağı und Defne blieb fast nichts unversehrt. Die Zahl der Todesopfer, die nach offiziellen Angaben bei über 50.000 liegt, dürfte in Wirklichkeit vier- bis fünfmal höher sein.

BEI DIESER KATASTROPHE WURDEN IN DEM LAND NICHT NUR DIE ERDPLATTEN ERSCHÜTTERT, SONDERN ES KAM AUCH ZU EINEM SOZIALEN UND POLITISCHEN BRUCH.

Mit ihren verheerenden Auswirkungen hat die Katastrophe die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Bevölkerung gestärkt – und das nicht nur innerhalb von Familien oder Bekanntenkreisen, sondern vor dem Hintergrund, dass das gesamte Land Erdbebengebiet ist, innerhalb des gesamten Volkes. Diejenigen, die alt genug und gesund waren, wurden aktiv, um Hilfsgüter zu sammeln und zu liefern. Es gab fast niemanden, der nicht spendete, was er entbehren konnte.

Die Solidarität und die Hilfe von Mensch zu Mensch überschritt die Landesgrenzen und verbreitete sich auf alle Kontinente. Unser Volk hat die Hilfs- und Rettungsteams aus der ganzen Welt und insbesondere aus

Griechenland und Armenien, die als „Feinde“ des türkischen Volkes propagiert werden, mit Gefühlen der Freundschaft und der Geschwisterlichkeit aufgenommen. Im Namen der Arbeiterklasse der Türkei und unseres Volkes übermitteln wir der Arbeiterklasse und den Völkern der Welt und den fortschrittlichen, revolutionären Organisationen, insbesondere unseren Schwesterorganisationen, unsere Dankbarkeit für ihre Unterstützung.

Während die Menschen aus der restlichen Türkei und der ganzen Welt ihnen zu Hilfe eilten, hofften die von dem Beben betroffenen, dass auch der Staat ihnen zur Hilfe kommen würde. Dies geschah jedoch nicht. Als der Staat die vom Erdbeben betroffenen Menschen mit den Trümmern allein ließ, stürzten sie sich, einschließlich der verletzten Überlebenden, mit bloßen Händen auf die Trümmer. Sie riefen nach allen Seiten um Hilfe, in der Hoffnung, ihre Verwandten, Nachbarn, Bekannten und auch Fremde zu retten. Ab dem Morgen des 6. Februar versuchten Freiwillige aus dem ganzen Land, die Region zu erreichen. In Zentralanatolien lag, wie in vielen anderen erdbebengeschädigten Regionen auch, Schnee, und die Menschen waren auf den Straßen gestrandet. Ab dem zweiten Tag übernahmen immer mehr derjenigen, die die Region erreichen konnten, immer organisierter die Rettungsarbeiten sowie die Unterbringung und Versorgung der Überlebenden und der Geretteten.

Auch wenn der soziale und politische Bruch an diesem Punkt begann, jedoch waren die Bedingungen dafür schon lange davor geschaffen worden.

VOR DEM ERDBEBEN: WAS DER STAAT UND DIE BEVÖLKERUNG TATEN – UND WAS SIE NICHT TATEN

Es ist unmöglich, ein Erdbeben zu verhindern. Das weiß jeder. Das Marmara-Erdbeben von 1999, das noch keine Generation zurückliegt, sowie die Aussagen der Wissenschaftler und die laufenden Diskussionen haben jedoch allen gezeigt, dass ein Erdbeben zwar nicht verhindert werden kann, die Schäden und der Verlust von Menschenleben, jedoch verhindert oder zumindest minimiert werden können. Offensichtlich war sich auch Erdoğan dessen bewusst. 2,5 Monate vor dem Erdbeben sagte er bei einer von ihm organisierten Übung: „Es liegt in unserer Hand, den Verlust von Menschenleben und Eigentum bei Erdbeben zu verhindern“ und fuhr fort: „Dank der Vorbereitungen, die wir im Lichte der Lehren, die wir aus den schmerzhaften Erfahrungen der Vergangenheit gezogen haben, getroffen haben, hören wir bei einer Katastrophe nicht mehr die Schreie unserer Bürger, die fragen: „Wo ist der Staat?“ „

Dies war nicht der Fall - alle riefen: „Wo ist der Staat?“. Denn es wurde nichts getan, um den Verlust von Leben und Eigentum zu minimieren – stattdessen hieß es, es sei „Schicksal“! Man kann die Verluste durch das Erdbeben nicht mit religiösen Bekenntnissen wie „Erdbeben sind Schicksal, wir können dem Schicksal nicht entkommen“ und „Gott nimmt das Leben, das er gibt“ mindern. Das hat nichts mit Glauben und Religion zu tun; der Staat muss sich vorbereiten und Vorkehrungen treffen. Die Erklärung für den Verlust von Zehntausenden von Menschenleben in der Türkei, während in Japan bei schweren Erdbeben kaum jemand stirbt, ist, dass der Staat seine Verantwortungen nicht wahr genommen hat.

Jeder in der Türkei weiß, dass beim Bau von Städten, Häusern und Arbeitsplätzen die Gefahr eines Erdbebens keinem der Verantwortlichen in den Sinn kommt. Doch die Beteiligten und Verantwortlichen sind nicht diejenigen, die ihre eigenen Häuser bauen, auch wenn es der Direktor der Istanbuler Beobachtungsstelle implizierte, als er 10 Tage nach dem Erdbeben sagte, dass „nicht die Entscheidungsträger schuld sind“. Schuld daran, dass Erdbeben während des Baus nicht berücksichtigt werden, sind die Baufirmen und Bauunternehmer, die Gemeinden, also kurz: der Staat mit seiner Zentralregierung.

Jeder weiß: Gebaut wird meistens von Firmen und Unternehmen, die die Monopolstellung innehaben. Es gibt kaum noch Menschen, die ihr eigenes Haus bauen. Da regelmäßig Bau-Amnestien ausgerufen werden, ist es möglich, auch ohne Genehmigung mit dem Bau zu beginnen. Auch Gebiete, die für den Bau nicht geeignet sind, können „für die richtige Summe“ bebaut werden. Und so wird ein Gebäude nach dem anderen auf eigentlich nicht bebaubaren Flächen wie Seeufern, Flussbetten, Sumpfböden usw. errichtet. Baufirmen und Bauunternehmer beschäftigen, wenn überhaupt,

ein bis zwei Bauingenieure, Ingenieur-Geologen ignorieren sie komplett. Die notwendigen Ingenieure für Bau und Kontrolle weisen sie auf Papier nach, indem sie diese gegen Geld scheinbeschäftigen. Durch Bestechung umgehen die Unternehmen die Kontrollen der Stadt und holen sich Baugenehmigungen. Die Gemeinden und Bauämter sind - mit einigen Ausnahmen - mehr als bereit dazu, unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist. Und so „laufen“ die Sachen. Diese Methoden werden nicht nur von privaten Baufirmen und Bauunternehmern angewandt, sondern auch von der staatlichen Institution TOKİ.

Und das ist noch nicht alles. Niemand, der gesehen hat wie die Gebäude in Trümmer zerfallen sind, die häufig nicht einmal faustgroß sind, und wie die Wände wie Papier zerrissen sind, kann glauben, dass hier ordnungsgemäß gebaut und die Fundamente richtig gelegt wurden. Schon gar nicht die Erdbebenopfer selbst. Die Ruinen verraten, wie dünn das beim Bau verwendete Eisen war und wie sehr an Zement gespart wurde.

Der Staat hat nichts unternommen, um Vorkehrungen zu treffen. Die Behörden können mit ihren Verteidigungsversuchen, in denen sie das „Schicksal“ bemühen und die Schuld an allem Gott zuschieben, niemanden mehr täuschen!

Eine Stadt aus wackeligen Gebäuden auf einer Verwerfungslinie zu bauen und dann Gott die Schuld dafür zu geben, mag in der Vergangenheit funktioniert haben. Doch mittlerweile gibt es zu viele Beispiele: Minenmasaker, die (nach dem Islam) als „Fitrat“, also Schicksal, bezeichnet werden, Waldbrände, die aufgrund verkaufter Löschflugzeuge nicht gelöscht und dem „Schicksal“ zugeschrieben wurden, Hochgeschwindigkeitszüge, die „verunglücken“, weil die Gleise nicht erneuert und die Signalanlagen nicht fertiggestellt wurden. Der Verlust von Menschenleben bei der Pandemie, bei Überschwemmungen und bei Erdbeben waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Besonders die Betroffenen des Erdbebens, die ihre Angehörigen verloren haben, sind nicht mehr zu überzeugen. Jeder hat gesehen und weiß, dass es Ausnahmen gibt: Das von der staatlichen Organisation TOKİ errichtete staatliche Krankenhaus Antakya stürzte vollständig ein, das von Erdoğan errichtete staatliche Krankenhaus in Hatay teilweise, während auf der anderen Seite nicht einmal die Fenster des Kulturgebäudes der Stadt Maraş und des staatlichen Krankenhauses von Hatay-Dörtyol zu Bruch gingen, die nach EU-Bauvorschriften errichtet wurden. Auch das staatliche Krankenhaus von Elbistan, das Epizentrum des zweiten Erdbebens, blieb unversehrt. Diejenigen, die sahen, wie diese Gebäude unversehrt blieben, während alles um sie herum zusammenbrach, kann man nicht mehr einfach mit dem „Schicksal“ trösten!

Der Staat ist nicht nur direkt an diesen Verbrechen beteiligt, er ist der Dirigent dieses Orchesters.

Die profitgierigen und korrupten Baufirmen und Bauunternehmer, die von Bestechungsgeldern überfüllten Gemeinden, egal wer an der Macht ist, die erst die Baugenehmigungen für instabiles Gelände erteilen, es dann aber nicht überprüfen, sind nicht unschuldig. Doch anders als beim Erdbeben von 1999, als Veli Göçer [Bauunternehmer, der nach den Erdbeben von 1999 verhaftet wurde, Anm. d. Übers.] zum „Sündenbock“ erklärt und nach einem Prozess und einiger Zeit im Gefängnis freigelassen wurde, weil man dachte, das öffentliche Gewissen sei befriedigt, scheint es diesmal nicht möglich zu sein, dass der Staat mit der Schuldzuweisung an ein paar Bauunternehmer davonkommt.

Seit 1984 wurden in diesem Land neun Bau-Amnestien erteilt, die meisten davon während der AKP- Erdoğan-Regierungen, und nicht genehmigte und ungeprüfte Gebäude wurden durch die Erteilung von diesen Amnestien als „sauber“ eingestuft. Die Amnestien wurden nicht von den beauftragten Bauunternehmen oder Kommunalverwaltungen ausgestellt, sondern vom Staat, dessen Entscheidungen im Amtsblatt mit den Unterschriften des Ministerrats und des Präsidenten veröffentlicht wurden. Und der Staat trifft Vorsichtsmaßnahmen: Da er weiß, dass dies ein eindeutiges Verbrechen ist und der Verfassung widerspricht, die besagt, dass „der Staat verpflichtet ist, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten“, bemüht er sich, rechtlich mit dem Verbrechen davonzukommen. In die Amnestien werden darum Artikel eingebaut, nach denen es in der Verantwortung des Bauherren liegt, dass in Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Standards gebaut wird. Mit anderen Worten: Der Staat hat die Menschen erst angewiesen, in den Gebäuden zu leben, die zu Gräbern wurden.

Insgesamt wurden 294.000 Gebäude in der Region mit Amnestien „als sauber erklärt“ und sind dann bei dem Erdbeben zusammengebrochen. Die Öffentlichkeit, vor allem die Erdbebenopfer, sind nicht dumm. Sie wissen, dass die Amnestien für die Bebauung nur ausgestellt werden, um Mieten einzukassieren und Stimmen zu sammeln.

Und nicht nur das. Einige Erdbeben-Risikogebiete wurden vom Staat zu sicheren Gebieten erklärt. Ein Beispiel dafür ist İskenderun. Am 4. Februar 2022, also ein Jahr vor dem Erdbeben, wurden einige Gebiete von İskenderun durch den Präsidentenerlass Nr. 5175 mit der Absegnung durch Erdoğan's Unterschrift nicht mehr als Risikogebiete eingestuft. In diesen Gebieten, die als „risikofrei“ erklärt wurden, sind hunderte Menschen unter den Gebäuden begraben worden. Der Präsident hat mit einer einzigen Unterschrift vielen Menschen das Leben genommen.

Neben dem, was der Staat getan hat, sehen wir ebenfalls klar, was er nicht getan hat.

Ein Beispiel für die Rolle des Staates bei Katastrophen ist der von der Kommunalverwaltung Hatays im Jahr 2021 veröffentlichte Bericht über die Verringerung des Katastrophenrisikos in der Provinz. In dem Bericht heißt

es, dass im Falle eines Erdbebens der Stärke 7,5 in dem Gebiet zwischen Maraş und Hatay viele auf instabilem Fundament errichtete Gebäude einstürzen würden, und dass die staatlichen Einrichtungen nicht auf ein mögliches Katastrophenszenario vorbereitet waren. Da bis zum 6. Februar trotz dessen keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden, konnte das Erdbeben mit voller Wucht eintreffen.

Ein weiteres Beispiel ist der von AFAD [die „Afet ve Acil Durum Yönetimi Başkanlığı (AFAD)“ ist die türkische Katastrophenschutzbehörde, Anm. d. Übers.] vor zwei Monaten veröffentlichte Bericht. Die Organisation hatte „zwei aufeinanderfolgende Erdbebenszenarien“ in Maraş vorausgesagt. Auch Wissenschaftler warnten vor der Energie, die sich in der Region ansammelte, und sagten: „Es kommt“. Der Staat hat jedoch nicht die geringsten Vorkehrungen in der Region getroffen! Im Gegenteil: Später erfuhren wir, dass das Budget des AFAD, das angeblich zur Bekämpfung von Katastrophen eingerichtet wurde, von 12,1 Milliarden TL im Jahr 2022 auf 8 Milliarden für 2023 gesenkt wurde. Abgesehen von den Gehältern, Reisekostenerstattungen und Tagegeldern der AFAD-Verwalter, ist unklar, wofür dieses Geld ausgegeben wurde.

Nach dem Erdbeben von 1999 führte die AKP mit der Begründung, dass die Türkei ein Erdbebengebiet ist, eine dauerhafte Erdbebensteuer ein. Unter diesem Posten wurden bis heute 37 Milliarden Dollar eingenommen, also 703 Milliarden türkische Lira. Anders als von Erdoğan noch vor 2,5 behauptet, wurden keine „Vorbereitungen“ durch die „Erdbebensteuer“ finanziert. Die Öffentlichkeit weiß, dass kein Finger zur Vorbereitung gerührt wurde. Außerdem hatte Mehmet Şimşek, Erdoğan's ehemaliger Finanzminister, im Jahr 2011 zugegeben, dass die Erdbebensteuer in Gesundheit, Autobahnen, Eisenbahnen, Fluggesellschaften, Landwirtschaft und Bildung fließe.

Das Ministerium für Umwelt und Stadtentwicklung gab nach dem Erdbeben eine Schadensbewertung von 387.346 Gebäuden in der Region bekannt. Demnach gibt es mehr als 50.000 stark beschädigte Gebäude, die sofort abgerissen werden sollten, mehr als 11.000 Gebäude mit mäßigen Schäden und Zehntausende von Gebäuden, die zu Trümmern geworden sind. Der Staat hat jedoch nichts unternommen, um die Gebäude zu renovieren oder zu stabilisieren, die nun eindeutig nicht erdbebensicher sind! Mit nur einem Teil der durch die Erdbebensteuer eingenommenen Gelder wäre es möglich, die beschädigten Gebäude nicht nur zu verstärken, sondern vollständig zu renovieren. Mit den 37 Milliarden Dollar, die durch die Erdbebensteuer eingenommen wurden, hätten nicht nur in der Erdbebenzone um Pazarcık und Elbistan, sondern in der gesamten Türkei die beschädigten und instabilen Gebäude renoviert und insgesamt 300 000 Gebäude mit Stahlskelett gebaut werden können. Auch wenn sich vielleicht nicht alles im Detail berechnen lässt, weiß die gesamte Öffentlichkeit,

dass der Staat dies - abgesehen von Ausnahmen - hätte tun können, es aber nicht getan hat. Jeder weiß, dass er Paläste und Autobahnen gebaut, Tausende von Dienstwagen und Dutzende von Flugzeugen gekauft, anstatt die Häuser zu stabilisieren!

Der Staat hat keine Vorkehrungen getroffen und sich nicht gegen mögliche Erdbeben gewappnet. Nach dem Erdbeben von 1999 wurden einige Regionen und Straßen zu „sicheren Versammlungsorten“ während Erdbeben erklärt, in denen keine Gebäude errichtet werden durften. Doch diese wurden allesamt für Profit und Grund- und Bodenrenten missachtet. Bei den Rettungs- und Hilfsmaßnahmen, die in den vom Erdbeben betroffenen Städten organisiert wurden, zeigte sich, dass die als „sichere Versammlungsorte“ ausgewiesenen Orte für die Erdbebenopfer nicht ausreichten. Infolge der Profitgier ist es fast unmöglich, in den Städten überhaupt noch Grünflächen zu finden. Außerdem gibt es in den ausgewiesenen Gebieten weder Zelte noch Logistik oder die minimalste Ausrüstung. Während also die meisten der unter den Trümmern verschütteten Menschen erfroren sind, waren auch die Überlebenden diesem Risiko in der Nacht bei minus 8-10 Grad ausgesetzt.

DER SCHREI DER ÜBERLEBENDEN NACH DEM ERDBEBEN: „WO IST DER STAAT?“

Das Erdbeben war eine Katastrophe für den AFAD. Die AKP löste mit ideologischen Begründungen die alte Rettungsorganisation auf und ersetzte sie durch den AFAD und besetzte sie, wie andere staatliche Institutionen auch, mit Theologen usw., die nicht im Entferntesten etwas mit Erdbebenvorsorge und Rettungsarbeit zu tun haben. Die Öffentlichkeit und vor allem die Erdbebenopfer haben die Nutzlosigkeit des AFAD selbst erlebt, der weder Koordinations- und Organisationsfähigkeit noch die Fähigkeit, zusammenzuarbeiten oder Lösungen zu erarbeiten an den Tag legte. Der AFAD ist in den ersten drei Tagen nicht im Erdbebengebiet erschienen. Nur die Vorsitzenden behaupten, dass sie dort waren!

Das Problem ist nicht, wie von der bürgerlichen Opposition propagiert, die Inkompetenz der AFAD, die „mit unqualifiziertem Personal“ besetzt ist. Ihre mangelnde Koordinations- und Organisationsfähigkeit und ihre fehlende Initiative liegen nicht daran, dass sie auf Befehle von „einem Mann“ wartet. Dies sind zweifellos Probleme, aber die Gleichgültigkeit, die Unzulänglichkeit, die fehlende Vorbereitung, Koordinierung und Organisation und die allgemeine Unfähigkeit des Staates angesichts des Erdbebens sind nicht nur auf mangelnde Fähigkeiten und die „Ein-Mann-Mentalität“ zurückzuführen.

Der Hauptgrund, der zu Inkompetenz und fehlenden Vorbereitung auf das Erdbeben führt, ist klassenbedingt: Die angehäuften Staatseinnahmen, darunter die

Erdbebensteuer und der Arbeitslosenfonds, werden dem Kapital, insbesondere dem Monopolkapital, bereitgestellt. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Staates standen schon immer die Probleme und Forderungen des Monopolkapitals und nicht die des Volkes. Der Staat hat seine materiellen und immateriellen Anstrengungen mit allen Mitteln darauf gerichtet, die Monopole zu mästen, während die Probleme des Volkes nicht nur immer ignoriert wurden, sondern ein Zustand rücksichtsloser Gleichgültigkeit gegen sie bestand. Der Staat bleibt nicht nur dabei, gleichgültig gegenüber Arbeitsunfällen, Bergbaukatastrophen, Waldbränden, Pandemien und Erdbeben zu sein, deren unmittelbare Opfer die Menschen sind, sondern er ist eine bürgerliche Diktatur, die seit seiner Gründung auf die Bedürfnisse des Kapitals ausgerichtet und so organisiert ist, dass er die Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse garantiert. Aus diesem Grund war der Staat unvorbereitet, als er gebraucht wurde, hat dem Volk nicht zur Seite gestanden und ist ihm nicht zu Hilfe geeilt.

Die AKP-Regierung und der Staat hatten von Anfang an kein Vertrauen in die Menschen und ihre Initiativen. Sie befürchteten, dass mögliche Volksinitiativen und Solidarität zu einem politischen Bruch führen würden und versuchten somit, diese zu verhindern. Menschen starben unter den Trümmern, weil die zu Hilfe eilenden Baggerführer keine Bagger finden konnten. Baumaschinen wurden nicht aus Industriegebieten und den dortigen Werken, Fabriken und Häfen abgezogen und in den Dienst des Volkes gestellt. Denn in der kapitalistischen Ordnung werden Baumaschinen nun einmal nicht für unrentable Arbeiten eingesetzt! Auch Flugzeuge und Schiffe, die in das Erdbebengebiet hätten geschickt werden sollen, wurden in Flotten bereitgehalten. Ebenso die Militäreinheiten, die in ihren Kasernen und Vorposten warten mussten, weil keine Befehle erteilt wurden.

Die Routen, um die Region zu erreichen, waren durch Schnee blockiert und konnten erst nach zwei Tagen wieder geöffnet werden. Diejenigen, die zu Hilfe eilten, saßen auf den Straßen fest. Das Verkehrsproblem dauerte im Erdbebengebiet noch viel länger an, und auch am zehnten Tag konnten noch einige innerstädtische Nebenstraßen nicht geöffnet werden. Auch der Flughafen Hatay, gegen den Wissenschaftler und Berufsverbände schon lange Einwände erhoben hatten, da der Boden für mögliche Katastrophen nicht geeignet sei, war aufgrund der Zerstörung seiner Start- und Landebahnen nicht mehr nutzungsfähig. Such- und Rettungsteams sowie Hilfsgüter konnten nicht auf dem Luftweg transportiert werden. Die „kritischen Stunden“ wurden durch die Transportprobleme vergeudet.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Straßen und Flughäfen im Winter aufgrund von Schnee geschlossen werden. Doch gerade in Katastrophenzeiten ist es nicht hinnehmbar, dass die Straßen und Flughäfen, die ein Ende

des Landes mit dem anderen verbinden, für längere Zeit geschlossen bleiben. Das Straßen- und Verkehrsproblem, das in die Zuständigkeit des Staates fällt, bildete den Beginn des politischen Bruchs. Seit der Privatisierung des Straßen- und Wegebbaus wurde durch Profitgier so sehr am Material gespart, dass die Straßen in kurzer Zeit unbenutzbar geworden sind. Währenddessen wurde beim staatlichen Autobahnbetreiber so stark eingespart, dass er bei den anfallenden Arbeiten nicht hinterherkommen konnte. Der AFAD hingegen war nicht vorbereitet, um in diesen Zeiten der Katastrophe einzugreifen!

Da die Straßen unpassierbar waren, konnte das Erdbebengebiet erst am Abend des zweiten Tages nach dem Erdbeben erreicht werden. In den ersten drei Tagen und stellenweise noch am vierten und fünften Tag waren in der gesamten Region nur Freiwillige und freiwillige Hilfsorganisationen präsent – vom AFAD war keine (hier würde ich die ursprüngliche Formulierung behalten) Spur. Die Forderungen der Erdbebenopfer nach „Hilfe“ und insbesondere nach Baumaschinen wurden nach ihren Möglichkeiten von Freiwilligen und Überlebenden erfüllt. In fast allen betroffenen Gebieten ertönten unter den Trümmern Hilferufe, die denjenigen, die sie hörten, das Herz zerrissen. Doch die Freiwilligen konnten die großen Betontrümmer nicht heben und somit nicht eingreifen und waren sehr überfordert. Die so genannten „kritischen Stunden“, insbesondere die ersten drei Tage, wurden durch die Abwesenheit des AFAD verschwendet und zehntausende Menschen, die hätten gerettet werden können, konnten eben aus diesem Grund nicht gerettet werden. Alle Menschen in der Region haben dies mit Leib und Seele miterlebt; der Schrei „Wo ist dieser Staat?“ war fast ausnahmslos in aller Munde.

In den Orten, die der AFAD nach den ersten drei Tagen erreichen konnte, spielte sich eine Katastrophe ab. Weder konnten der AFAD und seine Einheiten sich organisieren, noch konnten sie ihre eigene Arbeit mit den Freiwilligen koordinieren. Dabei müsste genau diese staatliche Einrichtung eigentlich alle erdbebenbezogenen Aktivitäten im Gebiet und im ganzen Land koordinieren können. Der AFAD und auch keine andere staatliche Einrichtung hat die Koordinierung übernommen. Der Staat, der nicht die geringste Vorbereitung getroffen hatte, koordinierte und organisierte die Erdbebenhilfe und die Rettungsmaßnahmen in keinsten Weise. Erst ab dem vierten Tag wurden dafür erste Schritte eingeleitet.

Selbst am zehnten Tag nach dem Erdbeben gab es in vielen Teilen der Region immer noch keinen Telefonempfang und der Staat blockierte auch die sozialen Medien, indem er die Bandbreite einschränkte, um kritische Beiträge zu verhindern. Vor allem für die unter den Trümmern eingeschlossenen Menschen war die Kommunikation jedoch von entscheidender Bedeutung. Das Kommunikationsproblem wirkte sich unmittelbar auf

die Koordination und die Rettungsmaßnahmen aus. Die Reaktion der Menschen richtete sich gegen die verantwortlichen Telekommunikationsunternehmen, die ihnen monatlich hohe Rechnungen ausstellten. Auch der Staat, der die Unternehmen nicht beaufsichtigte und sich die Sicherstellung der Kommunikation nicht zur Pflicht machte, bekam diese Reaktionen ab. Besonders schlimm war, dass die Kommunikationsunternehmen bereits am zweiten Tag des Erdbebens Rechnungen in die Region schickten, in der es gar keinen Telefonempfang gab!

Der AFAD, die einzige vom Staat autorisierte Institution im Zusammenhang mit dem Erdbeben, führte weder selbst Hilfs- und Rettungsmaßnahmen durch, noch ließ er Freiwillige diese Arbeit verrichten, weil er trotzdem versuchte, alles selbst in die Hand zu nehmen. Dies war zwar nicht möglich, da er nicht vor Ort war, aber der AFAD versuchte trotzdem, Straßen zu blockieren und Hilfsgüter zu beschlagnahmen, die in Autos und Lastwagen geschickt wurden. Er versuchte, die gesamte Hilfsarbeit an sich zu binden, indem er Hindernisse für die aus der Türkei und dem Ausland in die Region eilenden Rettungsteams schuf. Einige Rettungsteams aus dem Ausland, denen gesagt wurde, sie hätten keine „Genehmigung“, mussten aus diesem Grund umkehren. Mit diesem Verhalten hat der AFAD den Betroffenen des Erdbebens nicht geholfen, sondern sie behindert!

Die „alleinige Autorität“ und die Zentralisierung aller Entscheidungen, Organisation und Aktivitäten wurden so sehr als Voraussetzung angesehen, dass der AFAD, andere staatliche Einrichtungen und auch der Präsident weiter am AFAD festzuhalten. Keine freiwillige Organisation, einschließlich der Stadtverwaltungen, die öffentliche Einrichtungen sind, auch wenn sie von der Opposition verwaltet werden, wurde geduldet. Eine Stadtverwaltung und ihr Bürgermeister, die sich um die Reparatur des funktionsunfähigen Flughafens von Hatay kümmerten, wurden vom Vizepräsidenten der Republik, der die Region nicht einmal besuchte, mit den Worten „Wer bist du?“ zurechtgewiesen! Die Arbeit der revolutionären Parteien und Organisationen wurde verhindert und sogar polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Nachdem freiwillige Einzelpersonen und Institutionen wie Parteien und Stadtverwaltungen Schritte zur Bereitstellung von Notunterkünften unternommen und mit dem Aufbau von Zeltstädten begonnen hatten, blockierte der AFAD erneut Hilfen, indem er erklärte, dass keine andere Organisation Zelte an die Bedürftigen liefern könne und dass sie allein die Zelte bereitstellen und verteilen würde. Einen Monat nach dem Erdbeben sind immer noch Zehntausende von Erdbebenopfern ohne ein einziges Zelt!

Nicht nur oppositionelle und von der Opposition geführte Institutionen, sondern auch staatliche Institutionen und Gruppen, die die Regierung leicht mobilisieren und in die Rettungsbemühungen hätte einbeziehen

können, wie z. B. Bergarbeiter, von denen bekannt ist, dass sie die nötige Expertise für Rettungsarbeiten haben, wurden nicht mobilisiert. Die gesamte Region und die Bevölkerung der Türkei wissen jedoch, dass Bergarbeiter aus Soma, Uşak und Zonguldak, die das Katastrophengebiet auf eigene Faust erreichten, viele Menschenleben gerettet haben. Den freiwilligen Bergarbeitern wurden die erforderlichen Genehmigungen für den Einsatz stundenlang nicht erteilt. Viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn die Bergleute nicht stunden- oder sogar tagelang aufgrund von Genehmigungsproblemen oder mangelnder Koordination auf den Flughäfen hätten warten müssen.

Der Rote Halbmond, der früher Zelte – egal ob in sehr gutem oder weniger gutem Zustand – lagerte und bei Katastrophen versuchte, in kurzer Zeit Hilfen in das Katastrophengebiet zu bringen, wurde bei diesem Erdbeben auf frischer Tat ertappt, als er Zelte an Freiwilligenorganisationen und gespendete Kleidung und Lebensmittel an Exportunternehmen verkaufte.

Obwohl vom Erdbeben von 1999 bekannt ist, dass die Armee dafür qualifiziert, ausgebildet, vorbereitet und organisiert war, wurde sie erst in den letzten Tagen zu Rettungseinsätzen entsandt. Angeblich wurde ihr Einsatzkommando für Katastrophenhilfe und Rettungseinsätze während der Phase des so genannten „Kampfes gegen die Putschisten“ aufgelöst. Dennoch hätte sie mit ihrer Ausbildung und ihren organisatorischen Fähigkeiten dazu beitragen können, viele Menschenleben zu retten, aber es wurden keine Befehle erteilt. Angesichts der Kritik sagte der Verteidigungsminister: „Es ist nicht möglich, aus der Ferne zu urteilen. Wer wird die Grenze bewachen, wer wird in Syrien bleiben? Sollen wir in Syrien oder im Irak die Soldaten von der Front zurückziehen?“. Dies war ein Eingeständnis darüber (hier würde ich „dafür“ lassen), wie die neo-osmanische, pro-aktive Außenpolitik der AKP die Menschen angesichts von Katastrophen schutzlos zurücklässt. Diese Rücksichtslosigkeit wirft auch die Frage auf, warum die Mittel für den Rüstungshaushalt, die sich jedes Jahr vervielfachen, nicht stattdessen für die Bekämpfung von Katastrophen eingesetzt werden. Die Wichtigkeit einer Politik des Friedens gegenüber den Nachbarländern und den brüderlichen Völkern wurde erneut auf Kosten Tausender von Menschenleben bewiesen. Das Versagen des Militärs, ihnen in der Zeit der Not beizustehen, war ein wichtiger Faktor, der die Frage „Wo ist der Staat?“ in der Bevölkerung verstärkte und den Riss vertiefte.

Das Militär wurde aus den Rettungsmaßnahmen herausgehalten, aber am zweiten Tag des Erdbebens wurde in zehn Provinzen im Erdbebengebiet der Ausnahmezustand verhängt, dessen Auswirkungen im ganzen Land zu spüren waren. Der Staat, der in den ersten drei Tagen des Erdbebens in der Region unsichtbar war, kündigte sich mit dem Ausruf des Ausnahmezustands an und zeigte sich mit seiner Verbotsmentalität, Polizeige-

walt und Tyrannei, die jeder aus seinem eigenen Alltag kennt. Es gab kein positives Eingreifen in der Erdbebenzone, aber dafür umso mehr negatives. Es kam zu Festnahmen und Verhaftungen mit dem Vorwand des „Plünderns“. Eine der Angeklagten war eine über 70 Jahre alte Frau. Ein anderer war Ahmet Güreşçi, der von der Gendarmerie im Stadtteil Büyükşehir in Hatay festgenommen und auf dem Polizeirevier zu Tode gefoltert wurde und das nur, weil er gegen die Festnahme seines Bruders wegen vermeintlicher Plünderung protestierte. Es wurde behauptet, er habe sich umgebracht, indem er „seinen Kopf gegen die Wand schlug“.

Nachdem er fünfzehn Tage lang keinen Fuß in das Erdbebengebiet gesetzt hatte, erklärte Erdoğans Koalitionspartner, der faschistische MHP-Führer Bahçeli, dass diejenigen, die fragten, wo der Staat sei, „unehrenhaft“ und „Verräter“ seien. Dabei waren es die Menschen in der Region, die bei den Wahlen 2018 mehrheitlich das AKP-MHP-Bündnis unterstützten, die diese Frage stellten. Das Problem wurde versucht zu lösen, indem man Rassismus provozierte und „Syrer“ ins Visier nahm. Sie wurden für die Plünderungen verantwortlich gemacht, um die Spaltung zwischen türkischen und syrischen Geflüchteten anzuheizen und die Wut der Menschen gegen den Staat umzuleiten. Da das Erdbeben jedoch auch Syrien traf, waren syrische Geflüchtete genauso ein Teil der betroffenen Bevölkerung im Erdbebengebiet, die unter den Trümmern gefangen war.

Diejenigen, die in der Erdbebenregion lebten, erkannten, dass der Staat mit seinem Militär und seiner Polizei nicht in die Region gekommen war, um zu suchen und zu retten, sondern um mit seinen durch den Ausnahmezustand gestärkten Befugnissen „die Ordnung wiederherzustellen“. Mit anderen Worten: Um zu verwüsten, zu verhaften und vor allem, um die Erdbebenopfer, die nach ihm schrien, zum Schweigen zu bringen und zu unterdrücken.

Als der Staat es ab dem vierten und fünften Tag schaffte, sich zu organisieren, kam zu seinem negativen Auftreten ein weiterer Faktor hinzu: Seine Bemühungen, sein Image zu „säubern“. Tatar, der Generaldirektor für Erdbeben und Risikominderung der AFAD, der bei den Rettungsmaßnahmen eine eher negative als positive Rolle spielte, verärgerte die Fernsehzuschauer und insbesondere die Erdbebenopfer in einer Fernsehsendung in der elften Erdbebennacht mit folgenden Worten: „Es gab keine Verspätung. Vom ersten Moment an wurde sofort getan, was im Falle einer Katastrophe getan werden muss. Innerhalb von fünf Minuten haben sich alle Institutionen des Staates versammelt.“ Verteidigungsminister Akar behauptete am fünfzehnten Tag des Erdbebens dasselbe und sagte: „TSK [„Türk Silahlı Kuvvetleri“, türkische Streitkräfte, Anm. d. Übers.] waren von der ersten Minute an da“. Alle Menschen wissen, dass diese Behauptungen eklatante Lügen sind! So sehr, dass beim Sammeln von Hilfsgütern im Ausland sowohl die

türkische Bevölkerung als auch Menschen aus anderen Ländern fast immer fragten: „An wen werden die Hilfen gehen?“. Erst als sie erfuhren, dass „es nicht an den Staat oder Institutionen wie die AFAD gehen wird“, spendeten sie.

Auch Akar sagte am zehnten Tag des Erdbebens im Fernsehen schamlos: „Es gibt keine Überlebenden mehr in dem Trümmern und die Befreiung der Leichen sowie die Beseitigung der Trümmer hat begonnen“. Die laufenden Such- und Rettungsmaßnahmen belehrten ihn bald eines Besseren. Erst in der 258. Stunde, dann in der 278. Stunde und zuletzt in Hatay wurden in der 296. Stunde drei Menschen lebend unter den Trümmern hervorgeholt. Der Minister hatte zwar etwas anderes behauptet, aber vielerorts verhinderten diejenigen, die noch an den Trümmern warteten, wo ihre Angehörigen eingeschlossen waren, die „Reinigungsarbeiten“ der Maschinen.

Der AFAD, der vor allem in den „kritischen Stunden“ nicht auftauchte, verlor ab dem zehnten Tag die Geduld und machte sich an die „Aufräumarbeiten“, ohne sich darum zu kümmern, ob sich unter den Trümmern noch lebende Menschen befanden oder nicht. Der Weg für die von Erdoğan bevorzugten Entsorgungsdienste war geebnet, und Zehntausende von Menschen, tot oder lebendig, wurden in unverantwortlicher Weise dem Zorn der Bagger ausgeliefert. Das war der Wert, den Kapital und Staat den Menschenleben gaben!

Die letzte negative Aktion des Staates bestand darin, eine schreckliche Spendenaktion zu starten. Die Kampagne wurde in einer gemeinsamen Sendung von Fernsehsendern organisiert, und die Spender nahmen telefonisch teil und machten Werbung für sich und ihre Unternehmen. Die außerordentliche Sensibilität der Kinder, die das gesparte Geld aus ihren Sparschweinen spendeten, und der Werk tätigen, die durch tiefe Griffe in die Taschen kleine Spenden leisten konnten, ist zweifellos Ausdruck der zwischenmenschlichen Solidarität und verdient jede Art von Lob. Bei dieser vom Staat organisierten Aktion traten stattdessen jedoch Banken, Monopolisten und Bauunternehmer in Erscheinung.

Die wichtigsten Spender waren staatliche Institutionen und insbesondere Banken. Die Zentralbank zum Beispiel spendete 30 Milliarden türkische Lira und ihr Präsident verkündete schamlos, dass dieses Geld vom Bilanzgewinn für 2022 abgezogen würde. Als staatliche Institution hatte die Zentralbank die Jahresgewinne bereits dem Staatshaushalt zugeführt. Nun ging das Geld erneut in die Staatskassen, aber diesmal wurde es als „Spende“ bezeichnet. Die Ziraat-, die Halk- und die Vakıflar-Bank, die ebenfalls staatliche Institutionen sind, „spendeten“ Milliarden für die Kampagne. Sie hatten den gleichen

Status wie die Zentralbank. Darüber hinaus legt Artikel 54 des Bankengesetzes fest, dass „die Höhe der Spenden, die von Banken in einem Geschäftsjahr getätigt werden können, 0,4 Prozent des Eigenkapitals der Bank nicht überschreiten darf“, und setzt eine Grenze. Das Heilmittel für die vermeintlichen Spenden der Zentralbank und anderer staatseigener Banken, die weit über dieser Grenze lagen, war also in Erdoğans Kampagne zu finden. Die Abhilfe wurde gefunden, indem die Gesetzesbestimmung durch ein Gesetzesdekret geändert wurde.

Eine weitere Abscheulichkeit kam dazu: M. Cengiz, einer der als „Fünferbande“ bekannten Immobilien-Monopolisten, erhielt einen Tag nach seiner „Spende“ in Höhe von 3 Milliarden türkischen Lira am 16. Februar per Präsidialdekret einen noch höheren Betrag an „Anreiz“ für die Investition des Unternehmens Eti Aluminium, das ihm gehört. Die Anreize umfassen eine 100-prozentige Steuer- und 50-prozentige Stromkostenermäßigung für zehn Jahre. Abgesehen davon, dass die Anreize die „Spende“ überstiegen, ist bekannt, dass Cengiz' Steuerschulden in Höhe von 300 Mio. USD (5,6 Milliarden türkische Lira) aus den Jahren 2005 bis 2009 gestrichen wurden und dass er in den letzten elf Jahren staatliche Ausschreibungen im Wert von 19,7 Milliarden türkischen Lira erhalten hat.

Einer der Hauptaspekte der „Spenden“-Show, der die Bevölkerung an der Hungergrenze und insbesondere die unter außerordentlich schweren Lebensbedingungen leidenden Erdbebenopfer, empörte, war, dass sie sich nicht einmal ausmalen konnten, wie diese spendenden Menschen und Unternehmen überhaupt an diese Milliardensummen gelangen konnten. Die Arbeiter, die sich kaum selbst ernähren konnten und die Erdbebenopfer, deren Häuser von der Erdbebensteuer keinen Cent abbekommen hatten und zum Grab ihrer Angehörigen geworden waren, waren einmal mehr am Boden zerstört, als sie die Kluft zwischen sich und denjenigen sahen, die plakativ Milliarden spendeten. Mit der offensichtlichen Antwort auf die Frage, wie und auf wessen Rücken dieses Geld verdient wurde, traf die offensichtliche Kluft zwischen den Häusern derjenigen, die es sich leisten konnten, mit solchen Summen zu protzen, die stark genug waren, um den stärksten Erdbeben standzuhalten, und ihren eigenen Häusern, die zu Gräbern für ihre Familien wurden, mitten ins Herz.

Die Unternehmen, die abends im Fernsehen eine Spenden-Show veranstalteten, wurden am Morgen steuerlich begünstigt, und sogar ihre Spenden wurden vom Fiskus übernommen. Die Regelung zur „Kurzarbeit“, die den Chefs während der Pandemie zu Hilfe kam, war auch während des Erdbebens gültig. Das Entlassungsverbot wurde mit dem Kurzarbeitergeld durchbrochen. Arbeitern, die sich an den Trümmerbeseitigungsarbeiten

ten beteiligten, wurde mit Entlassung oder niedrigem Lohn gedroht, wenn sie mehr als drei Tage ausgefallen waren. Vertreter von Unternehmerverbänden konnten sogar fordern, dass die entlassenen Arbeiter keine Arbeit in anderen Provinzen erhalten sollten. Der Verlust von Arbeitskräften war für sie nicht hinnehmbar, und Arbeiter waren nicht mehr wert als Maschinen!

DER POLITISCHE BRUCH DARF NICHT DER SPONTANITÄT GEOPFERT WERDEN

Es ist unbestreitbar, dass das jüngste Erdbeben einen politischen Bruch verursacht hat, insbesondere für die Menschen in der Erdbebenregion, aber auch für die gesamte Bevölkerung. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde auch der Staat unter den Trümmern begraben. Der Staat, der die grundlegende politische Realität der Gesellschaften darstellt, wurde mit solch einer Klarheit entblößt, das man sagen kann: „Der Kaiser ist nackt“. Obwohl es sich zweifellos noch um den Zustand der „Rohformation“ handelte, sah und erkannte jeder, unabhängig von seiner ideologischen Neigung - natürlich mit Ausnahmen - den Staat in seiner ganzen Nacktheit, mit allem, was er tat und nicht tat, und die entscheidende Frage der Erdbebenstage lautete somit: „Wo ist der Staat?“.

Das Bewusstsein und die Wahrnehmung des Volkes, das vom Nationalismus genährt und von den Machthabern in Moscheen, Kasernen, Schulen und Medien vierundzwanzig Stunden am Tag mit dem Inhalt „unser Staat“ und „unser Vater“ beschallt wird, sind mit der Abwesenheit des Staates, die Tausende von Menschenleben kostete, zusammengestürzt. Der Staat hat die Menschen im Angesicht der großen Zerstörung allein gelassen. Während die Betroffenen des Erdbebens hilflos mit ansehen mussten, wie die Rufe ihrer Söhne, Töchter, Partner und Eltern unter den Trümmern allmählich verhallten, mussten sie gleichzeitig am eigenen Leib auf Kosten ihrer Liebsten spüren, dass die helfende Hand des Staats ausblieb.

Einerseits verfluchten die Menschen die kapitalistische Ordnung, in der alles mit Geld geregelt wird und in der unregulierte Bauunternehmer, Baugenehmigungen und Amnestien für Häuser, die zu Gräbern für ihre Familien geworden sind, Normalität sind – andererseits verfluchten sie den Staat, der nicht auftauchte, als sie ihn vor und nach dem Erdbeben am meisten brauchten. Der Staat wurde jedoch nicht nur durch seine Abwesenheit, sondern auch durch seine Anwesenheit auf die Probe gestellt.

Der Staat hat an erster Stelle den Ausnahmezustand ausgerufen und die Menschen in der Region unter dem Vorwand von Plünderungen angegriffen. Währenddessen hat er die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen von freiwilligen Einzelpersonen und Organisationen, darunter auch unsere Partei, durch die Präsenz des AFAD verhindert, aber den Erdbebenopfern auch nach einem Monat

keine Zelte oder Container zur Unterbringung, keine Toiletten und keine ausreichende Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern zur Verfügung gestellt. Kurz: Der Staat stand den Menschen erneut nicht zur Seite und half ihnen nicht.

Die Arbeiter, die während der Pandemie brutal der „Herdenimmunität“ überlassen wurden, wurden nun nach dem Erdbeben mit der Logik „die Toten sterben, der Rest gehört uns“ in den Abgrund des Hungers, der Armut und des Todes gestoßen.

Für die Menschen fand der Bruch zuerst auf emotionaler Ebene statt, doch selbst dieser emotionsgeladene Bruch hatte einen politischen Inhalt und richtete sich gegen die offensichtlichen Verantwortlichen für die Toten. Der Bruch war also nicht abstrakt, sondern konkret; gerade in der Wahrnehmung ist alles konkret und wird vom Konkreten formiert. Das war auch bei diesem Bruch der Fall. Es war nur natürlich, dass sich der Bruch in erster Linie gegen die aktuell Regierenden ausdrückte. Die Reaktionen richteten sich in erster Linie gegen die Erdoğan/AKP-Regierung, die sich mit ihrer Rücksichtslosigkeit in keiner Weise für die Menschen und ihre Probleme interessierte, die die großen Zerstörungen des Erdbebens verursachte, indem sie die Vetternwirtschaft des Kapitals und die Profitgier anheizte. Eine Regierung, die den Staat in ein Regime verwandelte, in dem jeder notwendige Schritt mit einem Mann beginnt und endet. Die ihn zu einem Zentrum der Inkompetenz machte, das nach dem Motto „solange es von uns kommt“ arbeitet. Einerseits war eindeutig, dass die Erdoğan-Regierung verantwortlich für die Lage ist und andererseits war eben die bürgerliche Opposition vor Ort, mobilisierte die Stadtverwaltungen in ihrer Hand und reichte den Menschen in der Erdbebenregion die helfende Hand.

Die Reaktionen sind jedoch nicht nur dabei geblieben, sich gegen die Erdoğan/AKP-Regierung zu richten, der Bruch hatte auch darüber hinaus Auswirkungen. Da die AKP die Gesetze änderte und den Weg versperrte, wurde beispielsweise die Tatsache, dass die Armee den Erdbebenopfern nicht geholfen hat und dass diese grundlegende Institution des Staates ihnen nicht die Hand gereicht hat, in der Verantwortung des Staates gesehen. Außerdem hatte nicht nur die AKP, sondern alle Stadtverwaltungen verschiedener Parteien die Bauunternehmen unreguliert gelassen. Nicht nur die AKP hatte Baugenehmigungen und Amnestien erteilt, und nicht nur AKP-Abgeordnete hatten im Parlament dafür gestimmt. Alle wussten um das ungleiche Verhältnis zwischen den Vorgesetzten und den untergeordneten Verantwortlichen in zentralen oder lokalen Regierungseinrichtungen und wussten auch, wie ignorant die Vorgesetzten sich verhielten. Diese Informationen, die die Menschen, die ihre Angehörigen verloren haben, am eigenen Leib erfahren haben, sind noch „roh“ und müssen erst verarbeitet werden. Aber es ist unbestreitbar, dass sie gesammelt und angeeignet wurden.

Aber so wie man sich nicht vorstellen kann, dass eine Entwicklung einfach so von sich aus entsteht, darf man ebenso nicht in den Glauben verfallen, dass die Gefühle und Einstellungen, auch nachdem die verheerende und brennende Hitze des Erdbebens vorübergeht, weiterhin alle erhalten bleiben. Wenn alles sich selbst überlassen wird, ist ein gewisses Einstauben und eine gewisse Verdrängung zu erwarten.

Außerdem werden der Staat und seine glühenden Verteidiger nicht untätig bleiben. Einige unter ihnen, wie Erdoğan und Bahçeli, werden versuchen, die Wunden des Staates statt des Volkes zu heilen, indem sie sich auf militärische und polizeiliche Macht stützen, indem sie drohen und immer noch versuchen, zu verbieten und Angst zu erzeugen, während es andere unter ihnen mit einem lächelnden Gesicht und unter dem Deckmantel des Wohlwollens zu heilen versuchen werden.

Um die Erdbebenkatastrophe als außerhalb der Verantwortung des Staats zu stellen, versucht die Regierung jegliche politische und kritische Opposition zu verbannen. Der Slogan „Rücktritt der Regierung“, eines der demokratischsten Rechte, ist Gegenstand von Terrorismusermittlungen. Proteste, die von Zehntausenden von Fans in den Stadien während der Spiele der bekanntesten Mannschaften organisiert wurden, wurden als Rechtfertigung für Massenverhaftungen benutzt. Presseerklärungen wurden in Städten wie Istanbul verboten, Blockaden und Polizeiverhaftungen wurden zur Routine. Währenddessen erklärte der Regierungssprecher Ömer Çelik schamlos: „Wir sind als Volksallianz im Einsatz. Sowohl die AK-Parteizentrale als auch die MHP-Zentrale haben unsere Abgeordneten in die entsprechenden Regionen geschickt“.

Die Regierungsanhänger, die in den ersten Tagen versuchten, die Katastrophe zu verharmlosen und sich auf diejenigen konzentrierten, die lebend aus den Trümmern gerettet wurden, versuchten dann, als die Verharmlosung nicht mehr klappte, sich und den Staat mit der Propaganda zu bereinigen, dass das Ausmaß der Zerstörung, die sie als „Jahrhundertkatastrophe“ und „Schicksal“ bezeichnen, die Macht des Staates übersteige und daher die Rettungsmaßnahmen nicht ausreichen können. Es ist unmöglich, dass es ihnen angesichts dessen, was die Menschen durchmachen, voll gelingt, aber ihre Bemühungen, sie zu beschwichtigen, werden nicht völlig wirkungslos bleiben. Ein Beispiel dafür ist, dass Sekten und Gemeinden seit dem vierten und fünften Tag in bestimmten Regionen mit AFAD-Zelten, auf denen die Namen von Stiftungen stehen, Lebensmittel verteilen und Propaganda machten.

Die bürgerliche Opposition hat sich beeilt, den Erdbebenopfern zu helfen, aber die Stellung des Staates steht auch bei ihnen ganz oben auf der Prioritätenliste. Sie wollen dem Staat nicht den geringsten Schaden zufü-

gen; sie versuchen, das Versagen des Staates auf die AKP zu beschränken, die ihn regiert, und den Staat zu rechtfertigen, indem sie allein auf diese Gruppe als die Quelle allen Übels verweisen. Sie versuchen, damit durchzukommen, dass sie die „Inkompetenz“ des AFAD, die Nichtbeteiligung des Militärs an den Rettungsaktionen und (als hätten sie das nicht auch selbst unterstützt) sowie die Baugenehmigungen und Amnestien nur der AKP und Erdoğan anlasten und versuchen, sich selbst zu entlasten, indem sie nur ihn und sein Team verunglimpfen.

Doch nicht nur unter dem Ein-Mann-Regime der religiösen AKP und des AFAD haben wir es mit Erdbeben zu tun. Im Jahr 1999 und davor gab es auch Erdbeben in Erzincan, Varto, Bingöl und Adana, auf die dieses Land nicht vorbereitet war! Es stimmt, dass sich die AKP mit ihrem religiösen und Ein-Mann-Regime „einen Namen gemacht“ hat, aber in der kapitalistischen Ordnung hat man sich nie um die Menschen und ihre Probleme gekümmert; alle Arbeitsmorde - Massaker, die Bergbauunfälle genannt werden-, Waldbrände und Erdbeben wurden immer unvorbereitet angetroffen. Zu allen Zeitpunkten waren die Bedingungen, um die eigene Inkompetenz und Unfähigkeit zu tarnen immer eine feindselige Haltung, die nicht nur unempfänglich für die Menschen und ihre Probleme ist, sondern sie auch ausschließt und ignoriert.

Die „Konsenserklärung über gemeinsame Politik“ zum Beispiel, das Regierungsprogramm der bürgerlichen Opposition, das darauf basiert, die Forderungen des Kapitals zu erfüllen, aber nicht die Forderungen des Volkes, insbesondere der Arbeiter, hat die gleiche Haltung. Auch wenn es stimmt, dass die Rücksichtslosigkeit der heutigen Machthabenden die zerstörerischen Folgen des Erdbebens vervielfacht hat, wird von der staatschützenden Propaganda, die behauptet, dass an der Ordnung und dem Staat nichts auszusetzen ist, sondern die Schuld allein bei der Erdoğan-Regierung und der Ein-Mann-Mentalität liegt, zweifellos eine gewisse beschwichtigende Wirkung erwartet.

Alle großen und wirksamen sozialen, natürlichen, politischen und militärischen Umwälzungen schaffen den Boden für politische Brüche. Das ist bei großen Krisen und Kriegen der Fall. Die Weltkriege zum Beispiel haben schwere Brüche mit schwerwiegenden Folgen verursacht. Neben dem vergossenen Blut an den Fronten ist bekannt, dass die durch Kriege verursachte Zerstörung, der Hunger und die Verwüstung zu Revolutionen führten. Um jedoch den durch die Krise oder den Krieg entstandenen bzw. noch entstehenden Bruch zu nutzen, muss es diejenigen geben, die bereit sind, von hier aus loszugehen und wirksam den Kampf anzuleiten. Das ist auch heute so. Auch das Erdbeben hat einen politischen Bruch bewirkt. Auch wenn es noch offen für Interpretationen und Verzerrungen ist, so hat sich doch die Erkenntnis, dass der Staat nicht „unser Vater“ und

nicht „unser Staat“ ist, wie die meisten denken, in der Wahrnehmung der Menschen durchgesetzt. Es besteht jedoch ein großer Bedarf danach, den Kampf zu organisieren und nach denjenigen, die ihn systematisieren und nutzen können, um den Weg für das Volk und seine Macht zu ebnet.

Die Tatsache, dass die Menschen begonnen haben, ihre eigenen Wunden durch Rettungs- und Hilfsmaßnahmen selbst zu heilen, und die große Solidarität des Volkes und der Menschen untereinander zeigen, dass ein Weg eingeschlagen wurde. Es wird jedoch nicht ausreichen, wenn wir hier stehen bleiben. Es ist nicht einfach, aber es gilt, diesen Weg weiterzugehen, die Lehre, dass dieser Staat zu nichts Gutem im Stande ist, die sich in den Herzen der Menschen eingebrannt hat, dauerhaft zu machen und daran zu arbeiten, dass sie bewusst und organisiert angegangen wird.

März 2023 I. Geschichte als eine Waffwendig sind, um den kollektiven Wohlstand zu sichern, oder sogar, dass sie Teil eines göttlichen Plans seien. Ein solcher Versuch der sozialen Transformation, der 1917 in Russland begann, hat den Verlauf der hundert Jahre seither geprägt.“ (Fontana, 2017)

Ein weiterer renommierter Historiker des 20. Jahrhunderts, der bis zum Ende seiner Tage das marxistische Paradigma als Werkzeug der historischen Analyse verteidigte und die Bedeutung des Ereignisses, das wir im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des sogenannten „realen Sozialismus“ sehen, berücksichtigte, stellte fest: „Das sowjetische Zeitalter ist weder aus der russischen noch aus der Weltgeschichte zu tilgen, so als hätte es nie stattgefunden. [...] Die Geschichte des Kurzen 20. Jahrhunderts kann ohne die Russische Revolution und ihre direkten wie indirekten Folgen nicht erklärt werden.“ (Hobsbawm, 1998)

Die Erfahrung der Sowjetunion als demokratische Konföderation von Republiken, bis sie durch den Verrat der revisionistischen Clique unter der Führung von Nikita Chruschtschow im Jahr 1953 abgebrochen wurde, enthielt in sich einen der unbestreitbaren Erfolge des Sozialismus an der Macht. Es war ein großartiges Mosaik eines Landes, dessen Republiken aus Nationen mit vielfältigen Kulturen bestanden, die von verschiedenen Reichen von der Feudalzeit bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt waren.

Der Verrat der revisionistischen Clique, die Stalin in der Sowjetmacht nachfolgte, ermöglichte dem Feind die Eroberung des revolutionären Staates von innen und stellte den Kapitalismus in der ehemaligen UdSSR wieder her. Sie versuchten, dies mit der berüchtigten „Geheim-

rede“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 zu rechtfertigen, wo der Oktoberrevolution der Todesstoß versetzt wurde. Aber, wie ehrliche Intellektuelle hervorgehoben haben und die marxistisch-leninistischen revolutionären Parteien bekräftigt haben, leuchten über diesem Verrat die Erfolge des großen Epos der sowjetischen Arbeiter, Nationen und Völker.

Aus diesen Gründen wird es im Kontext der heutigen Welt stets relevant sein, die Nationalitätenpolitik der Sowjetmacht als eines ihrer Vermächtnisse, deren Relevanz in der heutigen Welt angesichts der langen Reihe von zwischen-ethnischen und nationalen Konflikten innerhalb Dutzender Länder und Regionen auf dem Globus bestätigt wird, zu verteidigen, dafür einzutreten und zu verbreiten.

II. Die historischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine vor der UdSSR: Ein kurzer Abriss

Ukraine und Russland haben einen gemeinsamen Ursprung, der bis ins 11. Jahrhundert zurückreicht, als Kiew das Zentrum des ersten slawischen Staates war, der von Rus genannten Skandinaviern gegründet wurde. In der Zwischenzeit war die Krim mit den Griechen und Tataren verbunden und wurde von den russischen und osmanischen Reichen beherrscht. Ab dem 17. Jahrhundert waren große Teile der heutigen Ukraine Teil des russischen Reiches, bis es durch die bolschewistische Revolution gestürzt wurde. Um die nationale Identität des ukrainischen Volkes zu schwächen, entwickelte das russische Reich ein Russifizierungs-Programm und verbannte die ukrainische Sprache aus den Schulen.

Das Aufkommen des ukrainischen Staates als solcher fand statt in der Hitze der Ereignisse, die ausgelöst waren durch die bolschewistische Revolution. Am 20. November 1917 wurde die Ukrainische Volksrepublik ausgerufen, und 1921 entschied sie sich, Teil der UdSSR als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik zu werden.

Allerdings führten die Kriege und Pakte zwischen kolonialen Reichen, in denen das österreichisch-ungarische Reich eine wichtige Rolle spielte, dazu, dass ehemalige, vom ukrainischen Volk bewohnte Gebiete (die sogenannte Westukraine), bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in den Einflussbereich Polens fielen; bis die Rote Armee, der Widerstand und die antifaschistische Front der Völker in Europa eine der ruhmreichsten Seiten im herausragenden Befreiungskampf der beispiellosen internationalistischen Solidarität schrieben.

Die Krise des revisionistischen Regimes in der UdSSR endete 1991 mit ihrem Zusammenbruch, in dessen Folge die ehemaligen Sowjetrepubliken ihre Unabhängig-

keit formalisierten, so wie sie die Ukraine im August desselben Jahres verkündete.

Der aktuelle Krieg ist mit diesem späteren Ereignis verbunden, das zu einer Neuordnung der imperialistischen Kräfte führte. Im aktuellen Konkurrenzkampf zwischen imperialistischen Mächten um die Kontrolle und Beherrschung von Ländern, Territorien und Ressourcen ist die Ukraine zu einem Unterpfand für Europa und die Vereinigten Staaten gegen das heutige imperialistische Russland geworden, weshalb die Ukraine ihr Territorium für die Platzierung von Militärbasen an der Grenze zu Russland abgetreten hat; eine Provokation, die als

Kriegsvorwand diene.

Angesichts dieses Szenarios ist es notwendig, die Orientierung der IKMLPO hervorzuheben: „Die Kämpfe zwischen den imperialistischen Ländern und Mächten, um eine bereits geteilte Welt immer wieder neu aufzuteilen und neue Märkte und Einflussbereiche zu erobern, sind die grundlegende Ursache für den Ausbruch des Krieges in der Ukraine, der, wie wir bereits angeprangert haben, eine Auseinandersetzung inter-imperialistischer Natur ist. Die IKMLPO verurteilt diesen Krieg und die Kriegstreiber, die ihn gefördert und geschürt haben; wir bekunden unsere Solidarität mit dem Volk der Ukraine,

PARTEI DER ARBEIT (EMEP) TÜRKEI

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



47

DEUTSCHLAND

Sozialabbau, Inflation, steigende Arbeitslosigkeit... Kapitalismus im Rückwärtsgang!

Die Nachrichten vom schrittweisen Niedergang unserer Gesellschaft häufen sich. Lag die Inflation 2020 noch bei 0,5%, also fast bei Null, so stieg sie 2021 auf 3,1%, dann 2022 auf 6,9% und lag im Juli 2023 bei 6,2%. Da sich das summiert, liegt die kumulierte Inflation seit 2021 bei mittlerweile 17%!

Zeitgleich steigt die Arbeitslosenzahl trotz Frühjahrs- und Sommerbelebung wieder an. So waren im Juli 23 3,45 Millionen Personen in Deutschland arbeitslos, 239.000 mehr als im Vorjahr! Dabei sucht die weit überwiegende Mehrheit dieser Menschen verzweifelt einen Job, damit sie bei den steigenden Lebenshaltungskosten überhaupt noch durchkommen. Statt höherer Löhne gibt es immer mehr Niedriglohnjobs und prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Tariflohnerhöhungen gleichen die Inflation nicht aus, sodass es zu Reallohnverlusten kommt.

Darüber hinaus soll im Haushalt 2024 im Sozialbereich kräftig gekürzt werden. Kindergrundsicherung soll gekürzt und zusammengestrichen werden. Fördermaßnahmen für Integration, Bildung, frühkindliche Erziehung fallen dem Rotstift zum Opfer. Das Bafög für Schüler und Studierende wird seit Jahren nur minimal erhöht, weit unter der Inflation. Dazu erhalten immer weniger Bafög und das immer niedriger, weil die Einkommensgrenzen bei den Eltern nicht der Inflation angepasst werden. Gesundheitswesen und Pflege werden systematisch ruiniert und privatisiert.

Es gibt immer weniger Sozialwohnungen, weil viele Altbestände aus der Mietpreisbindung fallen und kaum neue Sozialwohnungen gebaut werden. Das Wohnungsangebot ist knapp, die Wohnungsnot groß und die Mieten steigen rasant. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher.

Allerdings nur, weil sie am Tropf der Gesellschaft hängen. Ständig gibt es Steuersenkungen oder die Energiepreise für Großverbraucher werden auf Kosten der Gesellschaft aus dem Staatshaushalt subventioniert.

Ein System verrottet

Es gibt nichts Fortschrittliches mehr im Kapitalismus. Es gibt nur noch Rückschritt.

Schon 2020 schrieb unsere Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Arbeit Zukunft) in ihrer Grundsatzklärung:

„Beständig mehr angehäuften Kapital kann kaum noch sinnvoll angelegt werden. Kapital fließt immer öfter in spekulative Geschäfte, um Maximalprofit zu erzielen. So hat sich die Kluft zwischen arm und reich extrem vergrößert.“

Im Kampf um Maximalprofite verschärft sich der Konkurrenzkampf zwischen den großen Monopolen verschiedener Staaten. Um in einer solchen Situation die Verwertung von Kapital noch zu ermöglichen und weiter zu treiben, werden überall Sozialstandards gesenkt, die Ausbeutung intensiviert, Rüstung und Rüstungsexporte hochgefahren. Lokale und regionale neokoloniale Kriege haben zugenommen. Ganze Länder und Ökonomien werden zerstört und in die Steinzeit gebombt. Der Kampf um die Vormachtstellung unter den imperialistischen Mächten USA, EU, China und Russland – vor allem des aggressiven US-Imperialismus – verschärft beständig die Kriegsgefahr. Diese gewaltsame imperialistische Konkurrenz und ihre Folgen treiben weltweit Millionen Menschen in die Flucht – innerhalb betroffener Länder, in Nachbarstaaten, über die Kontinente. Für den Maximalprofit werden ohne jede Rücksicht auf nachkommende Generationen Umwelt und Klima ruiniert.

In Deutschland ist die wirtschaftliche Entwicklung

sehr widersprüchlich. Es offenbaren sich für ein relativ reiches Land schockierende Defizite in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen. Bildung, Kultur und Gesundheitswesen sind in der Krise. Landwirtschaft und Umwelt leiden unter den Verwertungszwängen des Kapitals. Der Wohlstand der kleinen Schicht von Monopolkapitalisten und Reichen dagegen wächst unaufhörlich auf Kosten des ärmeren Bevölkerungsteils - trotz aller Krisen.“

Tatsächlich wird die Kapitalverwertung, also das Profitmachen, mit zunehmenden Reichtum und wachsender Armut großer Teile der Menschheit immer schwieriger. Da das Kapital darauf mit ständig aggressiveren Forderungen nach Steuererleichterungen, Abbau von „Investitionshemmnissen“, Flexibilisierung der Ware Arbeitskraft, nach Staatsgeldern reagiert, vergrößert es die Armut und damit seine Absatzprobleme sowie seine Verwertungsschwierigkeiten. Die Staatskasse wird zum Selbstbedienungsladen für das Kapital.

Ein Beispiel dafür ist der Anfang August verkündete Bau einer neuen Chipfabrik durch den taiwanesischen Konzern TSMC unter Beteiligung von Infineon, NXP (Niederlande) und Bosch. Von den 10 Milliarden Euro, die der Bau der Chipfabrik bei Dresden kostet, trägt der Staat und damit die Gesellschaft 5 Milliarden. Während für Bildung, Gesundheitswesen, Kindergrundsicherung, Pflege usw. „kein Geld“ da ist, ist für die Sicherung der Höchstprofite dieser Konzerne eine Riesensumme zur Verfügung.

Ein weiteres Beispiel sind die deutschen Autokonzerne wie Daimler-Benz, VW, BMW, Porsche. Da die Arbeiterhaushalte sich immer weniger ein neues Auto leisten können, werden die billigen Modelle zunehmend zusammengestrichen und dafür immer teurere, protzige Luxusautos verkauft. Das erhöht kurzfristig den Profit, führt aber zu Entlassungen und einer Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. Und damit diese Luxuspreisstrategie auch wirklich genügend Profit bringt, muss der Staat E-Autos mit Subventionen selbst für die Mittelschicht bezahlbar machen. So gibt es den ID-3 von VW in Deutschland ab ca. 40.000 Euro, in China in leicht abgespeckter Version für 16.000 Euro!

Aggressiv gegen die Arbeiterklasse

Damit der Kapitalismus in seinem Spätstadium irgendwie noch Profite machen kann, muss er auf Kosten der

Gesellschaft leben – zu Lasten der Arbeiterklasse. Wenn die Gesellschaft über Steuergelder die Chipfabrik in Dresden bezahlt, warum gehört diese Fabrik dann nicht der Gesellschaft? Das Kapital zeigt damit doch selbst, dass es nicht mehr in der Lage ist, die Produktivkräfte und die Entwicklung der Gesellschaft aus eigener Kraft voranzubringen. Und da das international so ist und die Konkurrenz unter den internationalen Großkonzernen immer schärfer wird, werden die Angriffe auf die Arbeiterklasse immer aggressiver.

Daher klappen auch sogenannte „Fortschrittskoalitionen“ nicht – außer in blumigen Phrasen. Keine der versprochenen „Fortschritte“ kommen. So waren 400.000 Wohnungen jährlich versprochen worden. Realistisch wären aber laut Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) sogar 600.000 nötig, um den dringendsten Bedarf zu decken. Doch selbst die 400.000 werden nicht erreicht. In 15 Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen von 2 auf nur noch 1 Millionen gesunken.

Was klappt ist die Subventionierung des Kapitals. Am deutlichsten sieht man das bei der Rüstung. 100 Milliarden Sondervermögen (real Schulden) sind ein Segen für die großen Rüstungskonzerne, deren Gewinne explodieren. Der Kapitalismus ist destruktiv geworden.

Statt „Reformen“ – Abschaffung des Kapitalismus

Wenn die Menschen das Wort „Reform“ hören rechnen sie mittlerweile mit höheren Beiträgen, Streichung von Leistungen, Verschlechterung ihrer Lebenslage. Die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals lassen im Rahmen des Kapitalismus auch keine andere Lösung zu. Damit das Kapital weiter existieren kann, muss es die große Masse der Menschen, der Arbeiterklasse immer stärker ausbeuten und deren Lebenslage verschlechtern. Und am Ende sind Rüstung und Kriege eine „Lösung“, um den Profitkreislauf zu ermöglichen. Dass dazu auch noch die Umwelt zerstört wird und wir auch da mit ständigen Versprechungen und großen Zielen hingehalten werden, zeigt wie zerstörerisch dieses System geworden ist.

Selbstverständlich kämpfen wir für jede Reform, für jeden kleinen Schritt voran. In der Realität heißt das jedoch zumeist, dass nur das Schlimmste verhindert wird und dafür aber trotzdem eine leicht abgebremste Verschlimmerung kommt. Daher müssen wir den Kampf für kleine Schritte, dringend notwendige Verbesserungen mit dem Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus verbinden. Nur wenn dieses System verschwindet, kann es wieder ernsthaft Fortschritt geben!

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

DAS SOWJETISCHE MODELL, NATIONALTÄTEN UND DIE UKRAINE

I. Geschichte als eine Waffe

Der anhaltende imperialistische Krieg in der Ukraine ist ein außergewöhnliches Ereignis, das die imperialistische Propagandamaschine der gegnerischen Seiten aktiviert hat, um ihre jeweiligen Herrschaftsprojekte zu rechtfertigen. Wie immer in solchen Szenarien wurde die Manipulation der Geschichte, wenn nicht ihre vollständige Fälschung, zu einem der Arsenale, die die besagte imperialistische Propagandamaschine speisen.

In diesem Sinne haben westliche Akademien und ihre Pressemonopole versucht, den aktuellen militärischen Konflikt auszunutzen, indem sie die Ereignisse, die zur Auflösung der UdSSR führten, wachriefen und hervorhoben, dass die Ukraine zu dieser Zeit angeblich ihre Freiheit und Unabhängigkeit erlangt habe, weil sie seit ihrer Unterwerfung und Beherrschung durch die sowjetische Regierung und Stalin unter Moskaus Kontrolle stand.

Das aktuelle Kriegsszenario und seine Motivation in den Widersprüchen und Interessen Russlands, Europas und der Vereinigten Staaten als imperialistische Mächte bieten eine Gelegenheit für marxistisch-leninistische Revolutionäre und ehrliche Wissenschaftler, die führende Rolle bei der Erklärung der Geschichte einzunehmen. In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die von Wladimir Lenin und Josef Stalin theoretisch erhobenen Ideen zur nationalen Frage, den Rechten der Nationalitäten, Selbstbestimmung und Sozialismus, die zur Staatspolitik wurden, hervorzuheben.

Bei der Bewertung des Stempels auf der Geschichte von Revolutionen im Allgemeinen und der bolschewistischen Revolution im Besonderen stellt Josep Fontana, ein zeitgenössischer Klassiker der kritischen Historiographie, fest: "Die Geschichte der Menschheit liegt vor uns. Sie ist voll von Perioden des Kampfes um Freiheit und Gleichheit, von Aufständen gegen Unterdrücker und von Versuchen, gerechtere Gesellschaften zu bauen, zerschlagen von den Verteidigern der bestehenden Ordnung, die immer behauptet haben und es auch heute noch tun, dass Unterwerfung und Ungleichheit notwendig sind, um den kollektiven Wohlstand zu sichern, oder sogar, dass sie Teil eines göttlichen Plans seien. Ein solcher Versuch der sozialen Transformation, der 1917 in Russland begann, hat den Verlauf der hundert Jahre seither geprägt." (Fontana, 2017)

Ein weiterer renommierter Historiker des 20. Jahrhunderts, der bis zum Ende seiner Tage das marxistische Paradigma als Werkzeug der historischen Analyse

verteidigte und die Bedeutung des Ereignisses, das wir im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des sogenannten "realen Sozialismus" sehen, berücksichtigte, stellte fest: „Das sowjetische Zeitalter ist weder aus der russischen noch aus der Weltgeschichte zu tilgen, so als hätte es nie stattgefunden. [...] Die Geschichte des Kurzen 20. Jahrhunderts kann ohne die Russische Revolution und ihre direkten wie indirekten Folgen nicht erklärt werden.“ (Hobsbawm, 1998)

Die Erfahrung der Sowjetunion als demokratische Konföderation von Republiken, bis sie durch den Verrat der revisionistischen Clique unter der Führung von Nikita Chruschtschow im Jahr 1953 abgebrochen wurde, enthielt in sich einen der unbestreitbaren Erfolge des Sozialismus an der Macht. Es war ein großartiges Mosaik eines Landes, dessen Republiken aus Nationen mit vielfältigen Kulturen bestanden, die von verschiedenen Reichen von der Feudalzeit bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt waren.

Der Verrat der revisionistischen Clique, die Stalin in der Sowjetmacht nachfolgte, ermöglichte dem Feind die Eroberung des revolutionären Staates von innen und stellte den Kapitalismus in der ehemaligen UdSSR wieder her. Sie versuchten, dies mit der berüchtigten "Geheimrede" auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 zu rechtfertigen, wo der Oktoberrevolution der Todesstoß versetzt wurde. Aber, wie ehrliche Intellektuelle hervorgehoben haben und die marxistisch-leninistischen revolutionären Parteien bekräftigt haben, leuchten über diesem Verrat die Erfolge des großen Epos der sowjetischen Arbeiter, Nationen und Völker.

Aus diesen Gründen wird es im Kontext der heutigen Welt stets relevant sein, die Nationalitätenpolitik der Sowjetmacht als eines ihrer Vermächtnisse, deren Relevanz in der heutigen Welt angesichts der langen Reihe von zwischen-ethnischen und nationalen Konflikten innerhalb Dutzender Länder und Regionen auf dem Globus bestätigt wird, zu verteidigen, dafür einzutreten und zu verbreiten.

II. Die historischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine vor der UdSSR: Ein kurzer Abriss

Ukraine und Russland haben einen gemeinsamen Ursprung, der bis ins 11. Jahrhundert zurückreicht, als Kiew das Zentrum des ersten slawischen Staates war,

der von Rus genannten Skandinaviern gegründet wurde. In der Zwischenzeit war die Krim mit den Griechen und Tataren verbunden und wurde von den russischen und osmanischen Reichen beherrscht. Ab dem 17. Jahrhundert waren große Teile der heutigen Ukraine Teil des russischen Reiches, bis es durch die bolschewistische Revolution gestürzt wurde. Um die nationale Identität des ukrainischen Volkes zu schwächen, entwickelte das russische Reich ein Russifizierungs-Programm und verbannte die ukrainische Sprache aus den Schulen. Das Aufkommen des ukrainischen Staates als solcher fand statt in der Hitze der Ereignisse, die ausgelöst waren durch die bolschewistische Revolution. Am 20. November 1917 wurde die Ukrainische Volksrepublik ausgerufen, und 1921 entschied sie sich, Teil der UdSSR als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik zu werden. Allerdings führten die Kriege und Pakte zwischen kolonialen Reichen, in denen das österreichisch-ungarische Reich eine wichtige Rolle spielte, dazu, dass ehemalige, vom ukrainischen Volk bewohnte Gebiete (die sogenannte Westukraine), bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in den Einflussbereich Polens fielen; bis die Rote Armee, der Widerstand und die antifaschistische Front der Völker in Europa eine der ruhmreichsten Seiten im herausragenden Befreiungskampf der beispiellosen internationalistischen Solidarität schrieben. Die Krise des revisionistischen Regimes in der UdSSR endete 1991 mit ihrem Zusammenbruch, in dessen Folge die ehemaligen Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit formalisierten, so wie sie die Ukraine im August desselben Jahres verkündete.

Der aktuelle Krieg ist mit diesem späteren Ereignis verbunden, das zu einer Neuordnung der imperialistischen Kräfte führte. Im aktuellen Konkurrenzkampf zwischen imperialistischen Mächten um die Kontrolle und Beherrschung von Ländern, Territorien und Ressourcen ist die Ukraine zu einem Unterpfeiler für Europa und die Vereinigten Staaten gegen das heutige imperialistische Russland geworden, weshalb die Ukraine ihr Territorium für die Platzierung von Militärbasen an der Grenze zu Russland abgetreten hat; eine Provokation, die als Kriegsvorwand diente.

Angesichts dieses Szenarios ist es notwendig, die Orientierung der IKMLPO hervorzuheben: „Die Kämpfe zwischen den imperialistischen Ländern und Mächten, um eine bereits geteilte Welt immer wieder neu aufzuteilen und neue Märkte und Einflussbereiche zu erobern, sind die grundlegende Ursache für den Ausbruch des Krieges in der Ukraine, der, wie wir bereits angeprangert haben, eine Auseinandersetzung inter-imperialistischer Natur ist. Die IKMLPO verurteilt diesen Krieg und die Kriegstreiber, die ihn gefördert und geschürt haben; wir bekunden unsere Solidarität mit dem Volk der Ukraine, das Opfer der militärischen Invasion des russischen Imperialismus unter der Führung von Wladimir Putin, des US-Imperialismus – unter der Führung von Joe Biden – und seiner Verbündeten – den Mitgliedern der Europäischen Union und der NATO – und des reaktionären Regimes von Wladimir Selenskyj ist.“ (Erklärung des 27.

Plenums der IKMLPO, Juli 2022).

Diese kurze Darstellung ermöglicht es uns, die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine in einen historischen Kontext zu setzen, aus dem wir einen geeigneten Rahmen erhalten, um die Bilanz zu vergleichen, die wir unten über die Erfahrung der Sowjetrepubliken unter dem Sozialismus präsentieren, als ein Vermächtnis, das eine theoretisch-politische Waffe in den Händen von Revolutionären und Kommunisten für unseren Kampf um den Sozialismus in der heutigen Welt darstellt.

III. Geburt und Entwicklung der Sowjetrepublik

Mit dem Sieg der Bolschewistischen Revolution bildeten die Gebiete Zentralrusslands ein Bundesstaatssystem, die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), doch nicht alle Republiken, die Teil des Russischen Reiches waren, waren Teil des sowjetischen Projekts: Polen, Finnland und die baltischen Staaten blieben unabhängige Republiken. Letztere traten 1940 als Republiken der UdSSR bei.

Im Falle der Republiken Ukraine, Weißrussland und der sogenannten transkaukasischen Republiken Georgien, Aserbaidschan und Armenien gründeten sie Regierungen und Verfassungen nach dem russischen Modell von 1918.

In der Hitze der ersten Jahre der Sowjetmacht, die in den verschiedenen Republiken und der RSFSR etabliert wurde und die gleichermaßen feindlicher Aggression und Feindseligkeit ausgesetzt war, wurden Bande der Zusammenarbeit und Allianz für die gemeinsame Verteidigung geschmiedet. Es ging, wie bereits erwähnt, um das Überleben der Revolution, die gerade ihre ersten Schritte machte, in den Klauen eines schrecklichen Bürgerkriegs, der von den Überresten des alten zaristischen Regimes mit der kriegerischen Unterstützung der wichtigsten kapitalistischen und imperialistischen Länder aufgezwungen wurde.

Nach dem Sieg im Bürgerkrieg erhielt die Tendenz zur Vereinigung dieser Republiken einen neuen Anstoß, da der gesamte revolutionäre Prozess von der Bolschewistischen Partei geführt wurde, deren politisch-organisatorische Konzeption die Arbeiter und Völker unabhängig vom Territorium oder der Nationalität, zu der sie gehörten, als gleichberechtigt anerkannte.

Der Zweite Sowjetkongress, der am 7. November, demselben Tag wie die Revolution, eröffnet wurde, war durch das Manifest an die Arbeiter, Bauern und Soldaten das schöpferische Organ des Sowjetstaates. Dieses Gremium verabschiedete am 8. November 1917 eine Reihe von Dekreten: über Frieden und Land; wählte das Zentralexekutivkomitee (ZEK), das höchste Organ der Macht zwischen den Sowjetkongressen, bildete die sowjetische Regierung und den Rat der Volkskommissare, angeführt von Lenin.

In den folgenden Tagen wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die mit der nationalen Frage zusammenhängen: die Erklärung der Rechte der Völker Russlands, am 15. November 1917; der Appell an die Muslime Russlands und des Ostens, am 7. Dezember 1917; Erklärung zur Ukraine, am 17. Dezember 1917; das Dekret über das türkische Armenien vom 11. Januar 1918.

Diese Maßnahmen wurden später durch die „Erklärung der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes“ verallgemeinert, die die ersten Dekrete der Sowjetrepublik ergänzte. Diese Erklärung, die am 3. Januar 1918 vom ZEK der Sowjets angenommen wurde, wurde von der Konstituierenden Versammlung bei ihrer Gründung abgelehnt, womit sie ihren eigenen Tod dekretierte. Sie wurde am 12. Januar 1918 vom 3. Gesamtrussischen Sowjetkongress, dem höchsten Organ des neuen Staates, ratifiziert. In diesem entscheidenden Moment der Russischen Revolution wird die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki von bestimmten Historikern, die in der Regel über die oben erwähnte Weigerung dieser Versammlung schweigen, das Kräfteverhältnis in ihr anzuerkennen, oft als antidemokratischer Akt dargestellt. Die Konstituierende Versammlung repräsentierte offensichtlich nicht den Puls der Gesellschaft und die Stimmung und Interessen des Volkes, das die entscheidenden Schlachten in exakt jenen Momenten führte, die den Verlauf der im Gange befindlichen Revolution bestimmen würden. Eine solche Konstituierende Versammlung unter diesen Umständen anzuerkennen, hätte bedeutet, Formalismus über die Realität zu stellen, die, wie von nun an bekräftigt werden würde, das Volk, die wahre Konstituierende Versammlung, durch das Organ formulierte, das ihren Willen und ihre Macht treu ausdrückte: die Sowjets. Die Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes (Sowjetunion, 1918) lieferte aufgrund dessen, was sie festlegte, die anfänglichen grundlegenden Leitlinien dessen, was das sowjetische Modell der Staatsorganisation werden sollte:

„1. Rußland wird als Republik der Sowjets (Räte) der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die ganze zentrale und lokale Gewalt steht diesen Sowjets (Räten) zu.

2. Die Russische Sowjetrepublik wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als eine Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet.

[4.] Der III. Sowjetkongreß [teilt] vollkommen die von der Sowjetregierung geführte Politik des Abbruches der Geheimverträge, der Herbeiführung der weitestgehenden Fraternalisierung zwischen den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig miteinander kriegführenden Armeen und der Erlangung unter allen Umständen durch revolutionäre Mittel eines demokratischen Friedens der Werktätigen ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

[7.] Die Regierungsmacht muß ganz und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung, den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, zustehen.

8. Zugleich beschränkt sich der III. Sowjetkongreß im Bestreben, ein wirklich freies und freiwilliges und somit ein um so vollständigeres und festeres Bündnis der arbeitenden Klassen aller Nationen Rußlands zu schaffen, auf die Festlegung der grundlegenden Leitsätze einer Föderation der Sowjetrepubliken Rußlands und überläßt es den Arbeitern und Bauern jeder Nation, auf ihrem eigenen bevollmächtigten Sowjetkongreß selbständig die Entscheidung zu treffen, ob und auf welchen Grundlagen sie gewillt sind, an der föderalen Regierung und den sonstigen föderalen Sowjetinstitutionen teilzunehmen.“ Ein weiteres Schlüsselmoment im Aufbau des sowjetischen Modells der Staatsorganisation war das Szenario für den Dritten Kongress der Sowjets von Russland, der im Januar 1918 stattfand: Es wurde eine Resolution über die föderalen Institutionen der Russischen Republik verabschiedet, die das System der Organe des sowjetischen Staates festlegte. Darüber hinaus empfahl dieser Kongress, an dem Entwurf der Verfassung zu arbeiten, der dem Vierten Kongress zur Prüfung vorgelegt werden sollte. Die in jenen Tagen verübte deutsche Aggression verschob diese Aufgaben bis nach der Unterzeichnung des Friedens.

Die erste Verfassung der RSFSR wurde auf dem Fünften Sowjetkongress vom 10. Juli 1918 angenommen. Dieses große Rechtsinstrument konsolidierte die Diktatur des Proletariats in Form der Republik der Sowjets und festigte das System der Staatsorgane: das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee, der Rat der Volkskommissare; lokale Machtorgane, Kongresse der regionalen, provinziellen, kreis- und bezirksweiten Sowjets und ihre Exekutivkomitees; städtische und bäuerliche Sowjets. Zwischen 1919 und 1922 wurde diese Verfassung als Modell für die Verfassungen der Sowjetrepubliken Weißrussland, Ukraine, Aserbaidshan, Armenien und Georgien auf ihren jeweiligen nationalen und regionalen Kongressen übernommen.

Der Höhepunkt der gesamten angesammelten Nationalitätenpolitik fand im Dezember 1922 mit der Unterzeichnung eines Vertrags zur Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken statt, der die Grundlagen für eine auf dem Föderationsprinzip basierende Verfassung legte. Der Vertrag wurde von Delegierten der russischen, ukrainischen, weißrussischen und transkaukasischen Republiken unterzeichnet.

Im Juli 1923 genehmigte das Zentrale Exekutivkomitee des Allunionskongresses der Sowjets den Verfassungsentwurf, der sofort in Kraft trat. Im Januar 1924 wurde diese Verfassung von der höchsten Autorität des neuen Staates, dem Kongress der Sowjets, ratifiziert.

Die Verfassung definierte die UdSSR als einen Bundesstaat, der aus nationalen Einheiten besteht, die politisch in drei Kategorien organisiert sind: Bundesrepubliken, autonome Republiken und autonome Regionen. Es soll-

te daran erinnert werden, dass zu dieser Zeit sowohl die russische Republik als auch Transkaukasien jeweils eine Föderation für sich waren. Auf diese Weise wurde die Bildung der UdSSR auf der Grundlage der nationalen Realitäten durchgeführt, die jede Nation bis zum Zeitpunkt der Vereinigung aufgebaut hatte.

Wie man sehen kann, war dies ein System, das nicht nur interne Kohärenz in seinem Wirken garantierte, sondern gleichzeitig schnelle Wege für Komplementarität durch die Kombination von Autonomie und Föderation bot; es implizierte die Anerkennung der verschiedenen Besonderheiten und Potenziale innerhalb der Union, die als Ganzes konstituiert wurde.

Die Erklärung und der Vertrag, die die Existenz der UdSSR formalisierten, konsolidierten den freiwilligen Zusammenschluss der sozialistischen Sowjetrepubliken zu einem einzigen föderalen Staat und gewährleisteten die Kohärenz zwischen den Rechten der Föderation und den Republiken sowie zwischen dem System der Staatsorgane der UdSSR und denen der Republiken, wobei das Recht einer Republik anerkannt wurde, die Union frei zu verlassen; es öffnete sich auch für neue Aufnahmen. Die Gründung der UdSSR als Ergebnis eines demokratischen, revolutionären Prozesses mit breiter Teilhabe der beteiligten Völker und Nationen drückte die Lösung der nationalen Frage im Rahmen des proletarischen Internationalismus aus.

IV. Lehren aus einer Niederlage

Im Lichte der Tatsachen ist es unbestreitbar, dass zumindest in den ersten Jahrzehnten nach der Etablierung der Sowjetmacht dieses Modell der Staatsorganisation den geeigneten Rahmen für die Annäherung und Lösung der brennenden nationalen Frage im Rahmen eines multinationalen Staates wie dem, der entworfen wurde, darstellte.

Das Modell funktionierte effektiv über einen langen Zeitraum ohne größere Rückschläge, weil die theoretischen Prinzipien, die von der leninistischen Doktrin aufgestellt wurden, die Gestaltung und Anwendung der nationalen Politik des Sowjetstaates leiteten, eine Theorie und Politik, die auf Demokratie und Selbstbe-

stimmung als unumstößliche Garantien für die Rechte der Nationen basierten, die im Sowjetstaat zusammenkamen.

Die theoretischen Thesen, die von Lenin und Stalin zur Behandlung der nationalen Frage vor und nach dem Sieg der Revolution vorgebracht wurden, bewiesen ihre Gültigkeit zumindest für eine lange Zeit der Ausübung der Sowjetmacht. Wenn der Schatten des alten großrussischen chauvinistischen Geistes, die Ignoranz der Rechte oder die Unterdrückung einiger Nationen im Rahmen der Föderation überwogen, die die Beziehung der Gleichheit und Solidarität veränderten, kann dies nur durch die Verletzung der theoretischen Prinzipien erklärt werden, auf denen dieses kolossale politische Werk gebaut wurde.

An diesem Punkt ist es wiederum angebracht, im Sinne einer Bilanz über die Umstände und den Prozess nachzudenken, der der Demokratie und der Beteiligung der Massen am Funktionieren der verschiedenen Organe des Sowjetstaates ein Ende setzte, bis zu dem Punkt, an dem eine feindliche Umgebung geschaffen wurde, in der sich die Nationalitäten als Geiseln des Staates und der Nation fühlten, die ihn kontrollierten. Damit behielt dieser Staatsapparat nur dem Anschein nach seinen Bundescharakter bei.

Wie ist dieser Prozess abgelaufen und wann hat er begonnen? Die Rolle, die in alldem von dem Hochverrat der Chruschtschow-Clique gespielt wurde, ist hinreichend klar geworden und wurde in der marxistisch-leninistischen Literatur hinreichend erklärt. Aber wir müssen in die Lehren dieser großen Tragödie eintauchen und in diesem Sinne müssen wir den Zugang nutzen, den wir zu Quellen aus den Archiven der ehemaligen UdSSR zu haben beginnen, wobei wir alle Manipulationen, die diese Ressource, unter den Bedingungen ihrer Öffnung stattgefunden hat, umgeben, außer Acht lassen.

In jedem Fall wird jede ehrliche Bewertung der unschätzbaren Erfahrung der UdSSR in Bezug auf das Kriegsdrama in der Ukraine der Welt die Überlegenheit des sozialistischen Systems beweisen, wie diese Ausführungen bestätigen.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DER ARBEIT (PCT) DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

Literaturverzeichnis

- Erklärung des 27. Plenums der IKMLPO. IKMLPO. Juli 2022. Santo Domingo : s.n., Juli 2022. Fontana, Josep. 2017. El siglo de la revolución: Una historia del mundo desde 1914. Barcelona : Editorial Crítica, 2017. S. 11. Zitat übersetzt durch den Übersetzer.
- Hobsbawm, Eric. 1998. Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München : Deutscher Taschenbuch Verlag, 1998. S. 114 f. ISBN 978-3-423-30657-7.
- Lenin, Wladimir Iljitsch. 1977. Die Arbeiterklasse und die nationale Frage (1913). Lenin Werke. Berlin : Dietz Verlag, 1977, Bd. 19, S. 74 f.
- . 1977. Thesen zur nationalen Frage. Lenin Werke. Berlin : Dietz Verlag, 1977, Bd. 19, S. 233 ff.
- . 1961. Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Lenin Werke. Berlin : Dietz Verlag, 1961, Bd. 20, S. 395 ff.
- . 1966. Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. Lenin Werke. Berlin : Dietz Verlag, 1966, Bd. 33, S. 725-735.

- . 1962. Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“. Lenin Werke. Berlin : Dietz Verlag, 1962, Bd. 36, S. 590 ff.
- Sowjetunion. 1918. Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik: Bestimmungen des fünften allrussischen Sowjetkongresses. [Print] Berlin-Wilmersdorf : Verlag der Wochenschrift „Die Aktion“, 1918.
- Stalin, Josef. 1979. Der Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft. Stalin Werke. Dortmund : Verlag Roter Morgen, 1979, Bd. 15, S. 113 ff.
- . 1952. Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage? Stalin Werke. Berlin : Dietz Verlag, 1952, Bd. 1, S. 26 ff.
- Vilar, Pierre. 1984. Palabras de presentación a la edición en España de las Obras Completas de Stalin (Einleitende Bemerkungen zur spanischen Ausgabe der gesammelten Stalin Werke). Madrid : Vanguardia Obrera, 1984.

ECUADOR

Pablo Miranda

Die Partei, die Volksmassen und die Organisation der Revolution

Die soziale Revolution des Proletariats ist eine außergewöhnliche Leistung, an der Millionen von Menschen teilnehmen und sich freiwillig engagieren. Damit diese Ereignisse siegreich enden, sind die Existenz und die Tätigkeit der revolutionären Partei des Proletariats, der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei, notwendig.

Die arbeitenden Massen, die Völker und die Jugend in allen Ländern der Erde haben in der Geschichte den Kampf gegen die Natur zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, Nahrung, Wohnung, Kleidung, geführt. Seit dem Aufkommen des Privateigentums sind die Aktionen der arbeitenden Massen im Kampf für ihre Interessen und Rechte in die Geschichte eingegangen. Doch dieser Kampf, der Teil des Klassenkampfes ist, begünstigt in seinem Ergebnis die Interessen der verschiedenen Gruppen der besitzenden Klassen.

Unter verschiedenen Umständen und an verschiedenen Orten ist diese Konfrontation manchmal intensiv, manchmal moderat. Sozialer Friede war nie zu verzeichnen. Die Interessen der gegensätzlichen Kräfte waren und sind antagonistisch, unversöhnlich zwischen denen da oben und denen da unten, zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten. Die Versuche verschiedener Teile der herrschenden Klassen, diese Konfrontation zu entschärfen, diese Interessen auszugleichen, sind nur ein Versuch, ihre Herrschaft und Ausbeutung zu erhalten und zu legitimieren, ihre Privilegien zu sichern.

Die werktätigen Massen sind die Protagonisten der Geschichte, der unaufhörlichen Entwicklung der Produktivkräfte. Sie handeln stets in dem Bestreben, ihre Interessen und Rechte zu verwirklichen und ihre dringenden Probleme zu lösen. Dabei nehmen sie aktiv an der Entstehung und dem Ausgang der großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen teil. Historisch gesehen waren die Nutznießer dieser Ereignisse jedoch immer die verschiedenen Sektoren der herrschenden Klassen.

Diese Tatsachen entlarven den Trugschluss, dass die Geschichte der Kampf der verschiedenen Gruppen von Ausbeutern und Unterdrückern, von Sklavenhaltern, Herren und Kapitalisten ist, und noch viel weniger die Auseinandersetzung zwischen den Führern der verschiedenen Sektoren, in die die herrschenden Klassen

aufgeteilt sind.

Der Kampf zwischen den Führern, den Königen und Präsidenten, den Kaisern und den Oberhäuptern der Mächte geht um die Aneignung des von den Arbeitern geschaffenen Reichtums. Um diese Aneignung wird zwischen den verschiedenen Sektoren der herrschenden Klassen gekämpft, wodurch sie in wirtschaftliche, politische und soziale Konflikte geraten. Obwohl diese Konfrontation nicht antagonistisch und schon gar nicht unversöhnlich ist, verschärft sie sich manchmal bis hin zum Einsatz militärischer Mittel, zu Angriffs- und Eroberungskriegen, zu zwischenstaatlichen Konflikten, zur Machtausübung durch die Streitkräfte und die Polizei, zur Durchsetzung der bürgerlichen Legalität und zu deren Legitimierung. Diese Gewalt der Unterdrücker schürt jedoch Unzufriedenheit und Unwillen, Rebellion und Aufruhr, den revolutionären Kampf.

Eroberungskriege unterwerfen die Völker und Länder und provozieren letztlich den Kampf um nationale Befreiung. Die Kapitalisten errichten und verteidigen mit Waffengewalt und Zwang die Ausbeutung und Enteignung der Arbeiterklasse und der Völker und der kapitalistischen Länder. Das führt zu sozialen Ungleichheiten, Elend und Hunger. Folglich nähren sie die Unzufriedenheit und den Widerstand, sie schaffen die Bedingungen für den Kampf um soziale Befreiung, materiellen Fortschritt, Emanzipation und den Aufbau einer neuen Ordnung, der Gesellschaft der Arbeiter, des Sozialismus.

Diese Tatsachen bestätigen die Behauptung, dass die arbeitenden Massen die Geschichte machen, aber dass sie dies nicht immer zu ihrem eigenen Vorteil tun.

Diese Situation begann sich zu ändern, als die Arbeiter im Oktober 1917 im alten Russland die Macht ergriffen und die Zaren, Großgrundbesitzer und Kapitalisten stürzten und den ersten sozialistischen Staat, die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats errichteten.

Seitdem hat die Geschichte einen anderen Verlauf genommen.

Der Kampf des Volkes und die Verwirklichung der Ziele der Arbeiter und des Volkes

Die Oktoberrevolution war die große Leistung der Arbeiter und Völker. Sie fand unter konkreten historischen Bedingungen statt: Die Überausbeutung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Klassen, der unterdrückten Völker, Nationalitäten und Nationen, die den

Plänen der Zaren und Kapitalisten des alten Russlands unterworfen waren; die Errichtung der Willkürherrschaft, eines autoritären und diktatorischen Regimes, das die Freiheit, die sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Massen beseitigte; die Unzufriedenheit von Millionen von Menschen. Es war eine wichtige Erfahrung der Massen, ihre Interessen einzufordern und dafür zu kämpfen. Der hohe Grad der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse, die zahlreichen Streiks, die zur politischen Bildung eines beträchtlichen Teils der Arbeiter beitrugen; und vor allem die Existenz, die Aktivität und der Kampf der revolutionären Partei des Proletariats. Die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die zur bolschewistischen Kommunistischen Partei wurde, zeigte ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, für die Organisation der Revolution zu kämpfen. Ein Kern von kommunistischen Führern übernahm die Verantwortung für die Anwendung des Marxismus unter konkreten Bedingungen und bereicherte und entwickelte ihn auf ein neues Niveau. Es war die Arbeit prominenter kommunistischer Persönlichkeiten, unter denen vor allem Lenin und Stalin hervorstachen.

In Albanien war die Revolution das Ergebnis der politisch-militärischen Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse, den anderen arbeitenden Schichten und der Bauernschaft. Es gab Tausende von Kämpfern, die unter dem Banner der Vertreibung der deutschen Nazis auf dem Lande und in den Städten kämpften. Es war die Existenz der Kommunistischen Partei Albanien, eines politischen und militärischen Generalstabs, einer korrekten revolutionären Politik. In diesem heroischen Kampf ragte die kommunistische Persönlichkeit Enver Hoxhas heraus.

Die Befreiung der Arbeiter, der Völker und der Länder Osteuropas, die den Nationalsozialismus besiegten, war auch das Ergebnis der Beteiligung Zehntausender Arbeiter am antifaschistischen Kampf, der Organisation und des Kampfes, der Kämpfe der kampferprobten kommunistischen Parteien, ihrer richtigen Führung.

Die historische Erfahrung lehrt uns, dass die Beteiligung der Massen, die entschlossenen Kämpfe von Millionen von Menschen, den Sieg ermöglichen; sie lehrt uns, dass diese Kämpfe aufgrund der Existenz, der Aufklärungsarbeit und der politischen Führung der Kommunistischen Partei zur Macht des Volkes führen.

Die Aufgabe, Tausende von arbeitenden Massen in den revolutionären politischen Kampf einzubinden, erfordert eine konsequente Haltung der revolutionären Partei des Proletariats.

Es ist notwendig, die Verbindung der Partei mit den Massen zu bekräftigen und zu erhalten.

Die Kommunistische Partei ist die politische Partei der Arbeiterklasse, sie übernimmt den Marxismus-Leninismus als die Prinzipien, die ihre Existenz und ihren Kampf garantieren. Unter dieser Führung vereinigt sie sich mit den Arbeitern, sie organisiert sich unter ihnen, sie integriert sich mit den besten Kämpfern. Sie hat die Fähigkeit, die Strategie und Taktik der Revolution

auszuarbeiten, die politischen Orientierungen für den Kampf um die Macht auszuarbeiten, ihre Kräfte in ihrer täglichen Arbeit zu führen, den Kampf der Arbeiter und Völker für die Erlangung ihrer unmittelbaren Rechte zu organisieren und zu führen, ohne das Ziel des Kampfes um die Macht zu verlieren. Sie hat die Bereitschaft und die Entschlossenheit, alle Formen des Kampfes zu nutzen; sie ist sich der Notwendigkeit bewusst, die Arbeiterklasse, die Völker und die Jugend politisch zu erziehen.

Die Arbeiterklasse ist der Schöpfer des Reichtums. In der Epoche des Kapitalismus schafft ihre Arbeitskraft die Grundlagen der materiellen Güter, die die Menschen für ihr Leben, für ihre gesellschaftliche Reproduktion benötigen. Weil sie im Zentrum der Epoche steht, weil sie in direktem Kontakt mit den neuen wissenschaftlichen und technischen Entdeckungen steht, weil sie über historische Erfahrungen im langen Kampf für ihre Interessen verfügt, weil sie sich den Ketten des Kapitalismus widersetzt hat, weil sie an keine Form des Eigentums gebunden ist, ist sie die Klasse, die am besten in der Lage ist, die Führung der anderen arbeitenden Klassen und Schichten in ihrem Kampf für die soziale Emanzipation zu übernehmen.

In den abhängigen Ländern erfordern die Aufgaben der sozialen und nationalen Befreiung die Bildung eines Arbeiter-Bauern-Bündnisses. Diese Einheit und Aktion kann die anderen arbeitenden Klassen, die patriotischen Teile der Mittelschichten und andere Schichten vereinen, sie zum Sieg gegen den Imperialismus führen und vor allem die Kontinuität des Kampfes für die endgültige Unabhängigkeit und die Schaffung der Gesellschaft der Arbeiter garantieren.

Damit sich dieser Prozess ununterbrochen entwickeln und die Arbeiter an die Macht bringen kann, muss die Kommunistische Partei auf dem Gebiet der Theorie und der sozialen Praxis arbeiten; sie muss aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen; sie muss der Arbeiterklasse und den Völkern revolutionäre Alternativen aufzeigen; sie muss stets den Weg des Kampfes um die Macht aufzeigen; sie muss die Ideale des Sozialismus, das Programm der Kommunisten für den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, verbreiten. Die Positionen der Sozialdemokratie und anderer Theologen der Rechten verkünden die Existenz einer Krise der Organisation und der Gewerkschaftsbewegung, der sozialen Organisationen, der politischen Parteien. All dies behauptet, nach diesen Annahmen, die Existenz eines einzigen sozialen Subjekts, die Bürgerschaft, die der Hauptakteur der Politik darstellt. Unsere Thesen stützen die Vorstellung, dass die Massen die Befriedigung ihrer unmittelbaren Interessen aus eigener Kraft erreichen, Wege öffnen und schließlich die politische Macht erlangen können. Diese Kämpfe der Arbeitermassen und der Jugend sind in jeder Hinsicht Teil des Prozesses der internationalen Revolution des Proletariats. Die Kämpfe der Arbeiter gegen das Kapital finden unabhängig vom

Willen des Volkes in allen Ländern statt. Die Streiks für Gewerkschaftsrechte und die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter finden immer wieder statt, ebenso wie wichtige und weitreichende Generalstreiks. Die Organisation und der Kampf der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der anderen arbeitenden Klassen und der Jugend stehen der imperialistischen Herrschaft gegenüber. Sie bekämpfen die Ausbeutung der einheimischen Bourgeoisien. Sie kämpfen für Freiheit und Emanzipation. In verschiedenen Ländern verwandeln sie sich in Volkserhebungen.

Dies ist eine objektive Realität. Sie zeigt, dass die arbeitenden Massen und die Jugend weiterhin die Protagonisten der sozialen Transformation sind. Jeder, der diese Situation leugnet, ist entweder blind und taub oder hat die Absicht, den Kampf des Volkes zu verbergen oder herunterzuspielen. Die Existenz einer Volksbewegung, die für ihre Rechte kämpft, ist jedoch nur ein Teil des revolutionären Kampfes der Massen für die Emanzipation. Wir halten an der Notwendigkeit fest, proletarisch-revolutionäres Bewusstsein in diese wichtige soziale Bewegung zu bringen.

Diese Aufgabe obliegt der Revolutionären Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei.

Die historische Erfahrung zeigt, dass sich verschiedene revolutionäre Prozesse entwickeln und den Sieg über Reaktion und Imperialismus ohne die Existenz und den Kampf der kommunistischen Partei erringen können. Sie zeigt aber auch, dass diese Prozesse nicht zur vollen Unabhängigkeit führen, sondern fast immer in die Fesseln des Neokolonialismus und in die Abhängigkeit eines anderen imperialistischen Landes münden, weil sie von patriotischen Kräften geführt werden, die im Allgemeinen den Interessen und dem Handeln des Kleinbürgertums und sogar von Teilen der einheimischen Bourgeoisie entsprechen. In gleicher Weise zeigt die historische Erfahrung verschiedene siegreiche revolutionäre Prozesse auf, die die Macht des Volkes errangen und den Aufbau einer neuen Welt, der Gesellschaft der Arbeiter, des Sozialismus, unter der Führung mutiger kommunistischer Parteien einleiteten.

Die Kommunistische Partei ist eine historische Notwendigkeit

Die Kommunistische Partei ist die politische Partei der Arbeiterklasse, die deren unmittelbare Interessen und das Endziel vertritt, die Herrschaft des Imperialismus und Kapitalismus zu beseitigen und eine neue Welt aufzubauen. Die Kommunistische Partei organisiert und kämpft unter der Führung des Marxismus-Leninismus, der revolutionären Lehre des Proletariats.

Um die Verantwortung für die Organisation und Führung des Kampfes für die soziale Emanzipation zu erfüllen, erarbeitet sie auf der Grundlage von Prinzipien eine revolutionäre Politik, Thesen und Losungen, das

Programm der sozialen und nationalen Befreiung. Die Entwicklung einer befreienden Politik erfordert das Studium der revolutionären Theorie, die Kenntnis der Lage der werktätigen Massen, der Völker und der Jugend, ihres Geisteszustandes und ihrer Bereitschaft, für ihre Interessen zu kämpfen, die marxistische Interpretation der Widersprüche der Gesellschaft, des Kräfteverhältnisses. Die revolutionäre Politik wird von den taktischen Linien, von den Vorschlägen und der Tätigkeit der Partei selbst geprägt.

Die Kommunistische Partei hält die Fahnen des Sozialismus und Kommunismus hoch, das Programm des Kampfes gegen den Imperialismus, die Thesen und Orientierungen für die tägliche Konfrontation der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen und der Jugend gegen die internen herrschenden Klassen, gegen die Bosse und die Grundbesitzer, gegen die bürgerliche Regierung. Sie setzt sich für die Organisation und Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen und der Jugend für ihre unmittelbaren Interessen ein; sie hält die Aktivität der politischen Erziehung der Massen hoch, und zwar im Verlauf des Kampfes selbst, aber auch im Leben der gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation.

Die Verbreitung des Marxismus-Leninismus, konkretisiert in der revolutionären Alltagspolitik, in den Bannern der sozialen Emanzipation und des Sozialismus, ermöglicht es der Kommunistischen Partei, sich politisch mit den Massen zu verbinden.

Die politische Verbindung mit den Massen muss durch die organisatorische Verbindung, durch den Aufbau der Partei innerhalb der sozialen Bewegung unterstützt werden. Wenn die Partei in der Arbeiterklasse organisiert ist, wenn sie durch die Militanz der hervorragendsten sozialen Kämpfer bereichert wird, wird sie ihre Verantwortung für die Organisation und Durchführung der Revolution erfüllen.

Die Kommunistische Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse, weil sie sich an die Spitze des Kampfes der Massen für die Revolution und den Sozialismus stellt, weil sich die Arbeiter ihre Thesen und Vorschläge zu eigen machen, weil sie sich unter ihrer Führung organisieren und kämpfen, um den Bossen und der Regierung der Kapitalisten entgegenzutreten, weil sich in ihren Reihen die fortgeschrittenen Arbeiter, die konsequenten sozialen Kämpfer befinden.

Der soziale Kampf ist eine Realität, er entwickelt sich in Wellen. Die Existenz und Tätigkeit der Kommunistischen Partei zielt darauf ab, den Kampf der Massen auf den Weg der Revolution und des Sozialismus zu führen. Die Massen sind die Schmiede der Geschichte, die Kommunistische Partei ist der theoretische und praktische Führer; diese Einheit ermöglicht die Organisation der Revolution, die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Organisation der Revolution.

MEXIKO

Politische Ökonomie und die Situation bei den Wahlen: Neoliberale Kontinuität in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen

Karl Marx, Friedrich Engels, W.I. Lenin und Joseph Stalin haben uns gelehrt - und die universelle Geschichte der Klassenkämpfe bestätigt dies -, dass die politischen und ideologischen Äußerungen von Individuen, Gesellschaften und sogar Revolutionen nichts anderes sind als die Ergebnisse der realen materiellen Widersprüche, die aus dem Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den stagnierenden und überholten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen hervorgehen.

Derzeit werden in Mexiko alle Voraussetzungen für die Kontinuität des so genannten Regimes der Vierten Transformation unter Andrés Manuel López Obrador (4T - AMLO; Anmerkung des Übersetzers: Mit 4T ist die „Vierte Transformation“ gemeint) geschaffen, dessen Hauptziel es ist, den Rückgang der Profitrate nach den letzten zyklischen Krisen des Kapitalismus durch die staatliche Förderung großer Megaprojekte umzukehren, die durch Industrialisierung und Proletarisierung des Südostens des Landes bessere Bedingungen für die kapitalistische Akkumulation schaffen. Ein zentraler Teil dieses Prozesses ist der Interozeanische Korridor von Tehuantepec, der Sanierungsarbeiten und Neubauten in den Häfen von Coatzacoalcos und Salinas Cruz vorsieht. In diesen Häfen wird die höchste Konzentration von Warenbewegungen erwartet. Ziel ist es, eine Logistikplattform zu schaffen, die die Häfen von Salinas Cruz, Coatzacoalcos, Chiapas und Dos Bocas durch mehr als tausend Kilometer Schienenwege miteinander verbindet. Die Linie Z wird den Golf von Mexiko mit dem Pazifik verbinden, die Linie FA von Coatzacoalcos nach Palenque mit Anschluss an den Zug Maya, die Linie K von Ixtepec nach Ciudad Hidalgo, die eine Verbindung zu Mittelamerika herstellt, ist so groß, dass sie mit dem Panamakanal konkurrieren soll, um 1.400.000 Container pro Jahr in Coatzacoalcos zu bewegen; die gleiche Aufgabe für den Hafen von Salinas Cruz. Dies ist eines der Hauptziele; es geht nicht um die Armen und ihre Beförderung per Zug, wie AMLOs präsidentiale

Erzählung behauptet.

Ergänzend zur Mobilisierung von Rohstoffen werden 10 Pole der industriellen Entwicklung geschaffen, die als „Wohlstand“ bezeichnet werden, entsprechend der Erzählung, dass in Mexiko - mit dem 4T-Regime - der Neoliberalismus beendet ist und es einen „Wohlstandsstaat“ gibt, obwohl es in Wirklichkeit eine neoliberale bürgerliche Kontinuität gibt.

Diese 10 Pole der industriellen Entwicklung sind Predio

Coatzacoalcos I, Coatzacoalcos II, Predio Tequistepec, Predio San Juan Evangelista, Predio Salinas Cruz, Matias Romero, Ixtaltepec, San Blas Atempa, Ciudad Ixtepec, Santa María Mixtequilla, für die nach Angaben der Regierung der 4T alle Einrichtungen, die Verwaltung der Ländereien sowie steuerliche Anreize für die Monopole und ihre Investoren als Konzessionen an die Privatinitiative vergeben werden. Sie schafft die Voraussetzungen für die Energieversorgung, die Kommunikation durch Autobahnen; das ist die Rolle der staatlichen Verwaltung im Dienste des Kapitals. Alle natürlichen Ressourcen Mexikos in allen Bereichen werden genutzt; so hat die Bundeskommission für Elektrizität festgestellt, dass vier dieser so genannten 10 Entwicklungspole Eigenschaften für die Nutzung von Wind- oder gemischter Energie haben: San Blas Atempa, Santa María Mixtequilla, Ciudad Ixtepec und Chivela, wo die Entwicklung der Agrarindustrie, der Metallindustrie und der Textilindustrie geplant ist.

Mit der industriellen Produktion als Zentrum, die auf der Ausbeutung von Lohnarbeit basiert, impliziert sie die Entwicklung von Wohnungen, Einkaufszentren usw. für die Arbeitskräfte; kurz gesagt, ein ganzer Prozess, um die Arbeitskräfte aus dem Südosten des Landes anzuziehen, aber auch die sich bereits in Mexiko aufhaltende Immigrantenvölkerung. Der Prozess der Proletarisierung des Südostens Mexikos wird Mexiko auf eine neue Stufe der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation bringen. Wir sagen neue Ebenen, weil

die Kapitalakkumulation ein Anwachsen des Proletariats voraussetzt und somit der objektiven Widersprüche zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Diese sozialen Beziehungen bestehen heute unter dem Regime des 4T als Verkörperung eines kapitalistisch-imperialistischen Produktionsprozesses, der die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klasse repräsentiert.

Mit der Mobilisierung von Rohstoffen und der Industrialisierung verbunden ist die Entwicklung der Produktivkräfte und neuer Industriezweige in der Mitte und im Norden des Landes, wodurch die Rolle Mexikos in der Produktionskette der Automobil- und Agrarindustrie gestärkt wird, während gleichzeitig die Lebensmittelindustrie, die medizinische Ausrüstung, die Elektronik, die Luftfahrtindustrie, das Lithiumpotenzial usw. entwickelt werden.

Es hat eine relative Reaktivierung des heimischen Marktes stattgefunden, ohne dass Mexiko eine Gelegenheit verpasst hätte, sich auf dem kapitalistisch-imperialistischen Weltmarkt besser zu positionieren, als Brücke zwischen dem Kapital für Investitionen auf dem US-amerikanischen Markt, der zu diesem Zeitpunkt bereits den chinesischen übertrifft. Dabei wird die Tatsache ausgenutzt, dass es in Mexiko eine junge Erwerbsbevölkerung gibt, und der Reichtum wird „umverteilt“, um das Proletariat in einem guten Zustand zu halten (Lohnerhöhungen und verschiedene soziale Unterstützungen, ohne jedoch das herrschende Verhältnis des Kapitals zur Arbeit zu verletzen), in einem besseren Zustand für die Lohnausbeutung.

In diesem Sinne gehören die Erhöhungen des Mindestlohns - durchschnittlich 158 % - immer noch zu den niedrigsten in Lateinamerika. Sie ändern weder den grundlegenden Charakter der kapitalistischen Produktion noch das Klassenverhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Sie ändern nicht den Klassencharakter der Arbeiter als Lohnempfänger, als moderne Lohnsklaven. Im Gegenteil, Lohnerhöhungen behindern nicht die Akkumulation im Kapitalismus, sie gehen Hand in Hand mit neuen Niveaus der kapitalistischen Akkumulation, indem sie das Investitionsvolumen ausweiten, während gleichzeitig das vorübergehende Wachstum der aktiven Arbeiter (bis eine neue zyklische Krise des Kapitalismus uns erreicht) zu neuen Niveaus der Ausbeutung führt. Damit wird wiedergegeben, was Marx im „Kapital“ schrieb: Unter dem 4T kann das Gewicht der „goldenen Ketten“, die das Kapital für den Lohnarbeiter geschmiedet hat, ihn halten, ohne dass es so eng ist. Das heißt nicht, dass wir gegen Lohnerhöhungen sind; im Gegenteil, wir kämpfen ständig für Lohnerhöhungen, aber wir setzen uns immer für die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse ein, für ihre Emanzipation von der Lohnausbeutung. Genauer gesagt hat sich unter der gegenwärtigen AMLO-Morena-Regierung der allgemeine Trend in der Einkommensverteilung zwischen den Löhnen und Gehältern und den Gewinnen im Verhält-

nis zum Bruttoinlandsprodukt nicht geändert; es gibt eine Reihe von kleinen Anstiegen und Rückgängen je nach Jahr, aber im Allgemeinen gibt es eine Tendenz zu einem Rückgang des Anteils der Löhne und Gehälter im Vergleich zu den Gewinnen. Diese allgemeine Tendenz wurde auch unter der jetzigen Regierung nicht gebrochen, auch nicht durch die Lohnerhöhungen, denn sie findet im Rahmen einer Steigerung der kapitalistischen Produktion in den letzten Jahren nach der Pandemie statt. 1974 erreichten die Löhne und Gehälter der Lohnabhängigen 40 % des BIP; bereits in der Mitte der neoliberalen Periode, 1984, sanken sie auf 31 %; 1994 stiegen sie etwas an und erreichten 34 %, um 1996 wieder auf 28 % zu sinken, 2002 stiegen sie erneut auf 31 %, 2020 sanken sie auf 29 %, 2017 auf 26 %, 2022 stieg der Anteil auf 28 %. Das heißt, die Erhöhung des Mindestlohns unter der derzeitigen Regierung AMLO-Morena bricht im Wesentlichen nicht mit dem allgemeinen Trend, der während der gesamten neoliberalen Periode bei der Einkommensverteilung von Löhnen und Gewinnen im Verhältnis zum BIP zu beobachten war, denn sie findet vor dem Hintergrund von Rekordgewinnen der Industrie- und Bankenmonopole statt. Dies erklärt das Vertrauen, das AMLO-4T bereits bei Teilen der Oligarchie und den transnationalen Monopolen gewonnen hat.

Unter diesem Regime ist die Stärkung der großen Monopole und der Finanzoligarchie offensichtlich. Bis 2020, dem Jahr, in dem die letzte Konjunkturkrise ihren Tiefpunkt erreichte, erhielten die 100 größten Monopolisten Mexikos Gewinne in Höhe von 132 Milliarden Dollar. Bis 2021 erholten sie sich schnell und legten ein Vermögen von 220 Milliarden Dollar zu, und für das Jahr 2022 steigerten sie ihre Gewinne auf 254 Milliarden Dollar, Rekordgewinne in Bezug auf ihre eigene Buchhaltung, vergleichbar mit dem BIP von Ländern wie Portugal, Neuseeland und Peru. Dies ist die Politik der „vernünftigen“ Gewinne und gegen die Korruption; zum Beispiel hat Carlos Slim seit der Pandemie sein Vermögen um 42 %, d.h. 25,5 Milliarden Dollar, gesteigert, was einer Million Dollar pro Stunde entspricht.

Der Bankensektor folgt demselben Trend der Konzentration, Zentralisierung und des Rekordgewinnwachstums während der derzeitigen Regierung. Obwohl er im Jahr 2020 (dem Jahr, in dem die Krise ihren Tiefpunkt erreichte) im Vergleich zu 2019 einen Gewinnrückgang verzeichnete, erholte er sich schnell im Jahr 2021, und im Jahr 2022 erzielte er Rekordgewinne, seit diese Daten dokumentiert sind.

Im Jahr 2019 erzielte dieser Sektor 163.563 Millionen Pesos an Gewinnen, im Jahr 2020 waren es 102.429 Millionen Pesos, und im Jahr 2022 stiegen sie auf 236.743 Millionen Pesos.

Und parallel dazu nimmt die Militarisierung, Paramilitarisierung und Faschisierung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates zu, als Beweis für die Stärkung der Diktatur des Kapitals über die Arbeiter und die Völker Mexikos. Obwohl Mexiko im kapitalistisch-imperialistischen Weltsystem mit einem BIP von 1,42 Billionen

Dollar derzeit an 14. Stelle steht (größer als Spanien und Russland), konzentriert sich die Schaffung dieses enormen Reichtums auf die Profite der Finanzoligarchie und der großen Monopole auf Kosten der Menschen und der Ausbeutung und Verarmung der proletarischen Klasse. Dies ist die Essenz des Klassencharakters der 4T, der Rest sind die Schlagworte des Kampfes gegen Korruption und „Regimewechsel“.

Die Politik des „neuen mexikanischen Humanismus“ und des „Wohlfahrtsstaates“ der 4T hat deutlich gemacht, dass die „fortschrittlichen“ Maßnahmen und die Maßnahmen für die „Armen zuerst“ nicht im Widerspruch zur Kontinuität der neoliberalen und bürgerlichen Klasse stehen. Diese neokeynesianische Politik hat die Profite der Kapitalisten nicht geschmälert; im Gegenteil, die Banker haben unter der Regierung der 4T Rekordprofite gemacht, und die großen Monopole haben ihre Profite über das Niveau vor der Pandemie hinaus gesteigert, mit Profiten, die weit über denen der Vorjahre liegen. Dies ist der wahre materielle „Erfolg“ der 4T mit einem klar definierten Klasseninhalt. Es ist eine Tatsache, dass das Niveau der Extraktion des Mehrwerts der mexikanischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren gestiegen ist.

Für die soziale Klasse, die den Reichtum produziert, das Proletariat, hat die Lohnausbeutung zugenommen; das Regime der 4T ist eine Fortsetzung der vorherigen Regierungen und konnte es gar nicht anders sein, denn was es definiert, ist die Produktionsweise und nicht die Regierungsform. Das Wesentliche ist die Lohnausbeutung, nicht die Korruption.

Um die Mehrwertrate zu erhöhen, greift der Kapitalismus auf die Verlängerung des Arbeitstages zurück (absoluter Mehrwert). Dies erhöht die notwendige Arbeitszeit und folglich die Mehrwertrate.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die mehr als 48 Stunden arbeiten, nimmt in Mexiko zu. 2005 waren es 12,5 Millionen und 2021 bereits 15 Millionen. Nach Angaben des INEGI [Nationales Institut für Statistik und Geografie] beträgt der Anteil der Arbeitnehmer in Mexiko, die zwischen 49 und 56 Stunden arbeiten, im Jahr 2022 14,3 % der erwerbstätigen Bevölkerung, und der Anteil derjenigen, die mehr als 56 Stunden arbeiten, 13,3 %. Mit anderen Worten: Mehr als 27 % arbeiten mehr als die gesetzlich festgelegte Höchstarbeitszeit, d. h. mehr als 16 Millionen Arbeiter. Somit wurde eine der Möglichkeiten zur Steigerung der Mehrwertrate, die Tendenz zur Verlängerung des Arbeitstages (absoluter Mehrwert), im aktuellen Regime des 4T verstärkt.

Eine andere Möglichkeit, eine höhere Mehrwertrate zu erzielen, besteht darin, die Löhne unter den Wert der Arbeitskraft zu senken, so dass diese sich in vermindelter Form reproduziert, weil sie nicht in der Lage ist, die Mittel zur Selbstreproduktion mit ihrem Lohn zu erwerben. Von der Inflation am stärksten betroffen sind die Grundbedürfnisse der Arbeiterklasse, die im Durch-

schnitt mehr als 60 % ihres Gehalts für Lebensmittel ausgibt. 2022 lag der Grundnahrungsmittelkorb [das monatliche Minimum für den Kauf von Lebensmitteln] in städtischen Gebieten nach Angaben von Coneval [Nationaler Rat für die Bewertung der Politik der sozialen Entwicklung] bei 1.975 Pesos für eine Person (nicht für die Familie). Während der Mindestlohn 149,69 Pesos beträgt, bedeutet dies in der Praxis, dass ein Arbeiter 13 Tage arbeiten müsste, um seine Lebensmittel gerade so bezahlen zu können.

Die Erhöhungen des Mindestlohns reichen immer weniger aus, um die Zahl der Arbeitskräfte aufzufüllen, und dennoch steigt die Zahl der Arbeitnehmer, die zwischen 1 und 2 Mindestlöhnen verdienen, weiter an.

Die Verringerung des Wertes der Arbeitskraft aufgrund der technischen Entwicklung verringert die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Produktion der Existenzmittel der Arbeiterklasse (relativer Mehrwert). Auf diese Weise wird die notwendige Arbeitszeit reduziert, die überschüssige Arbeitszeit folglich verlängert und die Mehrwertrate erhöht.

Bruttoanlageinvestitionen sind ein Indikator, der sich auf den Kauf von Maschinen oder den Ersatz von Maschinen in einem bestimmten Zeitraum, in diesem Fall einem Jahr, bezieht. Unter der derzeitigen Regierung liegen die Nettoanlageinvestitionen im Durchschnitt bei 1 % pro Jahr, und der Anstieg des Kapitalstocks liegt bei durchschnittlich 0,4 % pro Jahr.

Im Jahr 2020 gab es aufgrund des tiefsten Konjunkturerinbruchs infolge der Krise und der Pandemie negative Daten bei den Bruttoanlageinvestitionen; im Jahr 2020 wie im Jahr 2021 betrug die Zahlen durchschnittlich 1,9 % bei den Nettoanlageinvestitionen und 0,8 % beim Anstieg des Kapitalstocks.

Diese Daten bedeuten:

1. Dass im Jahr 2022 die Bruttoinvestitionen des Jahres 2018 nicht überschritten wurden.
2. Dass die Arbeitnehmer in diesem Zeitraum weltweit mit praktisch dem gleichen Maschinen- und Anlagenbestand Wohlstand geschaffen haben.
3. Da die Schwierigkeiten bei den Bruttoanlageinvestitionen in dieser Periode konstant waren, musste die Bourgeoisie den Ausbeutungsprozess der Arbeiterklasse durch die Intensivierung der Lohnausbeutung sowie die Verlängerung des Arbeitstages steigern. Nur ein kleiner Teil der großen transnationalen Konzerne und der großen Monopole konzentriert die technischen Entwicklungen (Robotisierung, künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Nanotechnologie), um die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Reproduktion der Arbeitskraft (relativer Mehrwert) zu reduzieren.

Insgesamt wurden die drei Prozesse während des derzeitigen 4T-Regimes kombiniert, um die Lohnausbeutung zu erhöhen, und sie wurden verstärkt und auf ein neues Niveau gebracht.

Die Tendenz, die während der gesamten neoliberalen Phase in der Steigerung der Mehrwertrate zum Ausdruck kam, hat sich nicht geändert; die durchschnittliche Ausbeutungsrate stieg von 4 auf 7 Stunden, was sich in der notwendigen Arbeitszeit ausdrückt, die von 1,6 auf 1 Stunde fiel, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Das Zentrum für multidisziplinäre Analysen der UNAM gibt an, dass diese heute bei 40 Minuten liegt. Welche Daten auch immer als Referenz genommen werden, die Schlussfolgerung ist dieselbe: Die Zunahme der Lohnausbeutung hat sich heute unter der Führung der politischen Ökonomie von AMLO-Morena auf ein neues Niveau entwickelt.

Die Höhe der Profite, die Konzentration und die Zentralisierung der Profite brechen Rekorde; jetzt muss die Bourgeoisie ihren Erfolg krönen. Dafür braucht sie im Wesentlichen die Kontinuität des gesamten politischen Systems und des Überbaus, angesichts der Wirksamkeit, die er für die herrschende Klasse gezeigt hat, da sie bessere politische und wirtschaftliche Bedingungen schaffen, um die Ausbeutung der Lohnarbeit auszuweiten, zu vertiefen und zu perfektionieren und den Kapitalismus in Mexiko auf neue Ebenen zu modernisieren und zu entwickeln. Wir stehen erst am Anfang der Entwicklung Mexikos zu einem wichtigen Glied in der gesamten Kette der kapitalistischen Weltproduktion. Dies wird die Physiognomie der Städte, der Straßen, des Verkehrs und der Kultur verändern und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch deutlicher machen.

Dieser Weg hat bereits mit der Proletarisierung des Südostens des Landes, der Stärkung der Industrie durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Industrialisierung mit neuen Industriekorridoren begonnen. Aber dieser begonnene Weg erfordert eine politische Kraft oder eine Kombination von politischen Kräften aus der so genannten „Gewaltenteilung“ und aus der gesamten verfassungsmäßigen Organisation und dem mexikanischen bürgerlichen Staat. Sie müssen ihre Diktatur durchsetzen und ihre inneren Widersprüche „abbauen“ und zur Lösung ihrer Widersprüche voranschreiten, indem sie versuchen, das Leben des kapitalistisch-imperialistischen Produktionssystems zu verlängern und ihre Hegemonie über die Arbeiterklasse, die armen Bauern, die breiten Volksmassen und die Völker Mexikos auszuweiten. Sie müssen unser bewusstes, organisiertes, geordnetes und geplantes Eingreifen durch die proletarische Revolution aufhalten, in der sie auf den Müll-

haufen der Geschichte geworfen werden.

Das ist es, was das Kapital und das gesamte kapitalistisch-imperialistische System als Inhalt mit Eigendynamik bisher in dem Block, der Xochilt Gálvez, dem Block, der Claudia Schembaun unterstützt, sowie in den Bewegungen von Marcelo Ebrard und Movimiento Ciudadano (Bürgerbewegung) geschaffen hat. Die neuen Parteien und all die großen und kleinen Persönlichkeiten, sowohl der 4T als auch der faschistischen und putschfreundlichen Rechten und Ultrarechten, streben über irgendeine bürgerliche Partei oder auf „unabhängige“ Weise danach, eines der 20.263 vom Volk gewählten Ämter zu besetzen, die am 2. Juni 2024 zur Wahl stehen (u.a. das Präsidentenamt der Republik, die 500 Abgeordneten und 128 Senatoren des Unionskongresses, 8 Gouverneursposten und das Amt des Regierungschefs von Mexiko-Stadt, u.a.). Damit wird das gesamte kapitalistisch-imperialistische System - und insbesondere die Finanzoligarchie in Mexiko - versuchen, die Räder des bürgerlichen Staates als Maschinerie der Unterdrückung und Ausbeutung zu schmieren, die alle allgemeinen Interessen der Ausbeuter und Unterdrücker verwaltet.

Das gegenwärtige Szenario ist eine Chance und eine Herausforderung für die Arbeiterklasse; es ist eine Gelegenheit, klarzustellen, dass der einzige Weg der Veränderung, der die Arbeiterklasse und die Volksmassen begünstigt, nicht darin besteht, unsere kommunistischen politischen Ziele, Slogans und Symbole, unsere Taktik der revolutionären Sammlung von Kräften, der Einheitsfront des Proletariats und der Völker Mexikos zu verbergen: die Nationalversammlung des Proletariats und der Völker Mexikos. Wir weisen darauf hin, dass hinter jeder politischen Persönlichkeit oder Partei klar definierte Klasseninteressen stehen, die über den unmittelbaren Diskurs hinausgehen. Diese Persönlichkeiten und Parteien verkörpern wirtschaftliche Beziehungen, und in diesem Fall sind es die der herrschenden Klasse, und die Herausforderung für die Arbeiterklasse besteht erstens darin, unsere Kräfte organisiert zu halten, zweitens durch Mobilisierung Kräfte zu akkumulieren, auf nationaler Ebene zu kämpfen, unsere Gewerkschaften, Löhne, Arbeit zu verteidigen, aber vor allem durch Stärkung der Einheit und Ausweitung des Kampfes auf die nationale Ebene, um die Formen des Kampfes und der Organisation für den Sieg unserer proletarischen Revolution zu erhöhen.

KOMMUNISTISCHE PARTEI MEXIKOS (MARXISTEN-LENINISTEN)

NORWEGEN, REVOLUSJON

ÜBER BESCHÖNIGUNG DES RUSSISCHEN IMPERIALISMUS UND „MULTIPOLARISMUS“

Eine Strömung unter den Linken, die sich nicht in den Schoß der NATO gestürzt haben, versucht „theoretisch“ zu argumentieren, dass Russland nicht imperialistisch sei. Das ist eine Verschleierung des Charakters des Imperialismus, die der Unterstützung der Kriegspolitik der NATO-„Demokratien“ durch andere linke Opportunisten in nichts nachsteht - nur umgekehrt.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist Russland trotz seiner Größe und seiner Militärmaschinerie eine zweitklassige Großmacht. Dennoch ist es ein grober theoretischer Fehler, zu behaupten, Russland sei kein imperialistisches Land, wie es Teile der antiimperialistischen Linken jetzt tun.

Ob ein Staat imperialistisch ist oder nicht, lässt sich nicht allein an den Fähigkeiten seiner Militärmaschinerie oder seiner außenpolitischen Rhetorik festmachen. Das wäre Vulgärmarxismus. Die Konzentration des Kapitals und die wirtschaftliche Stärke des Landes sind von grundlegender Bedeutung. Aber um eine imperialistische Großmacht zu sein, sind auch die Größe des Landes und der Zugang zu Ressourcen entscheidend, ebenso wie das militärische Potenzial des Staates. Werfen wir einen konkreten Blick auf einige Wirtschaftsindikatoren für verschiedene Länder.

Die Stahlproduktion wird häufig als Indikator für die Wirtschaftskraft, den Entwicklungsstand und die Autarkie eines Landes herangezogen. In den 1970er und

1980er Jahren war die Sowjetunion der größte Stahlproduzent der Welt, die Vereinigten Staaten standen an zweiter Stelle. Heute produziert China zehnmal mehr Stahl als Russland und die Vereinigten Staaten, die beide von Indien und Japan übertroffen werden.

Russland und die Vereinigten Staaten sind also in diesem Bereich stark geschwächt. Aber niemand würde behaupten, dass die Vereinigten Staaten deshalb aufgehört haben, eine imperialistische Macht zu sein.

Die USA und die meisten europäischen imperialistischen Mächte sind ebenfalls im Ausland verschuldet, während Russlands Auslandsverschuldung relativ bescheiden ist (etwa 18 Prozent des BIP). In dieser Hinsicht befindet sich der russische Imperialismus in einer besseren Position als viele seiner Rivalen.

Die Niederlande und Norwegen sind Beispiele für kleine, aber hoch entwickelte imperialistische Länder mit begrenztem militärischem Potenzial. Sie wollen ihre Auslandsinvestitionen und Interessen mit Diplomatie und militärischer Gewalt verteidigen, aber sie sind Spatzen im imperialistischen Krantanz. Daher können und wagen die Niederlande und Norwegen, ihre militärischen Muskeln im Ausland nur im Rahmen größerer imperialistischer Koalitionen spielen zu lassen.

Japan ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, aber die imperialistische Macht Japan hat ihre offensiven militärischen Fähigkeiten erst in den letzten Jahren ausgebaut. Dies hat freilich spezifische historische und

politische Gründe, die mit der Bombardierung von Hiroshima und der Friedensregelung von 1945 zusammenhängen. Im Moment ist Japan gezwungen, sich mit den Vereinigten Staaten zusammenzutun.

Auf der anderen Seite gibt es Regionalmächte, die sich mit Superprofiten in Form von Bodenrenten und Öl bis an die Zähne bewaffnen, aber kaum über eine eigene Industrie und einen relativ bescheidenen Kapitalexport verfügen. Letzteres liegt an unterentwickelten Produktivkräften und bescheidener Verwertung der natürlichen Ressourcen, an der Abhängigkeit von ausländischen Monopolen und Technologien, an Vetterwirtschaft, Korruption und feudalen Überbleibseln oder daran, dass das Land einfach so groß ist, dass Monopole auf dem eigenen Binnenmarkt eine akzeptable Profitrate erzielen können. In einigen dieser Regionalmächte ist die kapitalistische Entwicklung so weit fortgeschritten, dass sie versuchen, sich aus ihrem halbkolonialen Status zu befreien.

Es gibt Parallelen zwischen einigen dieser Länder und dem rückständigen Russland des Zarismus. Aber auch das zaristische Russland wurde von Lenin als imperialistisch definiert, wenn auch als schwächstes Glied des Imperialismus. Dieses schwächere Monopol des Finanzkapitals wurde teilweise durch das Monopol der militärischen Macht ausgeglichen, erklärte er in „Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ (1916). Heute wird diese Darstellung durch das Nuklearmonopol Russlands und der Vereinigten Staaten neben einigen wenigen imperialistischen oder regionalen Mächten noch verstärkt. Russland ist heute ein weitaus fortschrittlicheres imperialistisches Land als es das zaristische Russland war, trotz einer Generation des Zerfalls und der Stagnation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Beschönigung des Imperialismus

Wir betonen dies aufgrund einer Tendenz der Linken, die sich noch nicht in den Schoß der NATO begeben hat und „theoretisch“ argumentiert, dass Russland nicht imperialistisch ist. Vielmehr ist das Land eine „halbkoloniale Nation zweiter Klasse“, wie Anders Carlsson in der schwedischen Zeitung Proletären (der Arbeiter) in einem Artikel schreibt, den sich mehrere Kräfte in Norwegen zu eigen gemacht haben. Der Artikel ist repräsentativ für einen internationalen Trend unter verschiedenen „linken“ Strömungen. Pål Steigan (ehemaliger Vorsitzender der Kommunistischen Arbeiterpartei, AKP (m-l), in den 1970er Jahren) gehört zu denjenigen, die diese Ansichten vertreten.

Carlssons Analyseversuch enthält viele Punkte, schließt aber dennoch falsch ab, wenn er unter Berufung auf Lenin zu behaupten versucht, Russland sei nicht imperialistisch im wirtschaftlichen Sinne und folglich nicht in der Lage, eine aggressive Großmacht zu sein. Dies ist ein Ableger der Idee, dass wir um des Friedens willen eine „multipolare“ Welt brauchen, in der andere Großmächte die Hegemonie der USA und ihr Streben

nach Dominanz im gesamten Spektrum eindämmen. Die einzigen anderen Großmächte, die in der Lage sind, ein glaubwürdiges „Gegengewicht“ zu den Vereinigten Staaten zu bilden, sind Russland und China in Zusammenarbeit miteinander.

Diese Idee einer multipolaren Welt entspricht der Theorie des „Ultraimperialismus“ von Karl Kautsky, wonach die imperialistischen Großmächte untereinander Frieden halten und dem vereinigten Weltfinanzkapital erlauben, die ganze Welt in Absprache und Toleranz auszubeuten. Um nicht mit Kautsky in einen Topf geworfen zu werden, müssen die Opportunisten von heute versuchen zu beweisen, dass bestimmte Großmächte nicht imperialistisch sind und sich daher für eine andere und „vernünftiger“ Politik entscheiden können.

Die Revisionisten unserer Zeit sind daher gezwungen, Russland und China als „nicht-imperialistische“ Großmächte darzustellen. Die Botschaft lautet, dass diese Mächte versuchen, den US-Imperialismus in Schach zu halten, und deshalb sind sie in gewisser Weise unsere Freunde! Die Schlussfolgerung ist absurd, aber sie findet dennoch bei einigen Antimperialisten Anklang.

Menschen, die sich Marxisten und Leninisten nennen, sollten wissen, dass nicht andere Großmächte, sondern nur die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der Welt die USA und alle anderen imperialistischen Mächte vernichten können und müssen.

Kapitalexporte in vielen Formen

Russlands Auslandsinvestitionen und Wirtschaftskraft werden durch die Tatsache heruntergespielt, dass das Land hauptsächlich ein Exporteur von gering verarbeiteten natürlichen Ressourcen ist. Die Tatsache, dass Norwegen in erster Linie ein Exporteur von Rohstoffen wie Öl, Gas und Fisch ist, hindert Norwegen jedoch nicht daran, über den Government Pension Fund Global und staatliche Monopole wie Telenor, Equinor oder Statkraft auch umfangreiches Kapital zu exportieren, und ohne Frage ist es ein imperialistisches Land. Wie Russland hat auch Norwegen - wenn auch in viel kleinerem Maßstab - einen hochtechnologischen Industriesektor für Waffenproduktion, Bohrtechnologie und Weltraumforschung entwickelt.

Den Übergang des kapitalistischen Freihandelssystems in den Monopolkapitalismus bezeichnete Lenin als Imperialismus, also das höchste (und letzte) Stadium des Kapitalismus. Zentrale Merkmale des Imperialismus sind nach Lenin die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital und die Tatsache, dass der Kapitalexport wichtiger wird als der Warenexport. Nach Angaben der Weltbank beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen in Russland im Jahr 2021 auf rund 66 Milliarden Dollar. Dies ist kein unbedeutender Betrag, wenngleich er im Vergleich zu den Investitionen der Vereinigten Staaten und Deutschlands gering ist. Einigen Quellen zufolge trugen russische Auslandsinvestitionen im Jahr 2013 23,4 Prozent zum

Bruttoinlandsprodukt des Landes bei. Vor dem Maidan-Aufstand konzentrierte sich der Löwenanteil der russischen Auslandsinvestitionen auf die Ukraine. Russische Unternehmen kontrollierten 80 Prozent des Erdölsektors und des militärisch-industriellen Komplexes. Für den russischen Imperialismus ist es unerträglich, mit der Tatsache zu leben, dass das Zelenski-Regime im Namen des US-Imperialismus alles zugunsten der EU und der NATO beschlagnahmt hat.

Kapitalexporte in Form von Importen von Arbeitskräften sind ein offensichtliches Beispiel für Imperialismus. Mehrere Millionen Wanderarbeiter aus dem Kaukasus und den zentralasiatischen Republiken arbeiten in der russischen Bau- und Dienstleistungsbranche. Die ausländischen Arbeitnehmer überweisen einen Teil ihres Lohns in ihr Heimatland, während der andere Teil dem imperialistischen Gastland zufließt. Im Jahr 2013 beliefen sich diese Einnahmen auf etwa 37 Milliarden Dollar, mehr als das, was die Wanderarbeiter in Saudi-Arabien oder Deutschland „zurücklassen“, schreiben die georgischen Kommunisten.

Die Zahlen geben kaum das ganze Bild wieder. Das Vermögen, das verschiedene russische Oligarchen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geplündert haben, wurde größtenteils in verschiedenen Steuerparadiesen wie Jersey, den Jungferninseln und Zypern, aber auch auf den Immobilienmärkten von Großstädten wie New York und London angelegt.

Personalunion und andere Merkmale

Die Personalunion zwischen zentral gestellten Personen in Banken, Industrie und Staatsapparat ist ein typisches Merkmal des Monopolkapitalismus. In Norwegen sind die Drehtüren zwischen Regierungsämtern, Bankenpalästen und Industrieunternehmen, typischerweise vertreten durch den Verband norwegischer Unternehmen, für jedermann sichtbar. Spitzenpolitiker und Richter nehmen an von Top-Finanzleuten bezahlten Bestechungsreisen teil, wie zum Beispiel, als der derzeitige Leiter des staatlichen Pensionsfonds Global wichtige Persönlichkeiten der norwegischen Elite 2019 zu einem Traumseminar in die USA einlud. Der Unterschied zu Russland ist, dass die Vetternwirtschaft dort noch offensichtlicher ist und die Bestechungsreisen andere Ziele haben. Wie in Norwegen gibt es auch in Russland einen großen staatskapitalistischen Sektor und staatlich kontrollierte Monopole.

Im Vergleich zu anderen Großmächten hinkt der russische Imperialismus wirtschaftlich hinterher, trotz seiner gewaltigen Öl- und Gaseinnahmen. Russische Unternehmen und Banken sind auf der Liste der größten Unternehmen der Welt weit hinten zu finden. Das Gasunternehmen Gazprom ragt heraus, das mit 470.000 Mitarbeitern weltweit mehr Beschäftigte hat als jedes andere Unternehmen. Rosneft und Lukoil liegen nicht weit dahinter. Alle diese Unternehmen, die sich oft gegenseitig gehören, sind eng mit dem russischen Staats-

apparat verbunden. Gazprom ist halbprivatisiert, ähnlich wie die norwegische Equinor.

Die Sanktionen des Westens und der Krieg in der Ukraine haben natürlich das Bild verändert, wenn es um russische Kapitalinvestitionen im Ausland geht. Aber noch bis vor kurzem hatten russische Öl- und Gasunternehmen erhebliche Investitionen und Beteiligungen an Immobilien- und Energieprojekten in Ländern wie dem Vereinigten Königreich, Italien und Deutschland.

Auf internationaler Ebene spielen die russischen Finanzinstitute in der zweiten Liga und sind nun weitgehend daran gehindert, normale Geschäfte in westlichen Ländern zu tätigen. Dennoch hat die russische Sberbank bedeutende Beteiligungen an türkischen und serbischen Banken erworben.

Die Rüstungsindustrie und die Raumfahrttechnik sind weitere Bereiche, in denen Russland seine Muskeln spielen lässt. Russische Unternehmen aus diesen Bereichen haben in Indien und der Türkei in große Produktionsanlagen investiert.

Ein Land, das in Eroberungskriegen reguläre Söldnerarmeen einsetzt, ist ebenfalls ein Markenzeichen von Imperialisten. Die Wagner-Gruppe operiert in der Ukraine und in vielen Ländern Afrikas im Dienste des russischen Staates und privater Interessen. Sie ist eine völlige Parallele zur Söldnerarmee Blackwater (nach mehreren Fusionen und Namensänderungen inzwischen in Constellis umbenannt), die die Vereinigten Staaten im Irak eingesetzt haben. Wagner und Blackwater wurden von ehemaligen Offizieren der russischen bzw. der US-Armee gegründet.

Diese kurzen Beispiele sollten ausreichen, um zu zeigen, dass Russland alle Kriterien eines imperialistischen Staates erfüllt, selbst wenn man von seinem Atomwaffenarsenal und seiner gewaltigen Rüstungsmacht absieht. Eine multipolare imperialistische Welt

Der Versuch, Russland oder China als etwas zu beschreiben, das sich von anderen imperialistischen Ländern unterscheidet, bedeutet, den Imperialismus als System zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Die Propaganda Moskaus und Pekings will uns glauben machen, dass diese „defensiven“ Großmächte lediglich die aggressiven Vereinigten Staaten in Schach halten und uns eine friedliche und bessere Welt beschern werden. Sie unterlassen es nicht, die Botschaft mit Parallelen zum Kampf der Roten Armee gegen den Nazismus oder zum chinesischen „Sozialismus“ zu würzen.

Das ist antimarxistischer Unfug. Die Argumentation ist nicht unähnlich der Theorie der „drei Welten“, die dafür plädierte, dass sich die unterdrückten Länder mit den mittleren Imperialisten gegen die beiden damaligen Supermächte USA und Sowjetunion verbünden sollten. Das US-Imperium ist auf dem Rückzug. Andere Imperialisten und Regionalmächte, vor allem China, aber

auch Russland, wollen ein Ende der ungerechten westlichen Weltordnung. Auf der Pressekonferenz anlässlich des Besuchs von Präsident Xi Jinping in Moskau am 21. März dieses Jahres betonten er und Wladimir Putin, dass China und Russland „gemeinsam an der Schaffung einer gerechteren und multipolaren Weltordnung arbeiten“ würden. Dabei geht es jedoch nicht darum, dass sie ein ungerechtes imperialistisches System, das die Völker der Welt versklavt, abschaffen wollen. Die engen Beziehungen zwischen Russland und China sind „für die moderne Weltordnung von entscheidender Bedeutung“, wie Präsident Xi es ausdrückte. Beim Multilateralismus geht es darum, dass sie als „gleichwertige“ Großmächte im Verhältnis zu ihrer relativen Stärke auf der internationalen Bühne behandelt werden wollen. Die beiden Staatschefs sagen zwischen den Zeilen, dass die Diktat- und Sanktionspolitik der Vereinigten Staaten die globalen Transportwege und die Ernährungssicherheit bedroht. Diese Botschaft wird von vielen afrikanischen Ländern anerkannt, hat aber nichts mit der russischen und chinesischen Sorge um globale Gerechtigkeit zu tun.

Wenn China und Xi Jinping, mit Russland und Putin im Schlepptau, eine „multipolare Welt“ anstreben, dann ist das eine Antwort und eine Herausforderung an die schwindende Weltvorherrschaft der USA. Die multipolare Welt ist nichts anderes als das Ergebnis der un-

gleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und ein Vorbote neuer und noch größerer Kriege.

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten sind einer der grundlegenden Widersprüche unserer Epoche. Ein immer wiederkehrender Fehler der Progressiven besteht darin, daraus einen Hauptwiderspruch zu machen, in der Hoffnung, die Rivalität zwischen den Großmächten ausnutzen zu können, indem man das „kleinere Übel“ unterstützt. Das bedeutet, dass man das, was in einer bestimmten Situation, während einer Revolution oder eines nationalen Befreiungskrieges, eine notwendige Taktik sein könnte, zur Strategie erhebt. Dabei werden die anderen, ebenso wichtigen Grundwidersprüche außer Acht gelassen oder heruntergespielt: der Kampf zwischen Arbeit und Kapital, der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Wer behauptet, dass der US-Imperialismus und die westliche Weltherrschaft durch die Unterstützung einer Gruppe von Großmächten gegen andere Großmächte gebändigt werden können, betreibt in Wirklichkeit das Geschäft des Imperialismus. Diejenigen, die den Imperialismus besiegen werden, sind niemand anderes als die Arbeiterklasse der Welt und die unterdrückten Völker.

Online veröffentlicht am 17. Juni 2023

und in der gedruckten Ausgabe von Revolusjon Nr. 63, September 2023.

TUNESIEN

DIE ARABISCHE REGION IM ZENTRUM DER IMPERIALISTISCHEN KONFLIKTE AUF DEM WEG ZU EINER REVISION DER TRADITIONELLEN ALLIANZEN

In den letzten Jahren hat die arabische Welt viele wichtige Ereignisse erlebt, welche unsere Partei mit großem Interesse verfolgt hat. Und auch heute ist es unsere Pflicht, die Veränderungen, welche sich in dieser Region vollziehen, mit mindestens demselben, wenn nicht vielleicht mit noch mehr Interesse zu verfolgen. Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, dass wir am Anfang einer neuen Phase in der arabischen Welt und im Nahen Osten stehen, die bestimmte charakteristische Merkmale aufweisen wird. Die Veränderungen, die sich in der Welt vollziehen, spiegeln sich auch in dieser Region wider, in der alle großen kapitalistischen Länder, alte und neue, präsent sind und um den Reichtum der Region, ihre Märkte und ihre strategischen Standorte konkurrieren und kämpfen. So wie sich in der Welt eine neue Situation auf der Grundlage sich verändernder Machtverhältnisse herausbildet, wird sich auch in der arabischen Region und im Nahen Osten eine neue Situation herausbilden.

Das Besondere an dieser neuen Situation ist, dass die Spaltungslinien und die blutigen Konflikte zwischen den verschiedenen reaktionären Regimen in der Region, die die vergangenen Jahre und Jahrzehnte geprägt haben, sich abschwächen oder sogar verschwinden, mit nur wenigen Ausnahmen wie etwa dem Sudan, der heute erneut von einem Bürgerkrieg bedroht ist. Man kann

sagen, dass die Karten neu gemischt werden und neue Zusammenhänge, die unter Umständen nur teilweise verwirklicht werden, am Horizont auftauchen. Die internationalen Veränderungen stehen damit in Zusammenhang.

Das Königreich Saudi-Arabien ist bestrebt, durch seinen neuen De-facto-Führer Mohammed bin Salman eine zentrale Rolle in diesem Prozess zu spielen, so wie es auch bei allen früheren reaktionären Entwicklungen eine zentrale Rolle gespielt hat. Diese Rolle sieht eine Erneuerung der wahhabitischen Reaktion im Einklang mit den aktuellen Veränderungen und dem internationalen Kräfteverhältnis vor, mit der Perspektive, das Königreich in eine aktive und wirkmächtige Regionalmacht zu verwandeln, die sich nicht mehr bloß mit der Rolle eines treuen Vasallen bzw. Agenten der Vereinigten Staaten begnügt, welcher lediglich ausführt, was ihm gesagt wird.

Ein Bestandteil der neuen Situation in der Region ist der Aufstieg Chinas, das seinen Kurs als einflussreicher wirtschaftlicher und finanzieller Akteur nicht nur auf der allgemeinen internationalen Bühne, sondern auch speziell in der Region des Nahen Ostens fortsetzt, wo es seine Interessen ausbaut, unter anderem auch innerhalb der zionistischen Struktur (besetztes Palästina). Ein

Beleg dafür ist das außerordentlich engagierte Eingreifen Chinas um den Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien zu beruhigen und sie an den Verhandlungstisch zu bringen und zur Annäherung zu bewegen, was sich auch auf den blutigen Konflikt im Jemen auswirkte, in dem Saudi-Arabien und seine Verbündeten direkt in den Kampf gegen die vom Iran unterstützten Houthis verwickelt sind.

Es ist kein Geheimnis, dass diese eigensinnige Haltung einen gewissen Unterschied zu den Vereinigten Staaten darstellt, die ihre Strategie im Einvernehmen mit dem Zionismus entwickelt haben, um den sunnitisch-schiitischen Konflikt auszuspielen, indem sie auf den Aufbau einer „ägyptisch-saudischen-golf-israelischen“ Allianz gegen den Iran hinarbeiten, welcher wiederum seinerseits Syrien und die Hisbollah im Libanon unterstützt und gute Beziehungen zu Russland und China unterhält. Andererseits spielte Saudi-Arabien im entscheidenden Moment eine zentrale Rolle, als es darum ging Syrien, entgegen dem katarisch-marokkanischen Widerstand und trotz des ägyptischen Zögerns, wieder in den Schoß der Arabischen Liga aufzunehmen.

Auf diese Weise will Saudi-Arabien sich als „Einiger“ inszenieren, was ihm die Möglichkeit eröffnet, die Rolle des „Führers“ der arabischen Länder bzw. der arabischen Reaktion zu übernehmen. Saudi-Arabien hat sich außerdem um die Normalisierung seiner Beziehungen bemüht, einerseits mit dem irakischen Regime, das die Rolle des „Vermittlers“ spielte, als es die ersten Treffen zwischen saudischen und iranischen Vertretern organisierte, und andererseits mit der Türkei und Katar, die immer noch die Muslimbruderschaft unterstützen. Die saudisch-türkische Annäherung, die mit der Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Ägypten zusammenfiel, welche zu einem Rückgang der Rolle Ägyptens führte, wirkte sich auf die Lage in Libyen aus, wo der Geschützlärm aktuell verhältnismäßig leise ist, auch wenn die Situation immer noch dieselbe ist und eine Lösung in naher Zukunft eher schwierig scheint. Zusammen mit dem Iran bleibt Saudi-Arabien auch ein wichtiger Akteur auf der libanesischen Bühne und ist direkt an der Formulierung der Einzelheiten einer möglichen Entscheidung beteiligt.

Saudi-Arabien interveniert an der Seite der Vereinigten Staaten in die sudanesishe Krise und übt Druck auf beide Seiten des Konflikts aus, einerseits auf die „Sudanese Armed Forces“ und auf die „Rapid Support Forces“ andererseits. Im Kontrast dazu hat sich Saudi-Arabien erst kürzlich geweigert der Position der USA zu folgen, als Biden das Land besucht und gebeten hatte, seine Ölproduktion zu erhöhen, und sich stattdessen der russischen Position angeschlossen.

Führungskonflikte zwischen arabischen Ländern

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Weg für eine saudiwahhabistische Reaktion geebnet ist. Da ist Katar, das ein wichtiger Akteur in der Region und auf der inter-

nationalen Bühne bleiben will, weil es als „Vermittler“ in den Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien in den Konflikten, die hier und da entstehen, auftreten will, natürlich unter der Ägide der USA, wie es mit den Taliban geschah. Es gibt die Vereinigten Arabischen Emirate, die versuchen, eine führende Rolle zu spielen. Wir haben erlebt, wie in Bezug auf den Jemen Streitigkeiten zwischen den VAE und Saudi-Arabien ausgebrochen sind. Es gibt auch Ägypten, das zwar zusätzlich zu seinen Problemen mit Äthiopien, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufteilung des Nilwassers (Renaissancestaudamm), auch interne Schwierigkeiten hat, aber dennoch in jedem Zusammenhang eine Rolle spielt. In der Maghreb-Region gibt es eine andauernde Krise zwischen Marokko und Algerien in der Sahara-Frage, die praktisch die Allianzen der beiden Parteien bestimmt. Außerdem waren die saudi-iranischen Beziehungen schon immer von Instabilität geprägt.

Natürlich dürfen wir die Rolle der ausländischen Mächte nicht vergessen, insbesondere des US-Imperialismus, der mit der Unterstützung seiner beiden wichtigsten Verbündeten, der Zionisten und der Briten, die dominierende Macht in der Region bleibt und versucht, jede neue Entwicklung so zu beeinflussen, dass seine Interessen nicht beeinträchtigt werden. Im Allgemeinen sehen wir also, dass es einen Kampf um die „Führung“ der reaktionären arabischen Front gibt, unabhängig davon wie er ausgeht. Mohammed bin Salman strebt möglicherweise danach, der „König der Araber“ zu werden, wie es jemand ausdrückte. Das ist nichts Neues, wenn wir es aus historischer Perspektive betrachten. Das Königreich Saudi-Arabien stand schon immer, insbesondere seit dem Abflachen der nationalistischen Welle, im Zentrum reaktionärer imperialistischer Vorhaben, die den arabischen Völkern feindlich gesonnen waren.

Mohammed bin Salman gab dies während seines Besuchs in den Vereinigten Staaten von Amerika zu und betonte, dass die Verbreitung des Wahhabismus in der Region und in der Welt darauf abzielt, den Kampf der arabischen und islamischen Völker zu sabotieren, ihre Befreiung zu verhindern und sie unter der US-amerikanisch-westlichen Hegemonie zu halten, was dem Wunsch ihrer „westlichen Freunde, angeführt von den Vereinigten Staaten“, entspricht. Was jedoch die gegenwärtigen Bemühungen des Königreichs Saudi-Arabien, die Araber zu „regieren“ und die Rolle einer regionalen Macht zu spielen, auszeichnet, ist der Versuch Bin Salmans, dem Wahhabismus durch ein trügerisches und fälschlich-modernistisches Erscheinungsbild eine neue Form zu geben und gleichzeitig dem Königreich einen - wenn auch minimalen - Spielraum in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verschaffen, deren Einfluss auf internationaler Ebene aufgrund des Endes der unipolaren Welt abnimmt, ausgelöst durch das Auftauchen neuer Konkurrenten, allen voran von China.

Niedergang der Volksbewegung und Beschleunigung des Normalisierungsprozesses

Es besteht kein Zweifel, dass diese Veränderungen in einer Situation stattfinden, die für die arabischen Völker

und insbesondere für das palästinensische Volk äußerst schwierig ist. Internen und externen konterrevolutionären Kräften ist es gelungen, die tunesische und ägyptische Revolution abubrechen, ohne dass der Widerstand in diesen beiden Ländern aufgehört hätte. Libyen, Syrien und Jemen wurden ebenfalls destabilisiert bzw. umgestürzt und mithilfe von zerstörerischen Kräften am Golf und im Nahen Osten (insbesondere der Türkei) in verheerende Bürgerkriege gestürzt, die zur Flucht und Vertreibung von Millionen von Menschen aus diesen Ländern und zur Zerstörung ihres wirtschaftlichen und natürlichen Potenzials geführt haben.

Auf der anderen Seite führte die zweite revolutionäre Welle, die Ende 2018 in der arabischen Welt begann, zum Sieg des sudanesischen Volkes über die seit drei Jahrzehnten an der Macht befindliche Militärjunta der Muslimbruderschaft, jedoch wurde während eines komplexen Prozesses von Kämpfen und Putschen ein neuer Militärstaat errichtet. Er ist heute gekennzeichnet durch die Eskalationen innerhalb eines zerstörerischen, reaktionären Konflikts zwischen den beiden Säulen des alten Regimes, nämlich der „Sudanese Armed Forces“ und den Milizen der „Rapid Support Forces“. Ein Konflikt, der das Land in einen Bürgerkrieg mit katastrophalen Folgen zu stürzen droht.

Was die Aufstände im Libanon und im Irak anbelangt, so hat es die Geißel des religiösen Sektierertums und der regionalen und ausländischen Einmischung – in Abwesenheit einer revolutionären Führung – fertig gebracht, dass, trotz erheblicher Anstrengungen die Massen auf der Grundlage ihrer gerechten Forderungen zu vereinen, die Aufstände stoppten, sich nicht radikalisierten und nicht zum Sieg führten. In Algerien endete die monatelange Volksbewegung, in deren Verlauf Bouteflika und einige Symbole seines Regimes gestürzt wurden, mit „Wahlen“, bei denen die militärisch-bürokratische Junta neue Bedingungen aufstellte, um angesichts der schweren Spannungen mit dem benachbarten Marokko und der Meinungsverschiedenheiten in der Westsahara-Frage weiterhin die Geschicke des Landes und des algerischen Volkes lenken zu können. Wie üblich spielte das Fehlen einer einheitlichen politischen Führung mit einem Programm für einen revolutionären Wandel eine entscheidende Rolle dabei, dass die algerische Volksbewegung ihre grundlegenden Ziele nicht erreichen konnte. Andererseits ist das, was heute im Rahmen der Neuordnung der Beziehungen in der arabischen Welt geschieht, Teil eines noch nie dagewesenen, öffentlichen Normalisierungsprozesses mit dem zionistischen Feind, auf Kosten des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Sache, den wir endgültig beenden wollen. In den letzten Tagen seiner Amtszeit hat sich Trump mit einigen Regimen in der Region im Rahmen politischer Verhandlungen geeinigt, welche für die US-Regierung im Allgemeinen kennzeichnend sind und die mit diesem populistischen Pro-Zionisten ihren Höhepunkt erreicht haben.

So schloss der König von Marokko, Mohammed VI.,

einen Tauschhandel mit dieser Regierung ab, welcher zum Inhalt hatte, dass die USA den „marokkanischen Charakter der Sahara“ anerkannten, während das marokkanische Marionettenregime im Gegenzug seine uneingeschränkte Bereitschaft zum Normalisierungsprozess mit dem Zionismus zusicherte, indem es ein Abkommen über sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit ihm unterzeichnete. Das sudanesischen Militärregime ging den gleichen Weg und tauschte die Streichung seines Landes von der Liste der „Staaten die den Terrorismus unterstützen“ und das Öffnen des Hahns der „wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe“ gegen die Bereitschaft zur Normalisierung und das Öffnen der Türen für die zionistische Struktur, um die Kontrolle und Übernahme des landwirtschaftlichen Potenzials des Landes zu ermöglichen.

Was den Normalisierungsprozess auf Seiten der Emirate und Bahrains anbelangt, so sind sie in ihrem Bündnis mit der machthungrigen Struktur schon sehr weit fortgeschritten. Dieser Normalisierungsprozess basierte auf der Idee, „der iranischen Bedrohung der Sicherheit in der Region entgegenzuwirken“. Wir wissen, dass die Marionettenregime am Golf weiterhin die Rolle der Sponsoren für imperialistische und zionistische Projekte in der Region einnehmen, mit dem Ziel die palästinensische Sache zu begraben und die Rechte des palästinensischen Volkes zu unterminieren (wirtschaftliche Normalisierung, Deal des Jahrhunderts usw.). Dies ist Teil der Neuordnung der Region im Rahmen des so genannten „Neuen Nahen Ostens“, in welchem die zionistische Bande eine beherrschende Stellung einnehmen möchte (und in dessen Kontext sie den Traum von einem gemeinsamen Markt des Nahen Ostens zu verwirklichen beginnt).

In diesen allgemeinen Rahmen passen die eingangs erwähnten Veränderungen, die das Wesen der neuen Situation, welche aktuell vorbereitet wird, und das Kalkül jeder daran beteiligten Partei, insbesondere der saudischen Seite, zeigen. Diese neue Situation wird nur ein dunkles Zeitalter hervorbringen, in dem sich alle arabischen Tyrannen vereinen werden. Das heißt aber nicht, dass den saudischen und arabischen Reaktionären der Weg frei ist, mit den arabischen Völkern und insbesondere mit der palästinensischen Sache zu machen, was sie wollen. Die arabischen Völker werden nicht aufgeben, auch wenn ihr Kampf Momente des Niedergangs erlebt, auch wenn Apathie, Frustration und Verzweiflung bestimmte Sektoren in dieser oder jener Phase ergreifen. Ebenso werden das palästinensische Volk und sein Widerstand, die weiterhin neue Realitäten vor Ort erzwingen, nicht kapitulieren. Mit einem Satz: Tyrannei, Armut, Hunger, Korruption, Besatzung, Verwüstung und systematische Zerstörung der arabischen Völker und ihres Potenzials sind Faktoren, die es ihnen nicht erlauben werden Demütigung und Unterwerfung zu akzeptieren. Im Gegenteil ist es sicher, dass die arabischen Völker sich dieser Situation stellen und weiter kämpfen werden, bis sie den Sieg erringen.



Tyrannie ist eine Folge des sozialen Übels

Die arabischen Marionettenregime und die reaktionären Klassen, die ihre gesellschaftliche Basis bilden, praktizieren die hässlichsten Formen der Tyrannie, Unterdrückung und Unterwerfung ihrer Völker. In den meisten arabischen Ländern, deren Bevölkerung von monarchischen, militärischen oder autoritären Regimen regiert wird, sind die Freiheiten beseitigt. In den Gefängnissen sitzen immer noch Tausende von politischen Gefangenen und Gewissenshäftlingen. Das Recht auf Organisation, Meinungsäußerung und Demonstration ist abgeschafft.

Die politische Tyrannie ist ein Deckmantel für Abhängigkeit, Ausbeutung und Korruption. Unsere Region ist trotz ihres natürlichen, unterirdischen und landwirtschaftlichen Reichtums und Potenzials noch immer in einer strukturellen Abhängigkeit vom ausländischen Kapital gefangen und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen sind noch immer rückständig, zerbrechlich und abhängig von den Lobbys einer familien- und klassengebundenen Profitwirtschaft. Ausgrenzung, Armut, Analphabetismus und Verfolgung nehmen zu. Frauen und ethnische, religiöse und kulturelle Minderheiten sind die Hauptziele der Unterdrückung. Es gibt keinen deutlicheren Beweis dafür als einige alarmierende Zahlen, die von offiziellen internationalen Gremien veröffentlicht wurden: Laut Statistiken der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) liegt die Zahl der Armen in der arabischen Region im Jahr 2022 bei rund 130 Millionen Menschen (ein Drittel der Bevölkerung). Es wird erwartet, dass diese Zahl bis 2024 noch steigen wird. Im selben Jahr verzeichnete die arabische Region mit 12 Prozent auch die höchste Arbeitslosenquote der Welt. Die Analphabetenrate in der arabischen Region wird laut dem Bericht über die einheitliche arabische Wirtschaft im Jahr 2022 auf etwa 24,6 Prozent geschätzt und ist damit die höchste aller Regionen der Welt, mit Ausnahme von Afrika

südlich der Sahara (33,9 Prozent). Die Erwerbsquote der arabischen Frauen wird nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2020 bei 18,4 Prozent liegen, was im Vergleich zum globalen Durchschnitt von 48 Prozent die niedrigste Quote der Welt ist.

Hinzu kommt, dass bestimmte arabische Gebiete besetzt sind (Irak, Syrien, Libyen usw.) und von den Besatzern geplündert werden können. Gleichzeitig sehen wir verschiedene Bewegungen, besonders im Irak, die die Besatzung ablehnen und den Abzug der US-Truppen fordern. Auch auf den Golanhöhen gibt es immer

wieder Bewegungen der Bevölkerung, insbesondere der Drusen, die sich gegen die zionistische Besatzung stellen. In der Westsahara sind die fortschrittlichen Kräfte nach wie vor mit Übergriffen konfrontiert, die insbesondere Aktivisten und Besatzungsgegner treffen. Palästina und seine heiligen Stätten (Jerusalem) sind einem ständigen Prozess der Judaisierung und Zionisierung unterworfen, der von Ermordungen, Vertreibungen und Verhaftungen begleitet wird.

Die Proteste haben nie aufgehört

Es ist unvermeidlich, dass all diese Faktoren die arabischen Völker zurück in die Arena des Kampfes treiben werden. Die Bewegungen und Proteste haben nie aufgehört, sondern gehen in der einen oder anderen Form in den meisten arabischen Ländern weiter. Aber hier geht es um ihre Umwandlung in Massenaufstände, die darauf abzielen, reaktionäre Marionettenregime zu stürzen, die Heimatländer zu befreien und die Einheit auf einem soliden Fundament zu erreichen, bestehend aus nationaler Souveränität, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Was das palästinensische Volk angeht, so gehen trotz der starken Normalisierungsprozesse und trotz der destruktiven Rolle, die die Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas spielt, alle Formen des Widerstands in Jerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen sowie in den Kerkern des Besatzungsregimes weiter, in welchen eine Gefangenenbewegung existiert, die einen erbitterten Kampf zur Verteidigung ihrer Sache und Identität führt. Dem bewaffneten palästinensischen Widerstand ist es gelungen, den Besatzern eine neue Realität aufzuzwingen, wie zahlreiche Zeugenaussagen belegen. Zu den Entwicklungen, die in der palästinensischen Realität eine entscheidende Rolle spielen werden, gehört die positive Entwicklung, die wir bei der „Einheit vor Ort“ beobachten können, da diese Veränderungen alle Regionen des besetzten Palästinas umfassen, einschließlich der Gebiete von

1948 und des Westjordanlandes, das unter der Autorität von Mahmoud Abbas und seinen Sicherheitskräften steht, die gemäß den „Dayton-Abkommen“ zum Wächter für die Besatzungsarmee geworden sind. Durch die „Sicherheitskoordination“ und die „Einheit der Waffen“ konnten die Widerstandsgruppen einen gemeinsamen Operationsraum schaffen, um ihre Aktionen zu koordinieren. Hinzu kommt, dass sich die Lage in Palästina politisch zum Nachteil der Kräfte der Beschwichtigung, der Komplizenschaft und der Kapitulation entwickelt, die von der Abbas-Behörde vertreten werden. Diese Überzeugung verankert sich immer tiefer im Bewusstsein der palästinensischen Massen, insbesondere in einer Zeit, in der die zionistische Einheit von den zionistischen Extremisten angeführt wird, die keinen Hehl aus ihren Absichten machen, das palästinensische Volk zu vernichten und die Besetzung seines Landes weiter auszudehnen und zu verewigen.

Befreiung und Einheit: Parolen der kommenden Phase
Die arabischen Völker brauchen Befreiung und Einheit, Freiheit von der zionistischen Besetzung Palästinas, der Golanhöhen und einiger Dörfer im Südlibanon sowie von den US-amerikanischen, türkischen, britischen, französischen und spanischen Besetzungen mehrerer Teile der arabischen Welt. Sie müssen außerdem von allen Formen neokolonialer wirtschaftlicher, politischer und kultureller Vorherrschaft und allen auf ihrem Land errichteten Truppen- und Flottenstützpunkten befreit werden. Des Weiteren müssen sie sich auch aller reaktionären Systeme, Klassen und Gruppen entledigen, die sie in enger Verbindung mit ausländischen Kolonialmächten regieren.

Es besteht kein Zweifel daran, dass dieses Ziel nur von den arabischen Völkern selbst erreicht werden kann, in erster Linie von den Arbeitern in den Städten und auf dem Land, den Massen der Ausgegrenzten und Benachteiligten, der Mehrheit der Frauen, der Jugendlichen, der Intellektuellen, der Kulturschaffenden und der ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten, die ein wahrhaftiges Interesse an der Befreiung und Emanzipation haben. Bei den Revolutionen in den arabischen Ländern wird es sich im Allgemeinen um nationale, demokratische, volksnahe und soziale Revolutionen handeln, auch wenn jede von ihnen ihre eigenen Merkmale aufweisen wird. Sie werden keinen endgültigen Sieg erringen, solange sie nicht zu einer einzigen Kette vereint werden, obgleich diese Revolutionen schwer in einem Zug zu erreichen sein werden. Es ist wahrscheinlicher, dass es in den arabischen Ländern zu Revolutionen kommen wird, wenn die Bedingungen in einem oder mehreren Gliedern der Kette reifen. Dies kann das Heranreifen der Bedingungen in anderen Gliedern aufgrund der Nähe und der Ähnlichkeit der allgemeinen

Umstände erheblich unterstützen.

Die arabischen Revolutionen brauchen eine revolutionäre Führung. Dies wurde bisher durch verschiedene

lokale Rebellionen, Aufstände und Bewegungen bestätigt. Die größte Schwäche ist das Fehlen einer solchen Führung. Dies hat es den reaktionären Regimen ermöglicht, mit Unterstützung externer kolonialer und reaktionärer Mächte, die Revolutionen abzubrechen oder zu sabotieren, sie in Blut zu ertränken oder sie abzulenken. Dadurch wird es dringend erforderlich, dass wir alle der Entwicklung des subjektiven Faktors der Revolution in unseren Ländern die größte Bedeutung beimessen, welche Opfer es uns auch immer abverlangen wird. Die revolutionären, patriotischen und fortschrittlichen Kräfte kämpfen immer noch an verschiedenen Fronten, mit dem Ziel die Bedingungen des Kampfes zu verbessern und das Kräfteverhältnis zugunsten der arbeitenden Massen zu verschieben, ungeachtet des Ausmaßes an Repressionen und Angriffen, denen sie sich in verschiedenen Ländern ausgesetzt sehen. Die quantitative und qualitative Weiterentwicklung dieser Kräfte erfordert jedoch weiterhin enorme Anstrengungen. Es besteht kein Zweifel darin, dass die Grundvoraussetzung für den Erfolg die Klarheit der politischen Linie ist: Solange die Zielsetzung klar ist, werden Fortschritte in der Organisation, Aktivität und Verankerung unter den Massen möglich und wirksam sein. Es kann allerdings keine Klarheit der politischen Linie ohne ideologische und theoretische Klarheit geben und hier liegt die Verantwortung bei den marxistisch-leninistischen Kräften, diese Klarheit zu schaffen.

Eine komplexe Situation, die eine gründliche Analyse erfordert

Die Situation in den arabischen Ländern (und im Nahen Osten im Allgemeinen) ist äußerst komplex, was es zwingend erforderlich macht, die Konturen zu erfassen, die Details zu analysieren, um zu den notwendigen Schlussfolgerungen und soliden Aktionsprogrammen für die strategische und taktische Ebene zu gelangen. Aufgrund der geografischen Lage, des enormen Reichtums, der Märkte und der strategischen Zentren gibt es in dieser Region viele äußere und innere Feinde. In diesen Situationen den richtigen Standpunkt einzunehmen, gleicht der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Die eigene Schwäche der patriotischen und fortschrittlichen Kräfte veranlasst diese manchmal dazu, Entscheidungen zu treffen und Bündnisse mit ungewissen Folgen einzugehen, weil sie Feind und Freund verwechseln und glauben, dass diese Bündnisse ihnen helfen würden ihre Schwäche zu überwinden, ohne sich dabei jedoch bewusst zu machen, dass jede intervenierende Kraft, ob ausländisch oder arabisch, ihr eigenes Kalkül verfolgt. All dies steht natürlich nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz, die Feinde klar zu definieren und eine Klassifizierung vorzunehmen, die es uns ermöglicht, die Hauptfeinde zu bestimmen, um ihnen zuerst entgegenzutreten. Was jedoch für den Erfolg dieser Mission gewährleistet sein muss, ist die Unabhängigkeit von Zielsetzung, Programm, Taktik und Strategie.

Wir werden nicht auf alle mit diesem Problem zusam-

menhängenden Fragen eingehen können, denn sie sind zahlreich und vielfältig und ihre Beantwortung liegt letztlich in der Verantwortung der betreffenden Parteien und Organisationen. Es gibt jedoch einige Fragen allgemeiner Art, die uns alle in den arabischen Ländern tangieren. Diese Fragen fallen in den internationalen Bereich. Kurz gesagt: es besteht kein Zweifel daran, dass der US-Imperialismus und sein zionistischer Schützling zusammen mit ihren westlichen Verbündeten die Hauptfeinde der arabischen Völker sind. Dies muss nicht erst bewiesen werden.

Eine immer weniger diskrete Präsenz Chinas

Aber jede einheitliche revolutionäre Partei sollte nicht dabei stehen bleiben die Hauptfeinde nur zu benennen, denn es ist außerdem ihre Pflicht, ein globales Verständnis der Situation und der Natur der am Konflikt beteiligten Kräfte in der Region zu haben. Durch die Analyse der internationalen Situation haben wir die hegemoniale imperialistische Rolle der aufstrebenden Macht China und die „friedlichen“ wirtschaftlichen und finanziellen Methoden aufgezeigt, die sie anwendet, um ihren Platz in der Rangliste der imperialistischen Mächte zu verbessern, mit dem Ziel, in nicht allzu ferner Zukunft den ersten Platz vom US-Imperialismus zu übernehmen. Diese Methoden, die derzeit auf der Idee „Geld und Handel an erster Stelle“ beruhen, sind irreführend und ermutigen bestimmte politische Kräfte China als „Freund“ zu betrachten und die Idee zu vertreten, dass die chinesische (oder russische) Hegemonie besser sei als die US-amerikanische, als ob es darum ginge, die eine Hegemonie der anderen vorzuziehen. In diesem Zusammenhang genügt es, ein konkretes Beispiel anzuführen, um den Irrtum dieser Position zu demonstrieren, nämlich das Beispiel der Beziehungen Chinas zur zionistischen Struktur.

Die Position der chinesischen Führung zur palästinensischen Frage unterscheidet sich nicht von der Position der übrigen imperialistischen Mächte, die eine „Zweistaatenlösung“ anstreben und sich auf die Osloer Konferenz berufen. Dies geht aus den „vier Punkten“ hervor, die im Programm des derzeitigen chinesischen Präsidenten Xi Jinping enthalten sind und darauf abzielen, „die globalen Angelegenheiten auf friedliche und partizipative Weise zu regeln“. Kurz gesagt: China betrachtet die Länder der Region, einschließlich Palästina und seiner zionistischen Besatzer, nur als Teil der Neue-Seidenstraße-Initiative, also nur vor dem Hintergrund der Vorteile, die es daraus ziehen kann. Dies geht eindeutig aus der Intervention des chinesischen Botschafters bei den Vereinten Nationen im Jahr 2017 hervor, als er erklärte: „China betrachtet Palästina und Israel als wichtige Partner in der Neue-Seidenstraße-Initiative. Es sei bereit, im Rahmen dieses Konzepts an Friedensbemühungen mit zu arbeiten, mit dem Ziel Palästina und Israel zu einer Zusammenarbeit zu bewegen, welche beiden Seiten zugutekommt.“ Um den Wahrheitsgehalt dieser Äußerungen zu verstehen, genügt es auf die wirtschaftliche und kommerzielle Entwicklung zwischen China und der „zionistischen Struktur“ in den letzten Jahren hinzuwei-

sen, die auf Kosten des palästinensischen Volkes und seiner geraubten Heimat geht.

Seit 2020 ist China zum größten Exporteur von Waren in die „zionistische Struktur“ geworden. Der Wert der chinesischen Investitionen in diese „Struktur“ beläuft sich auf 19 Mrd. USD, die sich auf den Hochtechnologiektor und Infrastrukturprojekte verteilen. Darüber hinaus hat China in den Hafen von Haifa und in die Straßenbahn investiert, insbesondere in die „Rote Linie“, die die Siedlungen in der besetzten palästinensischen Küstenebene verbinden wird. In diesem Zusammenhang erwarb das chinesische Unternehmen Bright Food im Jahr 2014 56% der Aktien des israelischen Unternehmens Tnuva, wodurch es das Unternehmen für zweieinhalb Milliarden US-Dollar übernehmen konnte. Auf der Grundlage dieser Fakten kann China nur als hegemonialer imperialistischer Staat behandelt werden und die Widersprüche zwischen ihm und dem US-Imperialismus können nur unter Berücksichtigung dieser Realität ausgenutzt werden.

Im Gegensatz zur wachsenden chinesischen Präsenz in der arabischen Levante und im Nahen Osten im Allgemeinen, ist diese Präsenz in den Ländern Nordafrikas nach wie vor schwach, sei es auf wirtschaftlicher, finanzieller oder militärischer Ebene. China ist die Weltmacht, die in Libyen am wenigsten präsent ist, trotz seiner engen Beziehungen zum ehemaligen Gaddafi-Regime. Was die übrigen Länder betrifft, so ist ihre Präsenz unbedeutend im Vergleich zum traditionellen europäischen und US-amerikanischen Imperialismus mit wirtschaftlichem, kulturellem und militärischem Einfluss in der Region (die Sechste Flotte der USA im Mittelmeer und die AFRICOM-Truppen mit Sitz in Deutschland). Was ist mit dem russischen Imperialismus?

Man beachte auch den Beginn des Auftauchens Russlands durch das Anfang Juni 2023 zwischen Tebboune und Putin unterzeichnete Abkommen über eine strategische Partnerschaft im Rahmen der Suche Algeriens nach Allianzen, um es vor den Schikanen der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs zu schützen, die in der Sahara-Frage auf der Seite des marokkanischen Regimes stehen. Es sei daran erinnert, dass Algerien vor einiger Zeit einen Antrag auf Mitgliedschaft in den „BRICS“ gestellt hat, als es gleichzeitig wichtige Abkommen mit Italien schloss, um das Land und darüber hinaus Europa mit größeren Erdgasmengen zu versorgen, um die Unterbrechung der russischen Lieferungen an den europäischen Kontinent auszugleichen.

Was wir über China gesagt haben, kann auch über Putins Russland gesagt werden, dem bestimmte „fortschrittliche“ Kräfte applaudieren, weil es sich dem US-Imperialismus widersetzt, ohne die Natur dieser Opposition zu untersuchen. Russland hat in Syrien nur interveniert, um seine Interessen zu verteidigen und es hat versucht sich mit anderen imperialistischen Mächten, allen voran den Vereinigten Staaten, abzustimmen, damit es keinen „Interessenkonflikt“ gibt. Die Wagner-Milizen wurden

zeitweise zu einem wichtigen militärischen und politischen Akteur im Osten und Westen Libyens, neben den übrigen intervenierenden regionalen und internationalen Mächten.

Russland unterhält auch fortgeschrittene Beziehungen zur zionistischen Struktur, auch trotz einiger Spannungen, die aufgrund des Krieges in der Ukraine entstanden sind. Die zionistische Struktur hat darauf verzichtet, sich öffentlich, eindeutig und vollständig auf die Seite der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu stellen, um seine Interessen gegenüber Putins Russland zu wahren. Die wichtigsten Bereiche der russisch-israelischen Zusammenarbeit sind Weltraumforschung, Verkehr, landwirtschaftliche und industrielle Technologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Metallverarbeitung usw.

Eine klare Auffassung und eine unabhängige Linie

Dies sind zwei Beispiele, die für die internationalen Beziehungen von Interesse sind. Es lassen sich weitere Beispiele anführen, die die Beziehungen zu regionalen Mächten wie der Türkei, dem Iran, arabischen Regimen usw. betreffen. Was uns leiten sollte, ist eine unabhängige Auffassung auf der Grundlage einer konkreten Klassenanalyse, sei es der lokalen, als auch der regionalen und internationalen Verhältnisse. Wer eine solche Auffassung hat, wird keinen Fehler machen, auch wenn taktisches Kalkül und das Kräfteverhältnis ihn zwingen, bestimmte Widersprüche zu seinem Vorteil auszunutzen. Aber in keinem Fall darf dieses taktische Kalkül in eine strategische Linie umgewandelt werden.

Was wir über die Beziehungen zu internationalen und regionalen Mächten gesagt haben, lässt sich auch auf die internen Kräfte übertragen. Die arabische politische Bühne ist voll von den verschiedensten Strömungen. Vor allem rechtsreligiöse Bewegungen nehmen einen wichtigen Platz ein. Es ist daher unerlässlich, eine eigenständige Sichtweise der verschiedenen innenpolitischen Kräfte und Bewegungen zu entwickeln, um zu bestimmen, wie man mit ihnen entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes umgeht. Die Situation in Palästina ist nicht dieselbe wie in Tunesien, die im Libanon oder in Marokko ist nicht dieselbe wie in Syrien, im Irak oder in Ägypten usw.

Auf dieser Grundlage ist unsere Partei aufgerufen, eine aktivere Rolle auf der arabischen Ebene zu spielen. Diese Aktivität muss alle ideologischen, theoretischen,

politischen und praktischen Bereiche umfassen. Seit unserem letzten Kongress hat unsere Partei zahlreiche Initiativen ergriffen, um mit den linken und fortschrittlichen Kräften im Maghreb und im arabischen Raum in Verbindung zu treten. Sie hat zahlreiche Erklärungen zur Situation in der Region mit den folgenden Parteien abgegeben: dem Demokratischen Weg der Arbeiter in Marokko, der Bewegung „Wir können“ in Mauretanien, der Kommunistischen Partei des Libanon, der Volksfront für die Befreiung Palästinas, der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas, der Partei der Volkseinheit Jordaniens, der Demokratischen Volkspartei Jordaniens, die Sudanesisch-Kommunistische Partei, die Palästinensische Volkspartei, die Kuwaitische Fortschrittsbewegung, die Ägyptische Partei für Brot und Freiheit, die Ägyptische Sozialistische Volksallianz, die Algerische Sozialistische Arbeiterpartei, das Bahrainische Fortschrittsforum, das Kollektiv der saharauischen Menschenrechtsverteidiger (CODESA).

Eine gemeinsame maghrebische Erklärung zum sicherheitspolitisch-militärischen Abkommen zwischen dem marokkanischen Regime und dem zionistischen Feind wurde ebenfalls veröffentlicht und von linken und nationalistischen tunesischen Kräften unterzeichnet. Wir müssen diese Beziehungen weiterentwickeln und sie aus dem Kreis der Diskussion herausführen, indem wir gemeinsame Erklärungen veröffentlichen und ideologische Ferntreffen veranstalten, bis hin zur Organisation gemeinsamer Arbeit vor Ort.

Unsere Parteien und Organisationen sind aufgerufen, sich ideologisch, theoretisch, politisch, organisatorisch und vor Ort weiterzuentwickeln. Die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und die Verbreitung seiner Prinzipien ist eine wesentliche Frage, denn er muss uns als Kompass für das Verständnis unserer heutigen Welt dienen. Was die politische Ebene betrifft, so müssen unsere Parteien und Organisationen die Frage der Revolution und der Machtergreifung als das zu erreichende Ziel im Auge behalten und dementsprechend die notwendigen Pläne ausarbeiten und sich nicht mit der Rolle der „gewöhnlichen“, um nicht zu sagen der „reformistischen“, Opposition begnügen, die im Alltag untergeht und das Hauptziel unter dem Vorwand der „schwierigen Umstände“ und des „Ungleichgewichts der Machtverhältnisse“ vergisst. In erster Linie muss der Wille zur Revolution und zur Machtergreifung vorhanden sein. Wenn der Wille da ist, werden die Mittel gefunden werden, wie Lenin sagte.

Die andauernde Verwirrung in den Imperialismus-Debatten

Es gab einmal die These vom „kollektiven Imperialismus“. Sie wurde in den Jahren aufgestellt, als die Welle der „Globalisierung“ überall tobte. Nach dieser These beherrschten alle imperialistischen Staaten kollektiv andere Länder und Kriege zwischen Imperialisten gehörten demnach der Vergangenheit an. In Deutschland wurde diese These z.B. von einem Flügel der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vertreten, dessen Sprecher Leo Mayer war. Die Weltwirtschaftskrise 2008 machte, wie vieles andere auch, eine „Aktualisierung“ dieser These notwendig. Von nun an bildeten nur noch die USA und die NATO-Staaten den „kollektiven Imperialismus“. In ihrem Fadenkreuz standen Russland und China.

Die wirtschaftliche Grundlage der These war der Übergang zum „transnationalen“ oder „übernationalen“ Monopolkapitalismus. In dem Maße, wie die Eigentumsstruktur einen „transnationalen“ Charakter annahm, entstanden neue „supranationale“ Formationen auf der Ebene der Staaten. Das „transnationale Kapital“ spiele die Nationalstaaten gegeneinander aus, um sich günstigere Bedingungen zu sichern. Zwischenstaatliche Widersprüche blieben nicht aus, aber die „supranationale Organisation des transnationalen Kapitals“ verhindere, dass diese Widersprüche gefährliche Dimensionen annehmen...

Es ist verlockend, der Anziehungskraft der Oberflächlichkeit zu erliegen, vor allem wenn sie ständig durch verschiedene Erscheinungsformen angeblich „bestätigt“ wird. Aber wir können hier dem Leser umgehend versichern, dass wir uns in diesem Artikel nicht mit der These des „kollektiven Imperialismus“ aufhalten werden. Denn diese These ist bereits durch das Leben widerlegt worden. Nun ist aber die Vielfalt des Lebens so, dass sie auch immer wieder zur Entstehung neuer Arten von Thesen führt. Die Befürwortung des Endes der „unipolaren“ Welt und des Übergangs zu einer „multipolaren“ Welt ist eine davon. Gehen wir zunächst auf dieses Argument ein. Anschließend werden wir versuchen am Beispiel der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) zu konkretisieren, dass die berechtigte Kritik des Falschen keine Garantie für die richtige Antwort ist.

Uni- oder Multipolar?

Spätestens seitdem Ukraine-Krieg steht die Frage der „internationalen Ordnung“ bekanntlich im Mittelpunkt intensiver Debatten. In unseren früheren Ausgaben

haben wir uns mit einigen Aspekten dieser Debatten befasst. In der folgenden Diskussion geht es um die Metapher der „Polarität“. Fragen wie „ist die heutige kapitalistische Welt unipolar, bipolar, multipolar oder nicht-polar? Welche dieser Optionen birgt Gutes für die Arbeiter und Völker?“ stehen dabei im Vordergrund.

Bei Diskussionen rund um die Frage der Polarität wird der Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg als Ausgangspunkt genommen und im Allgemeinen eine Einteilung wie folgt vorgenommen: Bipolarität zwischen 1945-1990, Unipolarität zwischen 1991-2008 und Multipolarität seit 2009. Einige sehen die gegenwärtige Situation jedoch eher als einen Übergang von der Unipolarität zur Multipolarität. Ihrer Meinung nach ist die Hegemonie der Vereinigten Staaten immer noch außerordentlich stark. Während Staaten wie China und Russland versuchen, diese Unipolarität zu durchbrechen, kämpfen die USA dagegen an. Die Schaffung einer Multipolarität wäre für die arbeitenden Klassen und Völker von Vorteil, so die Behauptung. Dieser Standpunkt wird auch indirekt von Putin und Xi Jinping unermüdlich propagiert!

Vorweg sollten wir die folgende Frage beantworten: Ist Unipolarität im Rahmen des Imperialismus möglich? Wir wissen, dass das Faktum Imperialismus mindestens zwei konkurrierende imperialistische Staaten bedingt. Dies liegt daran, dass das Monopol die Konkurrenz, aus der es entsteht, nicht beseitigen kann. Es kann den Wettbewerb vorübergehend einschränken oder unterdrücken, aber nicht beseitigen. Damit eine imperialistische Macht alle anderen imperialistischen Mächte vollständig beseitigen kann, müsste sie die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus und die materiellen Beziehungen und Widersprüche, die eine solche Entwicklung ermöglichen, beseitigen. In diesem Sinne ist die Antwort auf unsere Frage klar: Unipolarität ist nicht möglich.

In der Geschichte kann es aber vorkommen, dass eine ganz ausserordentliche, besondere Periode entsteht; eine Periode, deren Vergänglichkeit -weil es eine besondere ist- von Anfang an bestimmt ist. Die Zeit nach 1989/1991, d.h. die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des „Ostblocks“, war beispielsweise eine solche Periode. Unter den damals gegebenen Machtverhältnissen konnten die USA das durch den Zusammenbruch der SU entstandene Vakuum ausfüllen, was sie auch taten. In einem Artikel in „Foreign Affairs“ in jenen Jahren, hieß es, ein „unipolarer Moment“ sei möglich. Der Autor des Artikels, Charles Krauthammer, kam zu folgender Einschätzung: „Die Welt nach dem Kalten

Krieg ist nicht multipolar, sie ist unipolar. Im Zentrum der Welt steht unbestritten eine Supermacht, die USA, zusammen mit den westlichen Verbündeten.“ Gleich in der nächsten Zwischenüberschrift sieht sich der Autor jedoch veranlasst, hinzuzufügen: „ Multipolarität wird sich zweifelsohne einstellen.“

Für unsere Frage spielt es allerdings keine Rolle, ob dieser Zustand bis 2008 andauerte oder nicht, wie in der obigen groben Einteilung dargestellt wurde. Wichtig ist es festzuhalten, dass die Multipolarität kein Zustand ist, den es erst zu erreichen gilt, sondern schon die Realität unserer Zeit selbst ist. So ist zum Beispiel die Konfrontation zwischen den USA und China Teil des Kampfes um die Vorherrschaft zwischen gewissen imperialistischen Staaten im Weltmaßstab. Was aber, wenn einige dieser Pole nicht imperialistisch sind? Was, wenn es zum Beispiel, wie die DKP behauptet, eine „antiimperialistische Macht“ unter ihnen gibt, oder sogar eine „Macht auf dem Weg zum Sozialismus“?

Wenn man den Begriff des Imperialismus mit den USA gleichsetzt und Russland und China nicht als imperialistische Mächte ansieht, steht man natürlich jeder Entwicklung positiv gegenüber, die die USA und ihre Verbündeten untergräbt oder erschüttert. Und man wird „hoffnungsvoll“, vor allem, wenn man, wie die DKP, Russland nicht als imperialistische Macht sieht, sondern als ein Land, das angesichts der Aggression der westlichen Imperialisten „gezwungen ist, eine antiimperialistische Außenpolitik zu betreiben“!

Das ist die Analyse, die wir vor uns haben: Auf der einen Seite gibt es Länder „mit eindeutig imperialistischem Charakter“ (die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und ihre internationalen Organisationen wie die NATO und die EU). Auf der anderen Seite stehen „kapitalistische Länder, die oft durch imperialistische Aggressionen gezwungen sind, eine antiimperialistische Außenpolitik zu betreiben. Dazu gehören unter anderem Brasilien, Südafrika, die BRICS und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.“ Und schließlich China als „eine antiimperialistische Macht auf dem Weg zum Aufbau des Sozialismus“!

Wenn man die Situation auf diese Weise betrachtet, ist die daraus resultierende Schlussfolgerung auch nicht überraschend: „Wenn wir in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit sprechen, den Trend zur ‚Multipolarität‘ zu begrüßen, so hat dies nichts mit Illusionen zu tun. Dies ist noch nicht das Stadium, in dem der Sozialismus von Triumph zu Triumph eilt. Aber es ist eine Etappe, die wahrscheinlich den Weg dorthin ebnet wird. Es kann eine Etappe sein, in der das Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Antiimperialismus ausgewogener ist. Und dass dies ein Fortschritt ist, wird von vielen Völkern außerhalb Europas ganz deutlich gespürt.“ Das Schöne an solchen Analysen ist, dass sie den Schein der Differenziertheit tragen, da man ja nicht „alles“ Imperialismus nennt. Das Betrübliche daran ist jedoch, dass es sich bei genauerer Betrachtung um eine enorme Horizontverengung, um eine Oberflächlichkeit im theoretischen Verständnis einiger Kreise handelt, die

vorgeben, im Namen der Linken und sogar des Marxismus-Leninismus zu handeln, und es, um deren blinde Bewertung von offenen Konfrontationen, also der direkten Kriegsvorbereitungen der großen imperialistischen Staaten geht. Ferner werden die demagogischen Reden, die von Imperialisten wie China und Russland in diesem Prozess offeriert werden, übernommen, sogar „bejubelt“ und zum Anlass für „Hoffnung“ gemacht. In Anbetracht dieser Lage ist die Mannigfaltigkeit falscher Imperialismus-Analysen nicht verwunderlich.

Es braucht nicht viel Abstraktionskraft, um erkennen zu können, dass wachsende Konfrontation und Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten auch der Arbeiterklasse und den werktätigen Völkern neue Chancen und Möglichkeiten eröffnen kann. Diejenigen, die auf die Ereignisse und Entwicklungen nicht auf der Ebene von Staaten, sondern von der Perspektive der Klassen und Klassenkämpfen blicken, wissen jedoch, dass die Ausnutzung von eventuellen Chancen einen bestimmten Organisations- und Kampfniveau voraussetzt. Wenn die Arbeiterklasse nicht organisiert ist und über keine starke offene Bewegung verfügt, auf die sie sich stützt, wenn sie über keine unabhängige politische Linie im Allgemeinen und eine Partei verfügt, die diese garantiert, werden diese eventuellen Chancen nicht von der Arbeiterklasse und den werktätigen Völkern genutzt, sondern von der Monopolbourgeoisie in diesem oder jenem Land. Mehr noch, die durch die Verschärfung der Widersprüche sich offenbarende Zersetzungen werden durch die herrschende Klassen als Möglichkeiten verwendet, um die Arbeiter und Werktätigen zu instrumentalisieren und sie für die Interessen der Monopolbourgeoisie ins Feld zu führen.

Solange sich also die erwähnten Machtverhältnisse zwischen den Klassen nicht ändern, bedeutet „Multipolarität“ letztlich die noch deutlichere Verschärfung der zwischen-imperialistischen Widersprüche als heute, das Entstehen neuer Stellvertreterkriege, das Erstarken reaktionärer Kräfte und des Militarismus, die Ausbreitung des Giftes des Nationalismus, das Hineinziehen von Völkern in neue Katastrophen usw. Sind dies nicht bereits die vorherrschenden Tendenzen? Liegt es unter den gegebenen Bedingungen der Machtverhältnisse zwischen den Klassen nicht auf der Hand, dass die Entlarvung der Kräfte und Tendenzen hinter der Phrase der „Multipolarität“, die Aufdeckung des wahren Inhalts des unter dieser Flagge stattfindenden Kampfes und die Warnung der Völker darüber der einzige revolutionäre Weg ist? Diese Lage „begrüßen“, indem man das Narrativ eines der Pole verinnerlicht, bedeutet verblendet zu sein - eine Verblendung, die aus dem Verlust der Klassenperspektive sich zwangsläufig ergibt.

Die imperialistische Pyramide

Bei der KKE kann man natürlich nicht von einer solchen Verneblung der Vernunft sprechen. Im Gegenteil, für die KKE ist der imperialistische Charakter Chinas und Russlands klar. So argumentieren laut KKE die Opportunisten in Griechenland und anderen Ländern der Welt, „dass die kapitalistische Restauration in den

ehemals sozialistischen Ländern den Kalten Krieg abgeschafft habe und die Welt daher multipolar – somit auch „besser“ – geworden ist, d.h. sie hat viele Zentren und neue Mächte, [...] während sie die Tatsache ‚vergessen‘, dass diese neuen ‚Zentren‘ und ‚Mächte‘ auf der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, auf der Dominanz der Monopole in der Wirtschaft beruhen, d.h. dass wir es mit neuen imperialistischen Mächten im Aufwind zu tun haben.“ Ebenso hält die KKE es nicht für richtig, den Imperialismus mit den USA gleichzusetzen. Darüber hinaus kritisiert sie viele rechtsopportunistische und oberflächliche Ansätze in der Imperialismus-Debatte. So kritisiert sie zurecht „die Propagierung des Imperialismus als etwas vom Kapitalismus Verschiedenes und Getrenntes, als ein von der ökonomischen Basis des Kapitalismus losgelöstes politisches Konzept“ und stellt richtig fest, dass sich daraus viele falsche Analysen des Imperialismus ergeben.

Doch wie wir oben festgestellt haben, ist die berechtigte Kritik des Falschen keine Garantie für die richtige Antwort. Und diese allgemeine Wahrheit gilt leider auch für die KKE. In der Tat hat die KKE ein kurioses Konzept entwickelt, um ihre Position in diesen Debatten darzulegen. Sie spricht als Metapher für ihr Konzept von der „imperialistische Pyramide“. Diese Pyramide soll die hierarchische Struktur der herrschenden Verhältnisse im imperialistischen Weltsystem widerspiegeln. An der Spitze stehen die mächtigsten imperialistischen Staaten, während die Macht über die Mitte nach Unten abnimmt. Die KKE verweist auf das Phänomen des „internationalen imperialistischen Systems“, jedoch mit einer Vehemenz, die doch einem seltsam erscheint. Ohnehin wird die Metapher der „imperialistischen Pyramide“ in verschiedenen Texten als Klammer dieses Systems, d.h. des „internationalen imperialistischen Systems“, fortlaufend verwendet. Aber warum wird trotz der historischen Tatsache, dass der Kapitalismus ein sich über den Weltmarkt entwickelndes System ist, so deutlich auf dieses „internationale imperialistische System“ hingewiesen? Der Grund dafür liegt darin, dass die KKE feststellt, dass sich in diesem Zusammenhang eine neue Situation ergeben hat. Diese Situation sei so neu, dass angenommen wird, dass die von Lenin verwandten Metaphern von „einer Handvoll imperialistischer Staaten“ und der „Kette“ die Realität von heute nicht mehr vollständig widerspiegeln.

Um den Kern des Problems besser zu verstehen, müssen wir uns das Thema genauer ansehen. Der KKE zufolge befindet sich der „griechische Kapitalismus“, obwohl er „starke Abhängigkeiten gegenüber den USA und der EU“ hat, „im imperialistischen Stadium seiner Entwicklung“ und „nimmt eine Zwischenstellung“ innerhalb des internationalen imperialistischen Systems ein (d. h. in der Mitte der Pyramide). Aber nicht nur Griechenland, sondern alle kapitalistischen Länder in der Pyramide befinden sich in der „imperialistischen Phase“ ihrer Entwicklung. Ihre Macht mag unterschiedlich sein, je nachdem auf welcher Stufe der Pyramide sie sich befinden, aber sie seien alle auf die eine oder andere Weise impe-

rialistisch. Die KKE kritisiert die Behauptung, dass die kapitalistischen Länder, z.B. Griechenland, „hauptsächlich von Deutschland besetzt“ und „ihr Regime neokolonial“ seien. Denn solche Argumente schließen demnach einerseits aus, dass die Monopolbourgeoisie dieses Landes doch das eigentliche Ziel ist (was nach unserer Meinung in einer Hinsicht eine berechtigte Kritik von der KKE ist), andererseits würden solch Argumente die Tatsache ignorieren, dass sich der Kapitalismus in diesem Land „in der imperialistischen Phase seiner Entwicklung“ befände. Nach Ansicht der KKE identifizieren diejenigen, die diese Tatsachen nicht sehen, einerseits „den Imperialismus mit einer sehr kleinen Anzahl von Ländern, einer Handvoll von Ländern“, und andererseits betrachten sie „alle anderen Länder als abhängige und unterdrückte Kolonien“. Heute gäbe es jedoch nicht nur Abhängigkeit, sondern auch „Interdependenz“ (=gegenseitige Abhängigkeit).

Welche Entwicklung das Pyramidenkonzept notwendig machte, kann man aufgrund folgende Bewertungen der KKE nachvollziehen: „Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts begann sich die Situation zu verändern. Dahinter stehen zwei Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen, aber relativ unabhängig voneinander sind.“ Zum einen die Änderung der Wirtschaftspolitik nach der Krise von 1973, d.h. die Abkehr vom „Neo-Keynesianismus“ (gefolgt von Privatisierung, Abbau sozialer Rechte, verstärktem Kapitalexport usw.). Zweitens die „Chancen für den Imperialismus“, die sich durch den Zusammenbruch der UdSSR und des Ostblocks boten („kapitalistische Restauration“); die Einleitung „einer neuen Angriffswelle des Kapitals, die auf wenig Widerstand stieß“, „die Schaffung neuer Märkte in den ehemaligen sozialistischen Ländern“. Diese Entwicklung hatte Folgen: „Die Einheit der führenden Mächte gegenüber dem Sozialismus begann sich aufzulösen“, „eine neue Runde zwischen-imperialistischer Widersprüche wurde durch die Aufteilung neuer Märkte eröffnet“, was zu Kriegen auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Nordafrika führte. „Am Ende des 20. Jahrhunderts gab es drei imperialistische Zentren, die sich nach dem Weltkrieg gebildet hatten: ... die EU, die USA und Japan. Heute hat sich die Zahl der imperialistischen Zentren erhöht, und es sind neue Formen von Bündnissen entstanden, wie das russisch orientierte Bündnis, das Shanghaier Bündnis, die BRICS, das Bündnis der lateinamerikanischen Länder ALBA, MERCOSUR usw.“ Zusammenfassend: „Es sind nicht nur die an der Spitze, die eine imperialistische politische Linie verfolgen, sondern auch die Länder auf der unteren Ebene, selbst diejenigen, die als regionale und lokale Mächte von den größeren Mächten abhängig sind, verfolgen eine solche Linie. Die Türkei zum Beispiel ist eine solche Macht in unserer Region, ebenso wie Israel, die arabischen Staaten und die Mächte, die dem Monopolkapital ermöglichen, neue Märkte und Gebiete in Afrika, Asien, Lateinamerika zu erschließen. Infolgedessen sind wir mit dem Phänomen der Abhängigkeit und gegenseitigen Abhängigkeit konfrontiert.“ Es gibt keinen Grund, das Offensichtliche infrage zu stellen, nämlich dass alle kapitalistischen Länder Teil

des internationalen imperialistischen Systems sind. Genauso wenig kann man die Tatsache infrage stellen, dass die Machtverhältnisse zwischen den kapitalistischen Ländern unterschiedlich sein können und dass sie sich aufgrund der ungleichen Entwicklung verändern können. Was wir kritisieren, ist die Charakterisierung aller Länder innerhalb dieses Systems als imperialistisch. Mit anderen Worten: Das Problem besteht darin, dass der Unterschied zwischen den kapitalistischen Ländern auf einen quantitativen Unterschied reduziert wird und der qualitative Unterschied zwischen ihnen in Bezug auf ihren Entwicklungsstand und ihre Position vernachlässigt wird. Und so werden die Abhängigkeitsbeziehungen zwischen ihnen in „Interdependenz“ umgewandelt. Nicht weniger wichtig ist natürlich die Tatsache, dass mit der Behauptung, alle kapitalistischen Länder befänden sich in der imperialistischen Phase, der Begriff der abhängigen Länder und der unterdrückten Völker zusammen mit ihren objektiven Widersprüchen verschwindet.

Aus bisher erklärten und hier noch nicht erwähnten Gründen hat sich das Antlitz der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten verändert, die westlichen imperialistischen Länder, insbesondere die USA, haben einen Rückgang ihres Anteils am Weltmarkt erlebt und ein Land wie China ist inzwischen zu einer imperialistischen Macht aufgestiegen. In dieser Zeit hat der Kapitalismus in vielen Ländern, insbesondere in den sogenannten „Schwellenländern“ (Länder, die noch nicht zu imperialistischen Mächten aufgestiegen sind, aber auch nicht mehr als rückständige kapitalistische Länder gelten), eine rasante Entwicklung erlebt. Insbesondere während der Phase der sogenannten „Globalisierung“ hat es einen erheblichen Anstieg des Kapitalexports von imperialistischen Ländern in kapitalistische Länder gegeben. Dies hat wiederum zu einem außergewöhnlichen Wachstum der Kapitalakkumulation dieser Länder geführt. Gleichzeitig erlebten wir eine neue Phase in der Internationalisierung des Produktionsprozesses und einer Neugestaltung und Vertiefung der Arbeitsteilung in der kapitalistischen Weltwirtschaft usw. usf. Dies sind Entwicklungen, die denjenigen, die die Weltwirtschaft und ihre Beziehungen verfolgen, mehr oder weniger bekannt sind (Faktoren wie die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Klassen und ihre Kämpfe müssen nicht erwähnt werden, da sie hier nicht Thema sind). Wenn dies der Sachverhalt ist, so kann man sagen, dass diese Entwicklungen allein z.B. weder Griechenland noch die Türkei zu einem imperialistischen Staat/einer imperialistischen Macht machen - auch wenn die Bourgeoisie in diesen Ländern, gemäß ihrer Kapitalakkumulation, imperiale Ambitionen für ihre Region hegen. Die KKE ist da anderer Fassung; sie behauptet, dass die erwähnten Entwicklungen diese Länder als imperialistisch einzustufen berechtigt.

Die Argumentation der KKE lautet wie folgt: Erstens sind diese Länder gar keine Kolonien oder Halbkolonien oder Opfer mächtiger kapitalistischer Staaten, wie man gemeinhin glaubt. In diesen Ländern gibt es Monopole,

und die Monopolbourgeoisie arbeitet auf eigene Rechnung und manchmal zusammen mit den Staaten an der Spitze und exportiert Kapital in verschiedene Länder der Welt, insbesondere in ihre eigenen Regionen. Ein Beispiel: „Diejenigen, die von Unterwerfung und Besatzung sprechen, sehen nicht den Kapitalexport aus Griechenland (der ein charakteristisches Merkmal des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase ist) [...] Das Kapital wird für produktive Investitionen in andere Länder und natürlich an europäische Banken exportiert [...]“

Wir zitieren aus einem anderen Text zum gleichen Thema: „Tatsache ist, dass die Akkumulation und Konzentration des Kapitals seit vielen Jahren zur Bildung und Entwicklung von Monopolen geführt hat, die den Kern des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium bilden... Genau diese Entwicklung bildet die Grundlage der Analyse der KKE bei der Entwicklung ihrer Strategie und der daraus abgeleiteten Taktik. Das vom 19. Parteitag verabschiedete Parteiprogramm unterstreicht die folgenden Punkte: Die griechische Bourgeoisie hat zunächst von dem konterrevolutionären Machtwechsel in den Balkanländern und deren Beitritt zur EU profitiert. Die griechische Bourgeoisie hat eine bedeutende Kapitalakkumulation erreicht und einen starken Kapitalexport zu verzeichnen, der durch Direktinvestitionen zur Stärkung der griechischen Unternehmen und Monopole beigetragen hat... Diese Entwicklung, die eine weitere Reifung der materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus darstellt, ist nicht nur auf Griechenland beschränkt, sondern erstreckt sich auf alle kapitalistischen Länder. Die Entwicklung des Monopolkapitalismus in den letzten Jahrzehnten bestätigt genau dies.“ In einer Rede auf einem internationalen Treffen in Kuba im Jahr 2022 betonte das Mitglied des Politbüros der KKE, G. Marinos, dass die fünf Merkmale, die Lenin in seiner Zusammenfassung des Imperialismus aufzählte, nicht auf die Länder an der Spitze der Pyramide beschränkt werden sollten: „Diese Merkmale sind nicht nur den Staaten an der Spitze der imperialistischen Pyramide eigen, sondern sie sind ganzheitlich, sie sind allen Staaten, in geringerem oder größerem Maße, eigen, denn die monopolistische und reaktionäre Epoche des Kapitalismus ist ein Ganzes.“

Es scheint, dass wir bei der Diskussion über den Imperialismus immer wieder am selben Punkt ankommen. Die Verwirrung, die bei heutiger Analyse der von Lenin formulierten Merkmale des Imperialismus entsteht...

Die Herangehensweise an Lenins fünf Merkmale des Imperialismus

Es wurde oben erwähnt, dass die in der DKP und einigen linken Kreisen existierende Verblendung in der KKE nicht existiert. Wir sehen jedoch, dass sich die Wege der beiden Parteien beim Umgang mit den von Lenin in fünf Punkten ausgedrückten Merkmalen des Imperialismus in gewisser Weise überschneiden. Während die DKP behauptet, dass China und Russland auf der Grundlage dieser fünf Punkte nicht imperialistisch sind, behauptet die KKE unter Berufung auf ebenjene fünf Punkte, dass

alle kapitalistischen Länder imperialistisch sein müssen! Was diese Überschneidung ermöglicht, ist nach unserer Auffassung, der Positivismus, der in der Seele der modernen revisionistischen Tradition tief verankert ist.

In diesem Sinne ist die Kritik, die wir gegenüber der DKP geäußert haben, im Wesentlichen auch auf die KKE anwendbar. Die positivistische Lesart sieht im Kern nur das Faktische, das Lenin in den fünf Punkten zusammengefasst hat, wie etwa das Monopol, das Finanzkapital, den Kapitalexport usw. Bei Betrachtung dieser Punkte jedoch wird deutlich, dass für die Diskussionen über den Imperialismus genauso wichtig ist, in welchem Kontext das Faktische steht, welche Auswirkungen es hat und zu welchen Entwicklungen es führt. Zum Beispiel ist es nicht nur das Auftreten von Monopolen an sich entscheidend (denn das Monopol gab es auch vorher), sondern, dass in diesem Stadium des Kapitalismus die Monopole eine „entscheidende Rolle im Wirtschaftsleben“ spielen. Oder nehmen wir das Beispiel internationaler monopolistischer Kapitalverbände; solche Verbände könnten auch in der Periode der freien Konkurrenz in dieser oder jener Investition oder Markteingriff auftreten, aber was für den Imperialismus entscheidend ist, ist die Fähigkeit dieser Verbände, „die Welt unter sich aufzuteilen.“ In ähnlicher Weise haben in der Weltgeschichte bestimmte Mächte bestimmte Regionen unter sich aufgeteilt, aber im Imperialismus, wie er von Lenin analysiert wurde, geht es in erster Linie um die „Aufteilung der ganzen Welt“ und der „Vollendung“ dieser.

Kurz gesagt, das Neue was der Imperialismus bringt, ist die Entstehung einer Vormachtstellung, präziser eines Herrschafts- und Machtverhältnisses, das auf der widersprüchlichen Überwindung (das Monopol erstickt den Wettbewerb, kann ihn aber nicht beseitigen) der kapitalistischen Periode der freien Konkurrenz beruht. Das Fundament, auf dem diese Machtbeziehung ruht, ist natürlich das Monopol. Fakten jedoch können nur mit ihrem Werden und ihren Eigenschaften zusammen betrachtet richtig verstanden werden: Monopole, ja, aber Monopole, die nun eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsleben spielen. Finanzkapital, ja, aber ein auf die Finanzoligarchie fußendes Finanzkapital, usw. usf. Die Hauptsache ist nicht die Existenz oder Nichtexistenz von Monopol, Finanzkapital und Kapitalexport in diesem oder jenem kapitalistischen Land, sondern ihre Stellung, ihr Marktanteil und ihre Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den großen imperialistischen Mächten und Monopolen im Rahmen des Herrschaftsverhältnisses. Ob ein Land imperialistisch ist oder nicht, lässt sich also nicht allein durch die Betrachtung dieses oder jenes von Lenin formulierten Merkmals des Imperialismus feststellen, sondern dazu muss man die Ganzheit dieser Merkmale in dem allgemeinen Herrschaftsverhältnis, dem sie entsprechen, betrachten und sehen, ob dieses materielle Verhältnis im wirtschaftlichen und politischen Leben dieses Landes und in seinen Außenbeziehungen vorherrschend ist. Wenn man dies nicht tut, wird die Ganzheitlichkeit der Merkmale des Imperialis-

mus zu einer leeren Aussage.

Auf der anderen Seite besteht - als Notwendigkeit dieses Ansatzes - ein nicht unerheblicher Unterschied zwischen den imperialistischen kapitalistischen Ländern, die sich aufgrund der inneren Gesetze der Entwicklung der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus entwickelt haben, und den Ländern, die den Übergang zum imperialistischen Stadium unter „fortgeschrittenen“ historischen Bedingungen vollzogen haben, als der Imperialismus die Welt beherrschte und die Aufteilung der Welt durch imperialistische Monopole und Staaten bereits abgeschlossen war. Die kapitalistische Entwicklung der Letzteren in ihren eigenen Ländern findet unter Bedingungen statt, unter denen die Ersteren die Ökonomie, die Marktanteile, die Einflusssphären und die Technologie beherrschen. Sie entwickeln sich also nicht außerhalb der im Weltmaßstab dominierenden Monopole, sondern neben und oft durch sie. Erst an einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung, d. h. ab einem Punkt, an dem sie eine gegenüber den die Welt beherrschenden imperialistischen Monopolen und Staaten sich unterscheidende Kapitalakkumulation, einen Marktanteil und eine(n) technologische(n) Vorsprung/Überlegenheit erreichen, können sie als eine imperialistische Macht auftreten. Mit anderen Worten, sie können in dem Maße als imperialistische Macht auftreten, wie sie das ihnen gegenüberstehende imperialistische Monopol auf einer bestimmten Ebene und in einem bestimmten Bereich durchbrechen. Der springende Punkt ist die Durchbrechung/Überwindung des bestehenden Monopols, das in verschiedenen Sektoren, Bereichen und Themen vorherrscht. Für ein kapitalistisches Land, das dieses Entwicklungsniveau nicht erreicht hat, macht die Tatsache, dass sein Unternehmen in diesem oder jenem Sektor des Landes ein Monopol darstellt, dass es über Finanzkapital verfügt oder dass es Kapital exportiert, dieses Land nicht automatisch zu einem imperialistischen.

Etwas anderes zu behaupten hieße, die Leninsche Imperialismustheorie von einem positivistischen Standpunkt aus betrachten, die innere Einheit von jenen Merkmalen leugnen, die der Imperialismus während seiner Entstehung entwickelt hat. Hieße zu vergessen, dass sich die Entwicklung der heutigen kapitalistischen Länder unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus vollzieht und dieses vergessen daher die Bedeutung hätte ihr Entwicklungstempo und ihre Entwicklungsformen von der Existenz und den Tendenzen des Imperialismus zu abstrahieren, kurz gesagt, das Thema zu verfehlen. In seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ zitiert Lenin den deutschen Ökonomen Kestner zu den Folgen der Entstehung der Kartelle, nachdem er ihn mit den Worten zitiert hat, dass die Kartelle nicht nur hohe Profite machten, sondern auch „ein bei freier Konkurrenz nicht gekanntes Herrschaftsverhältnis gewonnen“ haben, und sagt: „Das von uns hervorgehobene Wort deckt das Wesen der Sache auf, das von den bürgerlichen Ökonomen so ungern und selten zugegeben wird und um das die heutigen Verteidiger des Opportunismus mit K. Kautsky an der Spitze

so eifrig heruzureden versuchen. Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.“

Das ist der Grund, warum für Lenin der Imperialismus „monopolistischer Kapitalismus“ ist und keineswegs nur Kapitalismus mit Monopolen! Und aus diesem Grund leugnen die liberalen Ökonomen heute nicht die Existenz von Monopolen, sondern die Abschaffung der freien Konkurrenz durch sie! Aus denselben Gründen erhält die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus, die auf Konkurrenz und der Anarchie in der kapitalistischen Produktion beruht, mit dem Imperialismus eine Eigenschaft, die sich auch als sprunghafte Entwicklung darstellt. Denn der Druck, den die Dominanz der Monopole und die durch sie entstehenden Herrschaftsbeziehungen auf die Konkurrenz ausüben, erfordert in irgendeiner Weise den Bruch dieser Dominanz, vor allem in der Technologie und überhaupt in bestimmten strategischen Sektoren. Dies geschieht oft unter bestimmten Bedingungen wie einer großen Wirtschaftskrise oder internationalen politischen Wendepunkten. Die Art und Weise, wie China zu einer imperialistischen Macht wurde, ist ein eindrucksvolles Beispiel für das, was hier hervorgehoben wurde.

Die positivistische Sichtweise hingegen ignoriert beim betrachten der Fakten sowohl das Historische an ihnen als auch ihre Geschichtlichkeit. Sie reduziert die Leninsche Analyse des Imperialismus auf eine einfache Feststellung von Tatsachen: Es gibt Monopole, es gibt Finanzkapital, es gibt den Export von Kapital. Folglich müssen sich ziemlich viele kapitalistische Länder in einer „imperialistischen Phase“ befinden – mit dieser Erklärung scheint das Thema für sie erledigt zu sein! Zunächst einmal sind diese Merkmale die Merkmale der Umwandlung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus. Insofern sind sie Ausdruck von Merkmalen, die sich vom Vergleichspunkt, d.h. vom Kapitalismus der freien Konkurrenz, unterscheiden, ihr widersprechen und sich von ihr differenzieren. Zweitens ist unter den Bedingungen des Weltkapitalismus, in dem der Imperialismus, der Monopolkapitalismus und damit seine spezifischen Merkmale und Tendenzen seit mehr als einem Jahrhundert in Kraft sind, das Auftreten der genannten Merkmale in diesem oder jenem kapitalistischen Land nicht nur eine nachvollziehbare Entwicklung, sondern sie stellen auch kein Widerspruch zu den Tendenzen des Imperialismus. Auch aus diesen Gründen macht die festgestellte internationale kapitalistische Entwicklung diese Länder nicht direkt imperialistisch. Und warum? Weil die Monopole, das Finanzkapital usw. in diesen Ländern nicht unter den Bedingungen eines Weltkapitalismus der freien Konkurrenz gebildet werden. Im Gegenteil, die Monopole und das Finanzkapital in diesen Ländern bilden sich und handeln unter den Bedingungen einer gegebenen Weltwirtschaft, in der die wirtschaftliche und finanzielle Macht, die Welt-

märkte, die Einflussphären und die technologischen Möglichkeiten von den großen imperialistischen Monopolen und Staaten aufgeteilt sind, in der ein konkretes und spezifisches Machtverhältnis relativ vorherrscht. Warum ist dies wichtig? Weil die Monopole usw. in diesen Ländern nicht unabhängig von den großen imperialistischen Monopolen und dem Finanzkapital entstehen, sondern im Gegenteil, sie entstehen – abgesehen von Ausnahmefällen – in Zusammenarbeit mit ihnen, sie lehnen sich an sie an und versuchen, als ihre kleinen Partner zu existieren und zu wachsen. Kann nicht diese oder jene Gruppe des Finanzkapitals, dieses oder jenes Monopol in Ländern, deren Kapitalakkumulationsprozesse von Anfang an so konditioniert und benachteiligt sind, selbst in kleinem Maßstab einen Marktvorteil für sich gewinnen? In einem historischen Prozess, in dem sich der Kapitalismus im Weltmaßstab ausbreitet, können sich solche außergewöhnlichen Möglichkeiten und Chancen ergeben und tun dies auch. Ausnahmen jedoch bestätigen die Regel. Kurzum, die von Lenin zusammengefassten fünf Charakteristika des Imperialismus isoliert von den gegebenen materiellen Verhältnissen und Kräfteverhältnissen des heutigen imperialistischen Kapitalismus zu behandeln, ist nichts anderes als eine positivistische Interpretation der Imperialismustheorie.

„Globaler Süden“ und „gegenseitige Abhängigkeit“

Zweifellos hat sich der Kapitalismus in den letzten 40 Jahren weltweit entwickelt, insbesondere in den „Schwellenländern“, vor allem in der Zeit der „Globalisierung“, d.h. als das westliche Finanzkapital im Siegesrausch nach der Wende von 1989/91 keinen Markt unerschlossen ließ und seine Produktionsprozesse in bis dahin nicht vorgekommenen Ausmaßen ins Ausland verlagerte. Diese außergewöhnliche Ausbreitung des Kapitalismus und der kapitalistischen Verhältnisse in einem relativ kurzen Zeitraum hatte vielfältige Auswirkungen sowohl auf diese Länder als auch auf die Weltwirtschaft. Im Hinblick auf unser Thema ist vor allem hervorzuheben, dass mit dieser kapitalistischen Entwicklung in den nicht-imperialistischen Ländern eine nennenswerte Industrialisierung und Kapitalakkumulation stattgefunden hat. Je nach Akkumulationsniveau wendet sich die Monopolbourgeoisie in diesen Ländern bekanntlich dem Kapitalexport zu, insbesondere in die Nachbarländer, wobei sie in diesem oder jenem Sektor konzentrierte Investitionen tätigt und auf Gelegenheiten stößt, die eine Ausweitung ihres Marktanteils versprechen. Mit den Worten von Orhan Turan, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats der TÜSİAD: „Überall auf der Welt verändern sich die Lieferketten, und die Produktionszentren verlagern sich. Für die Volkswirtschaften, die diesen Prozess richtig einschätzen können, bieten sich sehr große Chancen.“ Darüber hinaus vergrößert das Auftauchen einer neuen imperialistischen Macht wie China die Möglichkeiten der Monopolbourgeoisie in diesen Ländern und ermöglicht es ihr, eine realtive Verhandlungsmacht zu erlangen, die sie zuvor nicht hatte, insbesondere gegenüber westlichen Mono-

polen.

Tatsächlich kommt es dazu, dass die „Schwellenländer“, d.h. Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika (u.a. z.B. die Türkei gehört mit den ihr eigentümlichen Zusammenhängen auch zu diesen Ländern), angesichts der Konfrontation der Großmächte selbstbewusster auftreten, insbesondere gegenüber den westlichen Imperialisten, und sie befinden sich in einer Position, wo sie vorläufig von der Verschärfung der Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Ländern profitieren können und für politische Manöver relativ mehr Raum haben. Indien ist ein konkretes Beispiel für die zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Kooperationsmöglichkeiten dieser Länder. Indien ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt. Es fühlt sich nicht verpflichtet, dieser oder jener imperialistischen Großmacht direkt zu folgen. Es befindet sich in einer separaten und besonderen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenarbeit mit jedem von ihnen.

Aus Sicht der KKE sind solche Situationen auch Indikatoren für das „Phänomen der Abhängigkeit und gegenseitigen Abhängigkeit“. Die „gegenseitige Abhängigkeit“ ändert sich auch dann nicht grundlegend, wenn eines dieser Länder Mitglied eines bestimmten imperialistischen Bündnisses ist. Die Mitgliedschaft Griechenlands in der NATO und der EU beispielsweise „schränkt die Fähigkeit der griechischen Bourgeoisie ein, unabhängig zu handeln“, aber die „gegenseitige Abhängigkeit“ verschwindet auch in diesem Fall nicht, sondern verwandelt sich nur in „ungleiche Beziehungen der gegenseitigen Abhängigkeit“! Und wieder lesen wir, dass das Phänomen der „gegenseitigen Abhängigkeit“ auch für die klassischen imperialistischen Staaten gilt: „Selbst wenn ein oder mehrere Staaten an der Spitze [der Pyramide] stehen und führend bei der kapitalistischen Internationalisierung und der Neuverteilung der Märkte sind, existieren sie weiterhin in einem Regime gegenseitiger Abhängigkeit mit anderen Ländern. Deutschland zum Beispiel mag die führende Macht in Europa sein, aber der Export seines Kapitals und seiner Industrieprodukte hängt von der Fähigkeit der europäischen Länder und Chinas ab, sie zu kaufen.“

Lassen wir die im letzten Zitat erwähnte Abhängigkeit einmal beiseite. Denn abgesehen davon, dass sie Gegenstand zwischen-imperialistischer Beziehungen ist, handelt es sich doch um eine Art von „Abhängigkeit“, die besteht, seit es den Weltmarkt, die Weltwirtschaft und die Export-/Importbeziehungen gibt. Es liegt auf der Hand, dass diese Art von gegenseitigen „Abhängigkeiten“ beim gegenwärtigen Stand der Verflechtung der Weltwirtschaft zugenommen haben. Aber auch hier gibt es gravierende Unterschiede in den Möglichkeiten der imperialistischen Staaten, jene Nachteile zu überwinden, die sich aus dieser Art von gegenseitiger „Abhängigkeit“ ergeben. Wenn die zwischen-imperialistischen Widersprüche die Formen, in denen sie bisher auftraten, aufbrechen, wenn diese Formen eine Neugestaltung durchmachen, die dem neuen Niveau der aktuel-

len Verschärfung der Widersprüche entspricht (und das geschieht heute!) und wenn offene Konfrontationen auf die Tagesordnung kommen, wird auch diese gegenseitige „Abhängigkeit“ unerkennbar werden. Die Worte „derisking“, „decoupling“ usw., von denen die westlichen Imperialisten in diesen Tagen sprechen, d.h. das Ziel, die gegenseitige Abhängigkeit in strategischen Bereichen und Sektoren zu reduzieren, sind Anzeichen dafür, dass der erwähnte Wandel als Prozess bereits begonnen hat (und dass es seine Zeit braucht liegt auf der Hand).

Aber um auf den Punkt zu kommen: Wie so oft liegt das Geheimnis im Widerspruch! Gerade in der obigen widersprüchlichen Aussage („ungleiche Beziehungen der gegenseitigen Abhängigkeit“) kommt der für unser Thema wichtige Punkt und Einwand zum Ausdruck. Wenn es ein ungleiches Abhängigkeitsverhältnis gibt, und wenn andere Faktoren im Spiel sind, die diese Ungleichheit bedingen, dann ist in diesem Verhältnis die eine Seite abhängig und die andere Seite nicht. Genau diese Ungleichheit macht den Hauptunterschied der „gegenseitigen Abhängigkeit“ aus. Insofern dient die „gegenseitige Abhängigkeit“ hier hauptsächlich dazu, die Abhängigkeit der einen Seite zu verschleiern.

Ein letzter Punkt sei noch erwähnt bevor wir diesen Text abschließen. Da geht es um den BRICS als das Beispiel der neuen Allianzen. Wie bekannt ist, machen die BRICS-Länder, zu denen auch Indien, Südafrika und Brasilien gehören, 40% der Weltbevölkerung, 25% des globalen BIP und 50% des weltweiten wirtschaftlichen Wachstums aus. Seit einiger Zeit fordern die BRICS-Länder eine Reform internationaler Institutionen wie der Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation und des Internationalen Währungsfonds, die hauptsächlich von den USA und westlichen Ländern beeinflusst werden. Gleichzeitig bauen sie jedoch auch ihre eigenen internationalen Strukturen auf.

Zum Beispiel haben sie die New Development Bank (NDB) und einen neuen Reservefonds namens Contingent Reserve Arrangement (CRA) gegründet, um sich bei Devisen- und Kreditausweitungen zu unterstützen und durch SWAP-Abkommen Bargeldreserven zu schaffen. Innerhalb der BRICS-Gruppe wird auch an einem alternativen Zahlungssystem (ähnlich wie SWIFT) gearbeitet. Die BRICS-Gruppe, zu der auch China und Russland gehören, ist derzeit im Aufwind, und die Liste der Bewerbungen für die Mitgliedschaft wird immer länger. Obwohl die BRICS-Gruppe intern nicht homogen ist (zum Beispiel gibt es Spannungen zwischen China und Indien), sollten ihre Schritte, insbesondere um ein neues Gravitationszentrum im „Globalen Süden“ zu werden, nicht als unbedeutend betrachtet werden. Die Gründung der NDB durch die BRICS-Staaten im Juli 2014 war ein Schritt in diese Richtung. Die Botschaft war, dass der „Globale Süden“ nicht auf die Weltbank (WB) und den Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen ist! Insbesondere hat China Anfang der 2000er Jahre versucht, Initiativen zur Neufestlegung der Stimmrechte im IWF gemäß dem neuen Machtgleichgewicht in der Weltwirtschaft zu starten, aber weder die USA noch die

EU haben sich darauf eingelassen. Was es dort nicht erreichen konnte – nämlich eine stärkere Mitsprache in den weltweiten Finanzpolitiken und Ressourcen – versucht es nun über die NDB zu erreichen. Dabei werden erkennbare Erfolge verzeichnet, zumal die Vereinigten Arabischen Emirate und Bangladesch im Jahr 2021 und Ägypten im Februar 2023 der NDB beigetreten sind. Es wird erwartet, dass auch Saudi-Arabien, Simbabwe, Argentinien und Honduras Mitglieder werden.

Eine der am meisten spekulierten Fragen der letzten Zeit ist, ob die BRICS eine neue „gemeinsame Währung“ einführen werden, die an „Gold“ gebunden ist. Natürlich würde ein solcher Schritt den Prozess der „Entdollarisierung“ (d. h. den Niedergang des Dollars als Weltwährung) beschleunigen, der derzeit nur in begrenztem Umfang voranschreitet. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass es in naher Zukunft zu raschen Fortschritten kommen wird. Vorerst vollzieht sich die „Entdollarisierung“ hauptsächlich dadurch, dass immer mehr Länder im Handel untereinander ihre nationalen Währungen anstelle des Dollars verwenden. In Brasilien zum Beispiel hat der Yuan den Euro überholt, aber die Devisenreserven der brasilianischen Zentralbank sind immer noch überwiegend in Dollar angelegt. Die insbesondere seit dem Ukraine-Krieg zugenommenen finanziellen Sanktionen durch die USA, beispielsweise die Beschlagnahmung Russlands ausländischer Devisenreserven, die der Hälfte seiner Gesamtreserven entsprechen, kurz, die aggressive Verwendung der Weltwährungsstellung des Dollars als Waffe hat ziemlich viele Länder dazu veranlasst, verstärkt nach Alternativen zu suchen...

Die eigentliche Frage ist, wo und wie man diese Entwicklungen einordnen soll. Die BRICS-Gruppe sollte nicht nur durch das Prisma des „globalen Südens“ betrachtet werden. China und Russland sind bei diesem Unterfangen nicht aus Nächstenliebe dabei. Der Grund für das BRICS-Engagement dieser beiden Imperialisten ist klar. Unter anderem geht es darum, ihre Hand gegen rivalisierende imperialistische Staaten zu stärken, indem sie den Ländern des „Globalen Südens“ in einer Vielzahl von Bereichen -von Rohstoffen bis hin zur Geopolitiken Rücken stärken. Es lassen sich viele Beispiele dafür anführen, dass die Konkurrenz auf diesem Gebiet in den letzten Jahren zugenommen hat. Dazu genügt ein Blick auf die Zusammensetzung der internationalen Gipfeltreffen und Konferenzen, die von den großen imperialistischen Staaten in den letzten Jahren veranstaltet wurden. Auffällig ist, dass China und Russland erfolgreich die aus dem Kolonialismus resultierenden, berechtigten Einwände gegenüber westlichen imperialistischen Staaten nutzen können und besonders darauf achten, nicht als Kolonialisten wie die Westler wahrgenommen zu werden, und dies in der Praxis mit Infrastrukturinvestitionen oder die im Rahmen der BRICS-Gruppe angebotenen Möglichkeiten zu untermauern. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels war die Erklärung des von Russland ausgerichteten Russland-Afrika-Gipfels in St. Petersburg, dass sich die Parteien gemeinsam ge-

gen den „Neokolonialismus“ wenden und sich für die Vollendung des Entkolonialisierungsprozesses in Afrika einsetzen sowie Anstrengungen unternehmen werden, um die ehemaligen Kolonien für die Schäden zu entschädigen, die sie durch die Kolonialmächte erlitten haben, nur ein aktuelles Beispiel dafür.

Wir müssen betonen, dass die oben zusammengefassten Entwicklungen nur die eine Seite der Medaille sind. Auf der anderen Seite stehen die Stellungen, die die westlichen imperialistischen Länder in den letzten 40 Jahren errungen haben, d.h. die teilweise Verlagerung der Produktion in die Länder, in denen die Arbeitskraft billig ist, und die dabei erzielten außerordentlichen Ausbeutungsraten, die Senkung der Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft in ihren eigenen Ländern, die Durchsetzung von Monopolpreisen, das Erreichen eines Niveaus der Kapitalakkumulation, das mit dem der kapitalistischen Entwicklungsländer nicht vergleichbar ist, die Erneuerung ihrer Monopolstellung in der Technologie, usw. usf. Infolgedessen haben die Monopolisierung, die Monopolherrschaft, das Niveau der Kapitalakkumulation, der Kapitalüberschuss und das Anschwellen des Finanzsektors in den klassischen imperialistischen Ländern Dimensionen erreicht, die mit der Zeit von Lenin nicht vergleichbar sind. Heute hat beispielsweise allein das Apple-Monopol eine Finanzkraft, die größer ist als das Bruttosozialprodukt vieler Länder. Wenn man also die Aufmerksamkeit auf die kapitalistische Entwicklung in den verschiedenen Ländern der Welt und die dort entstandenen Monopole und das Finanzkapital lenkt, darf man nicht den Grad der Zentralisierung und Konzentration des Kapitals auf der anderen Seite, d.h. in den imperialistischen Ländern, und die neuen Möglichkeiten, die sich daraus für diese Länder ergeben, übersehen.

Übersieht man dies nicht, so wird deutlich, dass die forcierten Stellungen der imperialistischen Länder die kapitalistische Entwicklungen im „Globalen Süden“ genau in der Frage der Monopole und die darauf basierenden Herrschaftsbeziehungen relativieren. Natürlich haben diese Länder im Vergleich zu ihrer eigenen Vergangenheit erhebliche kapitalistische Fortschritte gemacht. Wenn sie jedoch nicht mit ihrer früheren Lage, sondern mit den klassisch imperialistischen Länder verglichen werden, liegt die Verhältnismäßigkeit auf der Hand. Insbesondere hinsichtlich der monopolistischen Position in Schlüssel- und strategischen Sektoren, der Marktherrschaft, der Kapitalakkumulation und -reserven sowie der militärischen, finanziellen und diplomatischen Sanktionsmacht hat sich der Unterschied zwischen den klassischen imperialistischen Ländern und den in den letzten zehn Jahren entwickelten kapitalistischen Ländern im Wesentlichen nicht geändert. Obwohl die Pyramidenmetapher durch die Unterscheidung zwischen Spitzen- und Basisakteuren den Anschein erweckt, diesen Unterschied nicht abzulehnen, wandelt sie doch diesen Unterschied in einen quantitativen Unterschied zwischen grundsätzlich gleichartigen Akteuren um, indem sie alle als imperialistisch definiert. Im wirklichen Leben, d.h. unter den harten Konkurrenzbedingungen des Weltkapitalismus, wird jedoch jeden Tag aufs Neue

erlebt, dass dieser Unterschied nicht nur ein quantitativer Unterschied ist, sondern dass, um mit Hegel zu sprechen, Quantität auch Qualität ist, d.h. dass gerade dieser quantitative Unterschied einen qualitativen Unterschied in Bezug auf die Durchsetzung des Verhältnisses von Herrschaft und Beherrschung schafft, das das Wesen des Monopols ist.

Es sollte nicht vergessen werden, dass die derzeitige Lage der Gleichgewichte und der Machtverteilung in der Weltwirtschaft, die viel stärker verflochten ist als früher, nicht von Dauer sein wird. So wie sich die Vorhersage, dass es aufgrund dieser Verflechtung „keine Kriege mehr geben wird“ nicht bewahrheitet hat, so sollte man auch nicht denken, dass die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten, die diese Verflechtung heute bietet, immer gleich bleiben werden. Ja, die Marktanteile der klassischen imperialistischen Länder steigen nicht mehr wie

früher, im Gegenteil, sie zeigen in verschiedenen Sektoren Anzeichen eines Rückgangs, ihre frühere Stellung in der Weltwirtschaft gerät ins Wanken, ihre Fähigkeit, die Konkurrenz einzuschränken und sich durchzusetzen, wird schwächer. Diese Entwicklung ist jedoch weder als einseitig noch als dauerhaft zu betrachten. Im Gegenteil, sie verschärft die Widersprüche der Epoche des Imperialismus, indem sie den Widerstand derjenigen provoziert, die an Boden verlieren. Wenn die Verschärfung einen bestimmten Punkt erreicht, d.h. wenn sich die Veränderung des Kräfteverhältnisses beschleunigt und ein Stadium erreicht, das für dieses oder jenes imperialistische Großmacht/Achse inakzeptabel ist, wird sich der allgemeine Rahmen, der den gegenwärtigen Lauf ermöglicht, rasch verändern und die Sprache der Macht und der Gewalt wird mit all ihrer Destruktivität gesprochen werden. Spätestens dann wird klar werden, wer Imperialist ist und wer nicht!

PARTEI DER ARBEIT (EMEP) TÜRKEI

Goldberg, Jörg (2023): Weltordnung zwischen Globalisierung und Nationalstaaten, Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, [online] <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/4149.weltordnung-zwischen-globalisierung-und-nationalstaaten.html> [abgerufen am 10.12.2023].

2 Vgl. Goldberg 2023.

3 Es ist anzumerken, dass solche Hoffnungen nicht nur in Deutschland bestehen, sondern auch in verschiedenen linken und sogar selbsternannten marxistischen Kreisen in anderen Ländern zu finden sind.

4 Zur Frage, ob Russland imperialistisch ist oder nicht vgl. Cengiz, Ahmet (2023): Der Imperialismus und das Spiegelbild Russlands, Theorie und Praxis, Arbeit-Zukunft, [online] <https://www.arbeit-zukunft.de/2023/01/15/imperialismus-russland/> [abgerufen am 10.12.2023].

5 In seiner Rede auf dem „20. Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ behauptete Günter Pohl, Sekretär für internationale Angelegenheiten der DKP, dass die russische Außenpolitik in Syrien und der Ukraine/Donbass „objektiv antiimperialistisch“ sei, vgl. <http://solidnet.org/article/20-IMCWP-Written-Contribution-of-German-CP/>.

6 Aus dem Referat des Parteivorsitzenden Patrik Köbele auf dem 25. Parteitag vgl. Köbele, Patrik (2023): In welcher Epoche leben wir?: Referat von Patrik Köbele auf dem 25. Parteitag der DKP, in: Unsere Zeit, CommPress Verlag, 28.03.2023, [online] <https://www.unsere-zeit.de/in-welcher-epoche-leben-wir-4778511/> [abgerufen am 10.12.2023].

7 Vgl. Köbele 2023 / 8 Vgl. Köbele 2023

9 Wie wir weiter unten sehen werden, zielt diese Anspielung in gewisser Weise auch auf die KKE ab.

10 Die Entwicklungen nach dem Putsch im Niger deuten darauf hin, dass jederzeit ein neuer Stellvertreterkrieg in Afrika ausbrechen kann.

11 Vgl. Rede der Parteivorsitzenden Pappariga, Alexandra (2013): On Imperialism - The Imperialist Pyramid, Communist Party of Greece, [online] <https://inter.kke.gr/de/articles/On-Imperialism-The-Imperialist-Pyramid/> [abgerufen am 10.12.2023].

12 Die Definition der „Zwischenstellung“ erinnert an das Argument des Subimperialismus. Aber die KKE unterscheidet sich davon letztlich dadurch, dass sie alle kapitalistischen Länder als imperialistisch definiert. Zur Debatte über den Subimperialismus vgl. Argın, Ender Şiar/Deniz Yılmaz (2023): Alt-emperyalizm: kuramsal bir eleştiri, Teori ve Eylem, [online] <https://teoriveeylem.net/tr/2023/03/27/alt-emperyalizm-kuramsal-bir-elestiri/> [abgerufen am 10.12.2023].

13 Vgl. Pappariga 2013, (fast die gleiche Definition findet sich auch im Programm der KKE).

14 Vgl. Pappariga 2013. / 15 Vgl. Pappariga 2013. / 16 Vgl. Pappariga 2013. / 17 Vgl. Pappariga 2013.

18 Die Analyse der materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus sind nicht Gegenstand dieses Artikels, so dass wir nicht darauf eingehen werden.

19 Vgl. Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE (o. D.): Der Diskurs soll mit Argumenten und nicht mit Verleumdungen durchgeführt werden, Communist Party of Greece, [online] <https://inter.kke.gr/de/articles/Der-Diskurs-soll-mit-Argumenten-und-nicht-mit-Verleumdungen-durchgefuehrt-werden> [abgerufen am 10.12.2023].

20 Vgl. Cengiz 2023.

21 Lenin, Wladimir Iljitsch (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus: 1. Konzentration der Produktion und Monopole, Marxists' Internet Archive, [online] <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel1.htm> [abgerufen am 10.12.2023]. Fett Unterstrichungen gehören uns.

22 So ist es kein Zufall, dass die USA in ihrem Wettbewerb mit China versuchen, ihre Vormachtstellung in der Chiptechnologie aufrechtzuerhalten, und zu diesem Zweck besonderes Augenmerk auf Gegenangriffe und Sanktionen legen. Während diese Fußnote geschrieben wurde, wurde angekündigt, dass US-Präsident Biden ein neues Dekret erlassen werde. Diesem Dekret zufolge ist es US-Kapital verboten, in chinesische Unternehmen (Unternehmen, die in China tätig sind oder von der chinesischen Regierung kontrolliert werden) zu investieren, die in den Bereichen bestimmter Halbleiter, Quantencomputer und künstliche Intelligenz tätig sind.

23 Bei TÜSIAD handelt es sich um den größten Verband der Industriellen der Türkei. Siehe: Üretim merkezleri kayıyor, önemli firsatlar mevcut - Bloomberg HT (2022): in: BloombergHT, 24.09.2022, [online] <https://www.bloomberght.com/turan-uretim-merkezleri-kayiyor-onemli-firsatlar-mevcut-2315805> [abgerufen am 10.12.2023].

24 Vgl. Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE (o. D.).

25 Vgl. Pappariga 2013.

26 Für eine Zusammenfassung der Abhängigkeitsdebatten vgl. Koşar, A. (2021) "Emperyalizme bağımlılık partileri", Teori ve Eylem, Ausg.: 52, 86-98.

27 Wir verwenden diesen irreführenden Ausdruck in Anführungszeichen, weil er u. a. die gravierenden Unterschiede zwischen den genannten Ländern sowohl hinsichtlich des kapitalistischen Entwicklungsniveaus als auch hinsichtlich der politischen Ausrichtung ausblendet.

28 Eines der strukturellen Merkmale der NDB, die ihren Sitz in Shanghai hat, besteht darin, dass die fünf Gründungsländer trotz der großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen ihnen gleiche Anteile und Stimmrechte haben. Die dominante Stellung der fünf Länder wird sich durch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht ändern. Gemäß der Charta werden ihre Gesamtstimmrechte nicht unter 55 Prozent fallen. Bislang hat die Entwicklungsbank verschiedene Infrastrukturinvestitionen in den BRICS-Mitgliedsländern finanziert, wobei sich die Kosten für 96 Projekte auf insgesamt 32,8 Milliarden Dollar beliefen. Siehe: John P. Neelsen: Indien: eigenständiger Akteur und/oder Gegengewicht zu China?, in: Weltordnung zwischen Globalisierung und Nationalstaaten, Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung.

29 Es versteht sich von selbst, dass unsere quantitative/qualitative Unterscheidung hier nicht bedeutet, dass die imperialistischen Länder nicht kapitalistisch sind. Denn wenn der Imperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus ist, dann ergibt sich der Unterschied der imperialistischen kapitalistischen Länder gegenüber den nicht-imperialistischen kapitalistischen Ländern gerade aus ihrer Fähigkeit, als Länder, die diese höchste Stufe erreicht haben, monopolistische Herrschafts- und Beherrschungsverhältnisse herzustellen und durchzusetzen. Die Bedingtheit der Entstehung und des Auftretens dieser Fähigkeit mit dem Erreichen der höchsten Stufe des Kapitalismus weist darauf hin, dass sie nicht eine quantitative, sondern eine qualitative Eigenschaft im oben genannten Sinne aufweist.

USA

Der Strommarkt und die Lüge vom „grünen“ Kapital

Der wichtige Übergang zu erneuerbaren Energien wurde durch die wirtschaftliche Umstrukturierung des Stromsektors, in der den Profiten Vorrang vor allem anderen eingeräumt wird, zum Scheitern verurteilt. Die sinkenden Kosten und steigenden Gewinne im Bereich der erneuerbaren Energien verleiten einen Großteil der Medien zu der Annahme, dass die lang erwartete Marktlösung für den Klimawandel vor der Tür steht. Die verschiedenen multinationalen Unternehmen wie BP, Exxon und Shell haben neue Investitionen in grüne Energie und Kapital versprochen. Diese Versprechen waren jedoch entweder von vornherein schlichtweg falsch oder die Ölgiganten rücken angesichts der sich ändernden Marktbedingungen von ihnen ab. Derartige Geständnisse angesichts des Drucks des Marktes sind für die Energiekonzerne inzwischen zur Gewohnheit geworden. Während die vierteljährlichen und jährlichen Bewegungen des Marktes sozial und ökologisch notwendige Maßnahmen verhindern, verhindert die Marktstruktur selbst die vollständige Übernahme erneuerbarer Energien, insbesondere im Teilbereich des Strommarktes. Hier bietet der Markt nicht nur zu schwache Anreize, sondern ist ein aktives Hindernis für die vollständige Einführung der erneuerbaren Energien.

Um kurz zu erklären, wie die meisten Märkte in den Vereinigten Staaten funktionieren, müssen wir zunächst das Konzept der Grenzkosten und das Merit-Order-Prinzip verstehen. Während es verschiedene Marktmechanismen für den Stromhandel gibt, ist die Verteilung der Grenzkosten auf verschiedene Erzeuger nach dem Merit-Order-Prinzip eine immer wiederkehrende Struktur. In einem zentralisierten Markt (eine Struktur, die im größten Teil der USA angewandt wird) kalkulieren die Eigentümer ihre Angebote basierend auf den Grenzkosten ihrer Erzeuger. Grenzkosten bezeichnen die Kosten, die für die Produktion einer weiteren Energieeinheit in einem Bereich notwendig sind, in dem bereits eine laufende Produktion stattfindet. Dies kann sich einfacher vorgestellt werden als die Kosten, um den Erzeuger am

Laufen zu halten, ohne dabei die Kosten für den Bau des Kraftwerks, das Hochfahren sowie den laufenden Betrieb ohne Nachfrage zu beachten. Die so kalkulierten Gebote werden an einen Netzbetreiber übermittelt. Dieser spielt die Rolle eines Regulierungsorgans, das die Gebote von den niedrigsten bis zu den höchsten Kosten ordnet und zur Stromerzeugung nutzt, bis die Nachfrage gedeckt ist. Die Kosten des Stroms werden auf den Preis der teuersten Einheit festgesetzt, die zur Deckung der Nachfrage erforderlich ist. Dies sollte in der Theorie einen Anreiz für jeden Eigentümer darstellen, seine Produkte so günstig wie möglich zu machen, um sicherzustellen, dass er mitbietet und seine Gewinne maximiert.

Dies ist eine starke Vereinfachung der Strommärkte, die in der Realität häufig externen Bedingungen wie Schwankungen in der prognostizierten Nachfrage und Ausfällen von Erzeugungseinheiten unterliegen. Zudem gibt es eine große Bandbreite in der spezifischen Struktur des Marktes. Einige Strukturen ermöglichen den bilateralen Handel zwischen zwei privaten Parteien oder die selbstständige Verteilung der Erzeuger ermöglichen. Dennoch bleibt die grundlegende „Logik“ des Marktes in allen Fällen bestehen: Die Stromkosten werden durch die teuerste Einheit bestimmt, die zur Deckung der Nachfrage erforderlich ist.

Wie wirkt sich dies auf die erneuerbaren Energien aus? Das Hauptmerkmal der erneuerbaren Energien - soweit es den Markt betrifft - sind ihre Grenzkosten von nahezu Null. Das bedeutet, dass ein Verkäufer in einen Markt eintreten kann, der von nicht erneuerbaren Energieträgern bedient wird, und dabei wie ein Bandit abkassieren kann, indem er die Energie praktisch zum Nulltarif produziert, sobald das Kraftwerk zur Nutzung erneuerbarer Energien gebaut ist, aber die Kosten bezahlt bekommt, die für die Produktion mit Kohle oder Erdgas nötig wären. Das ist den Energiekonzernen der Welt nicht entgangen - daher die ständigen Versprechungen und gelegentlichen tatsächlichen Investitionen in erneuerbare

Ressourcen. Warum also haben uns unsere mutigen Unternehmer noch nicht in die grüne Zukunft geführt? Auch das liegt an der Struktur des Marktes. Wenn die erneuerbaren Energien auf den Markt kommen, werden sie die Erdgas- und Kohlekraftwerke langsam „überbieten“ und aus dem Markt drängen, wodurch der Strompreis sinkt. Die Gewinne der Kraftwerke für erneuerbare Energien werden proportional zu ihrem Anteil an der gesamten Stromerzeugung sinken, bis sich die Grenzkosten der erneuerbaren Energien von annähernd Null im Preis widerspiegeln und jegliche Gewinnchancen vollständig zunichte gemacht werden. In Wirklichkeit wird der Markt diesen Punkt nie erreichen, da die prognostizierte Rendite für den Bau einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien ebenfalls sinken und eine weitere Investition verhindern wird. Dies ist der Kern des Problems der Selbstkannibalisierung. Wie Marx im Manifest sagte:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“

Können wir dann ernsthaft erwarten, dass die Eigentümer von Kraftwerken ihren eigenen Markt sabotieren, auch um des Planeten willen? Sie werden genug Solaranlagen und Windkraftwerke bauen, um ihren Gewinn zu kassieren, und für den Rest weiterhin Kohlendioxid und Methan ausstoßen.

Das Ausmaß dieses Problems ist unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten. Der maximale Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, der erreicht werden könnte, ohne dass die Investitionen ins Negative kippen, wird mit 80% angesetzt. Diese Berechnung zur Verlangsamung des Klimawandels beruht zum einen auf der wirtschaftlichen Absurdität, dass irgendein Kapitalist in ein „Null-Profit“-Projekt investieren würde, und zum anderen auf der politischen Absurdität einer Kohlenstoffsteuer (CO₂-Steuer), die selbst vom ehemaligen Exxon-Lobbyisten Keith McCoy als Ablenkungsmanöver der Gaskonzerne zugegeben wurde (neben einer ganzen Reihe anderer Verbrechen, Lügen und Bestechungsgeldern, die begangen und verteilt wurden). Wie für den politischen Diskurs typisch, sind alle potenziellen Lösungen „Anreize“ wie die bereits erwähnte Kohlenstoffsteuer, aber selbst weitere „Anreize“ scheinen unwahrscheinlich, da sie zunächst einmal ein Regierungsorgan erfordern würden, das sich dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben hat. Jüngste Entwicklungen wie die Genehmigung der Förderung der „Willow-Ölreserven“ in Alaskas North Slope und die Absetzung des ehemaligen Vorsitzenden der Federal Energy Regulatory Commission, Richard Glick, wegen seines Wunsches, die Notwendigkeit und Umweltauswirkungen von Erdgasprojekten gründlicher zu prüfen, fanden unter der Demokratischen Partei statt, die weit hin als der „grünere“ der beiden amerikanischen Blöcke gilt. Was auch immer die Demokraten von sich selbst glauben oder andere von ihnen glauben machen wollen, ihre Handlungen zeigen, dass sie so weitermachen wol-

len wie bisher und nicht daran interessiert sind, proaktive, drastische oder tatsächlich notwendige Schritte zur Bekämpfung des Klimawandels zu unternehmen. Und selbst wenn sie diese Schritte machen wollten, dann würden alle von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen mit Händen und Füßen bekämpft werden, zunächst von den Anbietern aller Formen von elektrischer Energie, um entweder selbst auf dem Markt zu bleiben oder um sicherzustellen, dass ihre Gewinne so hoch wie möglich bleiben, und dann von der Gas- und Öl-Lobby, um zu verhindern, dass einer der größten Märkte für ihr Produkt austrocknet.

Was ist dann die Lösung? Wenn der Markt ein Problem darstellt, dann besteht die einfachste Lösung darin, den Markt abzuschaffen. Dies ist keine so drastische oder künstliche Maßnahme, wie es vielleicht den Anschein hat, denn das (private oder öffentliche) Monopol war bereits die wichtigste Art der Stromverteilung in der ganzen Welt. In Mexiko, den USA und einem großen Teil Kontinentaleuropas gab es vertikal organisierte, streng regulierte kommunale Monopole und Versorgungsunternehmen, während das Vereinigte Königreich, Australien und Chile sowie der größte Teil Südamerikas verstaatlichte Netze hatten. Chile ist ein Land von besonderem Interesse, weil dort die Markt- und Privatisierungswelle begann, die im Anschluss alle zuvor genannten Länder überrollte. Nachdem Augusto Pinochet 1973 die sozialdemokratische Allende-Regierung gestürzt hatte, begann Chile mit Hilfe des Vereinigten Königreichs und der USA ein Projekt zur Massenprivatisierung von Unternehmen, die sich zuvor in staatlichem Besitz befunden hatten. Beraten wurden sie von den „Chicago Boys“, einer Gruppe neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler, die an der Universität von Chicago unter Milton Friedman ausgebildet wurden. Zu den privatisierten Industrien gehörte auch die Stromerzeugung und -übertragung, die mit dem Elektrizitätsgesetz von 1982 umgehend auf den Markt gebracht wurde. Der Markt entwickelte sich schnell zu einem oligarchischen Monopol, bei dem sehr große Privatunternehmen entstanden, die Veränderungen der Vorschriften, die zu ihren Ungunsten wären, verhinderten, ganz zu schweigen von Stromausfällen und starken Preisschwankungen. Für den Rest der Welt und die mit dem Projekt betrauten Wirtschaftswissenschaftler war das Hauptziel, mit der Stromerzeugung Geld zu verdienen, jedoch erreicht worden, und andere Länder folgten diesem Beispiel bald. Das Vereinigte Königreich und Australien haben ihre Stromerzeugung im Laufe der 1990er Jahre vollständig privatisiert, ebenso wie große Teile der USA, obwohl dieser Prozess angesichts der dezentralen Verwaltung der Versorgungsunternehmen in diesem Land unvollständig war und ist.

Trotz der begrenzten Lehren, die aus dem chilenischen Experiment gezogen wurden, waren diese Marktmaßnahmen damals wie heute keineswegs sauber oder sanft. Die Verlagerung des Stromnetzes in die Hände privater Unternehmen ist eine riskante Angelegenheit, da diese

Unternehmen Strom nicht als das für das Funktionieren der modernen Gesellschaft notwendige Allgemeingut betrachten, was es ist, sondern als eine Profitquelle, die es auszubeuten gilt. Ein immer wiederkehrendes Thema ist die Entstehung von „Marktmacht“, bei der Privatunternehmen mit großen Marktanteilen Angebot und Nachfrage beeinflussen, enorme Höchstpreise verursachen und riesige Gewinne einfahren können. Trotz der fast zwanzigjährigen Markt-schaffung und -regulierung kam es in der kalifornischen Energiekrise zu einer solchen Ausnutzung der Marktmacht, als das Unternehmen Enron seine Kraftwerke so koordinierte, dass sie während der Spitzennachfrage abgeschaltet wurden. Dies führte zwar zu Stromausfällen, ermöglichte es dem Unternehmen aber dennoch, Prämien für die weiterhin gelieferte Energie zu kassieren. Die gleichen Praktiken hatte Enron auch in Kanada angewandt, allerdings mit weniger katastrophalen Ergebnissen.

In der Gegenwart sind die Strompreise im Vereinigten Königreich und in Texas als Reaktion auf verschiedene politische und umweltpolitische Bedingungen in die Höhe geschneit. Im Winter 2022-2023 stiegen die Strompreise im Vereinigten Königreich bis an die Obergrenzen, ebenso wie in Texas in den Jahren 2021-2022, und die Stromversorger waren nur allzu bereit, diese Preise zu verlangen, die in keinster Weise die Zahlungsfähigkeit der Menschen oder gar der meisten Unternehmen widerspiegelten. Dies machte entweder eine Senkung der Preisobergrenze (im Falle des Vereinigten Königreichs) oder eine Welle von Krediten für Unternehmen zur Deckung der Stromkosten (im Falle von Texas) erforderlich. Und der Spaß ist noch nicht vorbei: In diesem Sommer verdoppelten sich die texanischen Energiepreise während einer prognostizierten Hitzewelle, und die Investoren wurden gern auf die Aktien verwiesen, mit denen sie am besten von dieser Wendung des Schicksals profitieren können. Dies wird wahrscheinlich ein wiederkehrendes Thema im nächsten Jahrzehnt sein - die Energiehändler profitieren von der Klimakrise, an deren Entstehung sie maßgeblich beteiligt waren.

Warum also hat sich der größte Teil der kapitalistischen Welt für diese Marktform entschieden, wo sie doch so leicht zu missbrauchen ist? Während ein Großteil dieses Prozesses sich außerhalb des Blickfelds der Öffentlichkeit abspielte, wird typischerweise behauptet, dass Märkte tendenziell die Effizienz steigern und die Kosten insgesamt senken, natürlich abzüglich einiger Fälle von offensichtlicher Preistreiberei. In den USA hat sich diese Behauptung als falsch erwiesen, denn die Verbraucherpreise sind gestiegen, der Wohlstand der Kunden ist gesunken, und alle Effizienzgewinne fließen direkt in die Taschen der Erzeuger. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das besetzte Gebiet Puerto Rico, dessen Stromnetz kürzlich in private Hände überging. Anstatt ihren Auftrag zur Modernisierung und Instandhaltung des (zugegebenermaßen veralteten und nicht funktionierenden) Net-

zes ernst zu nehmen, hat sich das Unternehmen dafür entschieden, weiterhin Gewinne zu erzielen, während sich die Ausfälle verschlimmern. Der wahre Grund für die Einführung von Märkten und Deregulierung ist die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Dies sagt auch Paul Joskow, ein führender Analyst des amerikanischen Elektrizitätsmarktes, der am Vorabend der weit verbreiteten Deregulierung und Marktöffnung über die betroffenen Parteien sprach, die auf die Märkte drängen:

„[Die Reformbemühungen] wurden von großen Industriekunden angeführt, die an niedrigeren Strompreisen interessiert sind, sowie von unabhängigen Energieversorgern und neuen Stromvermarktern, die profitieren können, wenn ihnen die Reformen erlauben, direkt an Endverbraucher zu den vorherrschenden Marktpreisen im Großhandel zu verkaufen...“

Das Ziel all dieser Maßnahmen war nicht Effizienz oder Preissenkung. Es ging darum, Milliarden von Dollar an Einnahmen freizusetzen, um Gewinne zu erzielen, die zu höheren Kosten für Mensch und Umwelt erzielt wurden, als wir uns leisten können. Der Markt kann uns nicht retten. Wir werden nicht „natürlich“ eine Marktlösung für die Klimakrise finden, weder im Energiesektor noch irgendwo sonst. Diese Infrastruktur ist ein soziales Gut, ein Produkt, das der gesamten Gesellschaft dienen muss, nicht dem Sparschwein einiger weniger Unternehmen. Wie Stalin in „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (S.25) schreibt:

„Ein Beispiel der Nichtübereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, ein Beispiel des Konflikts zwischen ihnen sind die Wirtschaftskrisen in den kapitalistischen Ländern, wo das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln sich in schreiender Nichtübereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses, mit dem Charakter der Produktivkräfte befindet. Ergebnis dieser Nichtübereinstimmung sind die Wirtschaftskrisen, die zur Zerstörung von Produktivkräften führen, wobei eben diese Nichtübereinstimmung die ökonomische Grundlage der sozialen Revolution darstellt, deren Bestimmung es ist, die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse zu zerstören und neue, dem Charakter der Produktivkräfte entsprechende, hervorzubringen.“

Die Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Strom muss den privaten Unternehmen entzogen und in die Hände der Arbeiterklasse und eines sozialistischen Staates gelegt werden. Die Verstaatlichung unter kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen wird dazu führen, dass die elektrischen Systeme immer noch nach dem Wertgesetz betrieben werden, und wird nur als ein kleines Pflaster für die allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus dienen. Um das Problem wirklich zu lösen, muss ein neues Wirtschaftsmodell aufgebaut werden, das die menschlichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.

VENEZUELA

Marxisten-Leninisten und der Krieg

Historisch gesehen hat der Marxismus zu allen sozialen Fragen Stellung bezogen; er war nie neutral oder gleichgültig, da die Untersuchung von Problemen mit der marxistischen Methode immer Klassenantworten auf jede Frage hervorbringt und notwendigerweise dazu führt, dass man Partei ergreift, weil der Marxismus impliziert, dass man die Position des Proletariats einnimmt. Die Analyse ergreift immer Partei, ganz gleich, wie viele komplexe Fragen bewertet und gelöst werden müssen.

Ein Thema, das in der heutigen Welt von großer Bedeutung und Relevanz ist und das daher eine Weiterentwicklung der Bewertungen und Analysen erfordert, um zu praktischen Schlussfolgerungen zu gelangen und uns in einer unruhigen Welt zu orientieren, ist der Krieg.

„In Wirklichkeit ist der Krieg ein sozialgeschichtliches Phänomen, das in einer bestimmten Phase der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auftritt und mit den vorübergehenden und flüchtigen Bedingungen des sozialen Lebens verbunden ist.

Mit dem Aufkommen des Privateigentums, der Klassen und des Staates entstand der Bedarf an bewaffneten Sondereinheiten, d. h. an einer Armee. Der Krieg wurde zu einem Mittel, um fremdes Land zu erobern und schwächere Völker zu unterjochen.

Auf der Grundlage des Studiums der Geschichte der Kriege, insbesondere der Kriege der imperialistischen Epoche, gelangte Lenin zu einer wissenschaftlichen Klassifizierung der Kriege. Die marxistisch-leninistische Theorie geht von der Tatsache aus, dass es zwei Arten von Kriegen gibt: gerechte, befreiende Kriege, die keine Eroberungsziele verfolgen, und ungerechte Kriege, Eroberungskriege. Die Ziele gerechter Kriege sind: die Verteidigung des Landes gegen äußere Aggression, die Befreiung des Volkes von kapitalistischer Sklaverei, die Befreiung der Kolonien und der vom imperialistischen Joch abhängigen Länder. Gerechte Kriege zielen darauf ab, der Eroberung und Unterwerfung fremder Länder und fremder Völker ein Ende zu setzen.“

Marx, Engels, Lenin und Stalin haben uns zahlreiche grundlegende Dokumente über den Krieg hinterlassen, in denen die Grundlagen und Hinweise für Marxisten-Leninisten eingehend untersucht werden und auf die wir unsere Analysen stützen müssen.

Lenin erklärt uns in seinem Werk „Sozialismus und Krieg“

„Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten (der Friedensfreunde und Friedensprediger) und der Anarchisten. Von den ersten unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, dass wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d. h. von Kriegen der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende Klasse, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, dass wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren. Es hat in der Geschichte manche Kriege gegeben, die trotz aller Gräueltaten, Bestialitäten, Leiden und Qualen, die mit jedem Krieg unvermeidlich verknüpft sind, fortschrittlich waren, d. h. der Entwicklung der Menschheit Nutzen brachten, da sie halfen, besonders schädliche und reaktionäre Einrichtungen (z. B. den Absolutismus oder die Leibeigenschaft) und die barbarischsten Despotien Europas (die türkische und die russische) zu untergraben. Wir müssen daher die historischen Besonderheiten eben des jetzigen Krieges untersuchen.“

Diese Aussage untermauert die historische Position der marxistisch-leninistischen Kommunisten zum Phäno-

men des Krieges und stellt es in seiner ganzen Dimension dar. Nachdem Lenin die theoretisch definierten Prämissen analysiert und in der Praxis angewandt hat, gibt er uns unmissverständliche Beispiele dafür, was die marxistische Methode gegen den willfährigen Opportunismus der Sozialdemokratie und die Irrtümer des Anarchismus bedeutet. Er stellt uns einen Bezugsparameter zur Verfügung: legitime, fortschrittliche Kriege und reaktionäre Kriege.

Engels, der direkt an bewaffneten Auseinandersetzungen teilnahm, leistete theoretische und praktische Beiträge zum Verständnis des Phänomens des bewaffneten Kampfes, indem er die folgenden Kriterien für die Beziehung zwischen der Wirtschaft und der Entwicklung des Krieges aufstellte.

„... mit Einem Wort, der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt, also - auf der „ökonomischen Macht“, auf der „Wirtschaftslage“, auf den der Gewalt zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln.“

Diese Elemente, die als allgemeine Grundlage für die

wissenschaftliche Analyse betrachtet werden, zeigen uns die dialektische Beziehung zwischen dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und den Formen des Krieges auf und erlauben uns auch, die Besonderheiten des Fortschritts der kapitalistischen Wirtschaft in Richtung Imperialismus und der unvermeidlichen imperialistischen Kriege mit ihren eigenen technischen und operativen Ausdrucksformen als Folge der wirtschaftlichen Expansion zu bewerten. Die Krisen und die Notwendigkeit für die Monopole, neue Gebiete zu erobern, führen zur zwischen-imperialistischen Konfrontation für eine neue Aufteilung der bereits geteilten Welt, zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterdrückung der abhängigen und schwachen Nationen durch die Großmächte und zur Steigerung der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie und ihre Monopolkonzerne auf globaler Ebene. Dies soll die Vermehrung des Reichtums der höchsten Schichten der großen internationalen Monopolbourgeoisie und die Finanzierung von Kriegen garantieren, unter Verlust der historischen Rechte und Errungenschaften für die Mehrheit, der sie sogar das Leben nehmen. Das schafft eine ganze Reihe von komplexeren, gewalttätigen Erscheinungen. Das ist die allgemeine Schlußfolgerung unter Nutzung des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts zur Lösung der grundlegenden Widersprüche. Aus diesem Grund hat Lenin, in der Nachfolge von Marx und Engels, erklärt:

„Der ‚Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik. mit andern‘ (nämlich: gewaltsamen) ‚Mitteln‘. Dieser berühmte Ausspruch stammt von Clausewitz, einem der geistvollsten Militärschriftsteller. Die Marxisten haben diesen Satz mit Recht stets als theoretische Grundlage ihrer Auffassungen von der Bedeutung eines jeden konkreten Krieges betrachtet. Marx und Engels haben die

verschiedenen Kriege stets von diesem und keinem anderen Standpunkt aus beurteilt.“ Damit sind für uns die Zusammenhänge zwischen Politik und Krieg sowie ihr Verhältnis zur Ökonomie einer Epoche klar bestimmt. Warum sich mit dem Thema Krieg befassen?

Die Prozesse der Ausweitung des offenen Krieges in der Welt, als Mechanismus zur Lösung der grundlegenden Widersprüche der Epoche und des Kampfes zwischen den imperialistischen Blöcken, erhöhen die Bedrohung durch neue Gewaltszenarien. Wir halten es daher für notwendig, diese Fragen zu überprüfen, uns auf die bevorstehende Verschärfung der Kriege vorzubereiten und daran zu arbeiten, die taktischen Linien der einheitlichen Aktion der Marxisten-Leninisten weltweit zu festigen, die internationalistische Perspektive zu vertiefen, um zu versuchen, inmitten der aktiven, sich verändernden und gewalttätigen Szenarien voranzukommen. Der imperialistische Krieg, der Angriffskrieg, der anti-imperialistische Krieg, der nationale Befreiungskrieg, der Bürgerkrieg, der Klassenkrieg sind eine wachsende Realität in der Welt von heute und werden es in Zukunft noch mehr sein; deshalb müssen wir untersuchen, wie wir sie in einem fortschrittlichen Sinne, im Sinne Lenins umwandeln können, indem wir revolutionäre Aktionen durchführen und versuchen, ihnen mit unseren Beiträgen einen fortschrittlichen Inhalt zu geben.

Ein wichtiger Punkt, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Entwicklung des militärischen Konzepts: von Barrikadenkämpfen, modernen Guerillakriegen, Grabenkämpfen und Aufständen zu Stellvertreterkriegen oder „intelligenten“ Kriegen, Informationskriegen, Kriegen, die Drohnen und Roboter einsetzen, Aggressionen, die im Allgemeinen auf dem Territorium abhängiger Länder geführt werden, wie in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Somalia, Syrien, der Ukraine usw. Es handelt sich um Stellvertreterkriege zwischen Mächten, die im Allgemeinen imperialistische Kriege sind, bei denen sich jeden Tag die Hauptkonkurrenten, Finanziere und Förderer näher auf den Pelz rücken. So ist es z.B. zwischen dem US-Block, der militärisch durch die NATO vertreten wird, und dem chinesisch-russischen Block, den imperialistischen Blöcken, die sich heute bekämpfen oder sich darauf vorbereiten, dies zu tun. In Osteuropa kämpfen sie um das Gebiet der Krim und des Donbass in der Ukraine. Weiter östlich nehmen die Vorbereitungen im Chinesischen Meer, im Konflikt um Taiwan, zu; in Afrika, wo die traditionellen imperialistischen Mächte, die diese Gebiete kontrollierten, an Boden verlieren und die aufstrebenden imperialistischen Mächte über sie herfallen, wobei die einen hauptsächlich auf militärische, die anderen auf wirtschaftliche Methoden setzen, ohne jedoch die Kombination beider auszuschließen.

Was die menschliche Basis des Krieges angeht, so sehen wir, dass die Imperialisten jeden Tag die Armeen der Söldner verstärken, die hochqualifiziert sind, mit modernen Waffen und attraktiven Gehältern, die weltweit durch „Sicherheitsfirmen“ angeworben werden. Dies ist

ein klarer Ausdruck eines weiteren imperialistischen Monopolzweiges, um reaktionäre Kriege zur Neuaufteilung der Welt zu erzwingen. Diesen müssen in Zukunft gerechte Kriege entgegengesetzt werden, die von den riesigen Armeen der bewaffneten Völker geführt werden, die ihre Souveränität und ihre Klasseninteressen verteidigen. Es gibt genügend Beispiele in der Welt, von denen einige immer noch Widerstand leisten und mit der Unterstützung des Volkes kämpfen, ohne sich dem Imperialismus, vor allem dem Yankee-Imperialismus, zu ergeben, der nicht in der Lage war, sie während der jahrzehntelangen Aggression zu vernichten.

Die durch den Krieg verursachte Zerstörung zeigt sich auf drastische Weise in der Ukraine, die unter äußerst zerstörerischen Angriffen von zwei imperialistischen Gegnern leidet, die darum kämpfen, die Beute eines Landes neu aufzuteilen, das von einer Führung mit reaktionären Vorstellungen ins Chaos gestürzt wurde und die sich sogar ihrer faschistischen Verbindungen rühmt. Diese kolossale Gewalt ist jedoch nicht das Ende der Fahnenstange; die Drohungen haben sich auf andere Gebiete ausgeweitet. Neben der Fortsetzung der Vorbereitungen in anderen europäischen Ländern schreitet sie in Afrika und Asien voran und findet auch auf diplomatischem, politischem, kommunikativem, wirtschaftlichem und psychologischem Gebiet ihren Ausdruck. In der politischen und diplomatischen Sphäre hat sich dieser Widerspruch vor allem im UN-Sicherheitsrat gezeigt, wo der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Mächten mit den verbalen Auseinandersetzungen in der UNO bereits eine offene Form erreicht hat.

Der Kampf um eine neue Aufteilung der bereits während des Zweiten Weltkriegs geteilten Welt zeigt sich, wie gesagt, in dem Versuch, die Landkarte der imperialistischen Einflüsse durch den Krieg und auch auf diplomatischem und politischem Gebiet neu zu gestalten. Dies äußert sich in dem Vorschlag, dem Nachfolger einer der drei Mächte, die sich auf der Konferenz von Jalta zur Neuaufteilung der Welt zusammengesetzt haben, das Vetorecht zu entziehen. Damit würde die UNO selbst, die Einflussbereiche und die Sanktionen gegen die Verlierer, die auch die erste oder zweite Atommacht sind, schaffen.

Es lohnt sich, erneut auf Lenin zu verweisen, um die Gültigkeit und Relevanz der marxistisch-leninistischen Analyse von Imperialismus und Kriegen zu erläutern: „Fast alle erkennen an, dass der heutige Krieg ein imperialistischer Krieg ist, aber zumeist verfälscht man diesen Begriff oder wendet ihn jeweils nur auf eine Seite an oder unterstellt schließlich trotzdem die Möglichkeit, dass dieser Krieg die Bedeutung eines bürgerlich-fortschrittlichen, eines nationalen Befreiungskrieges haben könne. Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus dar.... früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte

so weit entwickelt, dass der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der „Groß“mächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht.

Die Politik der Marxisten-Leninisten gegenüber dem imperialistischen Krieg hat dieselbe Grundlage wie die, die Lenin dazu veranlasste, den Bruch mit der Zweiten Internationale vorzuschlagen, weil diese eine inkonsequente Haltung vertrat, indem sie sagte, sie sei gegen den Krieg, aber die Kredite zur Aufrechterhaltung desselben billigte. Die Zweite Internationale führte zu einer sozialchauvinistischen, nicht-kommunistischen Haltung, die die Zimmerwalder Linke dazu veranlasste, den Arbeitern die revolutionäre Option vorzuschlagen, ihre Waffen gegen ihre eigene Bourgeoisie zu richten. Durch den Bruch mit der Sozialdemokratie der Zweiten Internationale, die die Finanzierung des Krieges in den Parlamenten befürwortete, nahm sie eine wahrhaft kommunistische Haltung ein, die zur großen sozialistischen Oktoberrevolution und zu Aufständen von Revolutionären gegen die imperialistischen Armeen in mehreren Ländern führte.

In diesen ungerechten Kriegen sind die Proletarier gezwungen, wie Lämmer auf der Schlachtbank die Interessen der großen Monopolkonzerne zu verteidigen, die Waffen und alle Arten von zerstörerischer Technologie verkaufen, um die Interessen der Kapitalakkumulation und der territorialen Kontrolle zweier imperialistischer Blöcke zu befriedigen. Der eine wird von den USA und der EU, vertreten durch die NATO, angeführt, die ihre Marionette Zelensky aufrechterhält, die Zerstörung der Ukraine vertieft und ihre Überreste den US-Konzernen überlässt; der andere wird von Russland und China angeführt, was durch die Russische Föderation in diesem Krieg zum Ausdruck kommt, die direkt oder indirekt von China und anderen Ländern unterstützt wird.

Aus der Sicht Lenins handelt es sich um einen imperialistischen Krieg, nicht nur, weil die ihn verursachenden Parteien Imperialisten sind, sondern weil er den Interessen der Imperialisten zum Nachteil des ukrainischen Volkes dient, unabhängig von seiner politischen Position. Ihr Land wird zerstört und dann nach dem Geschmack der großen Konzerne umverteilt, die heute neue Waffen verkaufen, um die alten aus der Sowjet-Ära zu ersetzen, und die NATO-Doktrin der Diktatur einführen, von all dem abkassieren und morgen auch für den „Wiederaufbau“ dessen, was sie selbst zerstört haben, abkassieren.

Das Proletariat muss auch bedenken, dass der Sowjetstaat während des Ersten und Zweiten Weltkriegs mit Lenin an der Spitze und später mit Stalin gezwungen war, in den Verträgen von Brest-Litowsk und von Ribbentrop-Molotow Vereinbarungen mit seinen Feinden zu treffen. Stalin selbst setzte sich in Jalta mit Churchill

und Roosevelt zusammen, um Kräfte für eine spätere Gegenoffensive zu sammeln, aber sie vergaßen nie den zentralen Ansatz:

„Was sie, wie die Arbeiter aller anderen Nationen, brauchen, sind keine anarchischen Phrasen über die Revolution, sondern die ernsthafte, langsame, hartnäckige, ausdauernde und systematische Arbeit der heimlichen Propaganda und Agitation, die darauf abzielt, einen Massenaufstand gegen ihre Herrscher vorzubereiten.“ Angesichts des imperialistischen Charakters dieser Kriege und damit der Ungerechtigkeit ihrer Grundlage müssen wir immer darüber nachdenken, wie wir sie in gerechte, d.h. revolutionäre Kriege umwandeln können.

Abschließend müssen wir versuchen, mögliche Szenarien für die Zukunft zu ermitteln:

1. Die Verlängerung der regionalen Kriege um einige Jahre und die schrittweise Einbeziehung neuer Länder in den Krieg, ohne dass es zu einer direkten Konfrontation zwischen den führenden Staaten der imperialistischen Blöcke kommt.

2. Neuaufteilung der Welt durch einen ausgehandelten Pakt zwischen den dominierenden imperialistischen Mächten.

China-Russland-Block:

China: Asien

Russland: Eurasien.

Beide: Afrika.

U.S.-E.U.-Block:

USA: Der amerikanische Kontinent.

E.U.: Europa.

Beide: Ozeanien.

3. Revolutionäre Intervention des Proletariats, die die Volksproteste und die imperialistischen Kriege in revolutionäre Kriege umwandeln und durch die Ergreifung der politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Volksdemokratie und zum Sozialismus fortschreiten.

4. Beginn des dritten Weltkriegs in allen Regionen, eine direkte Konfrontation zwischen Blöcken und eine nukleare Antwort.

„...die Gewalt aber noch eine andre Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, dass sie, in Marx* Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht¹, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht.“ F. Engels.

„Der Sozialismus kann nur aufgebaut werden, wenn die Arbeiter-Bauern-Allianz

Politbüro, PCMLV.
Venezuela, Oktober 2023.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI VENEZUELAS (PCMLV)

¹ Marxistisches Philosophisches Wörterbuch.

² Lenin. Sozialismus und Krieg.

³ Engels, Anti-Dühring.

⁴ Lenin. Sozialismus und Krieg.

⁵ Ebd.

⁶ Walter Gerard. Lenin

VERLAGSPROGRAMM



Grundsatzerklärung der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Diese Grundsatzerklärung ist die Richtschnur für die gesamte Arbeit der „Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Sie gibt unsere politischen Ziele vor und erläutert sie. Es ist der Kompass für alle unsere Genoss/innen und zugleich grundlegend für alle, die sich mit unserer Organisation beschäftigen und für sie interessieren.

Sie enthält eine Einschätzung der aktuellen Situation, der tiefen Krise dieser Gesellschaft. Damit verbunden werden Rassismus und Faschismus sowie die wachsende Kriegsgefahr grundsätzlich betrachtet. Es folgt ein Abschnitt über der Lage der Arbeiterklasse und ihre Aufgaben sowie unsere Anschauungen, wie das Fehlen einer Kommunistischen Arbeiterpartei überwunden werden kann.



Broschüre, 24 Seiten, 1 Euro zuzüglich 1,70 Euro Porto und Verpackung (Bei Mehrfachbestellungen wird nur einmal Porto berechnet)

Antiquarische Bücher von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Enver Hoxha haben wir vorrätig. Bitte anfragen!

www.arbeit-zukunft.de

Bestellungen an:

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
oder an info@arbeit-zukunft.de

Grover Furr

„Leo Trotzki's Kollaboration mit Deutschland und Japan / Trotzki's Verschwörungen der 1930er Jahren“

Das Buch von Grover Furr „Leo Trotzki's Kollaboration mit Deutschland und Japan / Trotzki's Verschwörungen der 1930er Jahren“ ist äußerst bedeutsam für das Verständnis der schwierigen Entwicklung in der UdSSR in den 1930er Jahren und den Kampf um den weiteren Aufbau des Sozialismus.

ISBN: 978-3-9824512-0-6,
348 Seiten, 15 Euro, zuzüglich Porto



Die trotzkistische Weltbewegung

von Klaus Riis, Dänemark

In dieser Broschüre gibt Genosse Klaus Riis einen Überblick über die trotzkistischen Strömungen, ihren negativen Einfluss auf die Arbeiterbewegung, ihre ideologischen und politischen Abweichungen und Verwirrungen.

In Arbeit Zukunft erschien dieser Beitrag in vier Folgen. Um besser damit arbeiten zu können, haben wir ihn als Broschüre veröffentlicht.

Klaus Riis, Die trotzkistische Weltbewegung

ISBN 978-3-9824512-5-1

28 Seiten, 2,50 € zuzüglich 1,80 Porto. Bei Mehrfachbestellungen wird nur einmal Porto berechnet.



Materialien zum Ukraine-Krieg

Darin enthalten sind „Russland antiimperialistische Friedensmacht oder kapitalistisch-imperialistische Großmacht?“ und „Ukrainischer Freiheitskampf oder multipolare Friedensordnung?“ Diese Broschüre beschäftigt sich mit „linken Theorien“ aus den Reihen der Freidenker, der DKP, die es ablehnen das heutige Russland als kapitalistisch oder imperialistisch einzurufen. Diese Position geht sogar so weit, Russland als Friedensmacht darzustellen.

In der Broschüre werden dagegen die ökonomischen Verhältnisse, die Existenz von Monopolkapital und Finanzkapital und deren Herrschaft über den russischen Staat aufgezeigt. Ebenso wird die Rolle Russlands im Konkurrenzkampf der Großmächte um die Weltherrschaft, die Kontrolle von Märkten und Rohstoffen eingeordnet.

24 Seiten, 2,50 Euro zuzüglich Porto,
1. Auflage, Juli 2022
ISBN 978-3-9824512-2-0



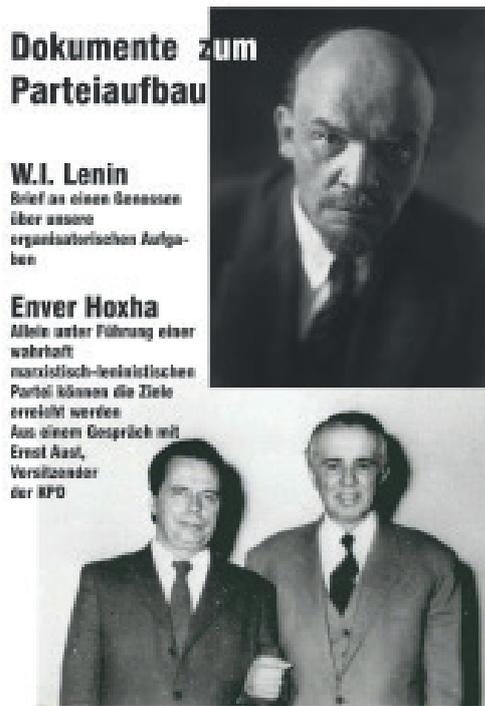
Materialien der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO)

Die Broschüre enthält wichtige Dokumente der IKMLPO:

- Über den Kapitalismus, die Arbeiterklasse und den Kampf für den Kommunismus
- Über die Partei des Proletariats
- Die tägliche, systematische und kontinuierliche Arbeit der Partei der Arbeiterklasse unter den Massen

104 Seiten, Paperback, 5 Euro zuzüglich Porto,
ISBN 978-3-9824512-3-7





Dokumente zum Parteaufbau

Der kleine Band enthält zwei wichtige Schriften, die beide grundlegend für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei sind.

Lenins „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ befasst sich mit dem Aufbau der Partei, ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse und den Massen, dem demokratischen Zentralismus und der Verbindung zwischen legaler und illegaler Arbeit.

Enver Hoxhas Gespräch mit Ernst Aust, dem damaligen Vorsitzenden der KPD/ML, ist vor allem für die Auswertung der geschichtlichen Erfahrungen und die konkrete Arbeit in Deutschland von großer Bedeutung. Immer wieder macht Enver Hoxha dabei indirekt auf Mängel in der Arbeit der KPD/ML aufmerksam.

**52 Seiten, ISBN: 978-3-9824512-4-4,
5 Euro zuzüglich Porto**



Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes

In dieser Schrift zeigt Ernst Thälmann die tieferen Ursachen des Hamburger Aufstandes vor 100 Jahren auf. Er analysiert die Ursachen seines Scheiterns und zieht daraus wichtige Lehren, die auch heute bedeutsam sind.

Jetzt neu aufgelegt:

**12 Seiten, ISBN 978-3-9824512-6-8, September 2023,
1.- € zuzüglich 1.- € Porto und Verpackung.**



ABO ODER KONTAKT?

Normales Abo

Ich bestelle die Zeitung für ein Jahr (12 Ausgaben) zum Preis von 24,- Euro inklusive. Wird das Abo nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

Soli-Abo

Ich bestelle die Zeitung für ein Jahr (12 Ausgaben) zum Soli-Preis von 40,- Euro. Wird das Abo nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

Probe-Abo

Ich möchte die Zeitung zweimal kostenlos zur Probe.

Schreib uns

Du hast Probleme in Deinem Betrieb? Du möchtest über Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Unterdrückung berichten? Du möchtest, dass die Kämpfe in Deinem Betrieb, Deiner Institution öffentlich bekannt werden? Dann schreib uns!

Wir veröffentlichen auch Beiträge von Leser/innen. Einfach per Mail:

webmaster@arbeit-zukunft.de

Unity & Struggle
Unité et Lutte
Birlik ve Mücadele
Unidad y Lucha



Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!